

# EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

1. Jahr

AUGUST 1946

2. Folge

## INHALT

### POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung: . . . . .	49
<i>Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz</i> (Archivbericht) . . . . .	49
<i>Das europäische Judentum und die Palästinafrage</i> „ . . . . .	57
<i>Das Problem Triest</i> (Archivbericht) . . . . .	60
Die Weltmächte und ihre Einflußgebiete: . . . . .	64
<i>Die britische Reichskonferenz</i> (Archivbericht) . . . . .	64

### ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Verkehr: . . . . .	69
<i>Das russische Transportwesen</i> (Archivbericht) . . . . .	69
Weltwirtschaftspolitik: . . . . .	74
<i>Die Währungs- und Finanzabkommen von Bretton Woods</i> (Schluß) . . . . .	74
<i>Der amerikanisch-britische Anleihevertrag</i> . . . . .	77
Soziale Probleme: . . . . .	79
<i>Die internationale Hygienekonferenz in New York</i> . . . . .	79
Wiederaufbau: . . . . .	80
<i>Europäischer Wiederaufbau im II. Quartal 1946</i> . . . . .	80
Welthandel: . . . . .	84
<i>Die wirtschaftliche Bedeutung Triests</i> (Archivbericht) . . . . .	84

### KULTURARCHIV

Johan Huizinga 1872—1945 . . . . .	85
Die Geschichte des Jazz . . . . .	89
Kulturnotizen aus Frankreich . . . . .	92
Miszellen . . . . .	94
Personalbogen der Bühnen (Archivbericht) . . . . .	96

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

## POLITISCHES ARCHIV

### Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz

#### Vorbemerkung

Seit der Erklärung der Atlantik Charta am 4. August 1941 (vergl. Europa-Archiv 1/18) liefen neben den Zusammenkünften der Staatsmänner und Heerführer der Alliierten zur Festlegung und Durchführung der militärischen Operationen vorbereitende Besprechungen, die sich mit der Gestaltung des künftigen Weltfriedens befaßten. In diesen Besprechungen wurden einerseits die Grundzüge der neugeplanten Weltorganisation der Vereinten Nationen entwickelt (vgl. darüber die Zeittafel des Europa-Archivs I/18 und die vorgesehenen Beiträge in den nächsten Lieferungen). Gleichzeitig wurden aber auch die konkreten Probleme der Friedensordnung in Europa und Ostasien erörtert.

Auf der Moskauer Dreierkonferenz im Oktober 1943 wurden mit der Schaffung eines ständigen Beratungsausschusses für europäische Angelegenheiten und mit den Dreimächte-Erklärungen über Italien und Österreich die fortlaufenden

Verhandlungen der Weltmächte über die Probleme der europäischen Friedensordnung eingeleitet. Von den einzelnen Etappen dieser Verhandlungen, welche durch die Konferenzen von Teheran (November — Dezember 1943), Moskau (Oktober 1944) und Jalta (Februar 1945) gekennzeichnet sind, berichten wir an anderer Stelle.

Die Potsdamer Erklärung vom 26. Juli 1945 umschloß noch einmal die Stellungnahme der großen Drei zu den schwebenden Weltproblemen beider Hemisphären. Seit der Potsdamer Konferenz oder, wie sie gelegentlich auch genannt wird, der Berliner Konferenz entwickelte sich die Behandlung der europäischen Probleme mehr und mehr zu einem gesonderten Fragenkomplex, welcher getrennt von den Problemen des Fernen Ostens und den anderen politischen Problemen behandelt wurde. Die Funktionen des 1943 in Moskau geschaffenen Europaausschusses wurden auf der Potsdamer Konferenz



einem Rat der vier Außenminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Sowjet-Union übertragen. Die Aufgabe dieses Außenministerrates, der von Zeit zu Zeit zusammentreten und in der Zwischenzeit durch Zusammenkünfte der stellvertretenden Außenminister ständig in Fühlung bleiben sollte, war die Vorbereitung einer allgemeinen europäischen Friedenskonferenz. Das Kernproblem der Verhandlungen bildeten dabei weniger die konkreten Gegensätze, die sich aus den einzelnen Streitfragen ergaben, sondern die Schaffung von Verhandlungsgrundlagen für eine umfassende Verständigung zwischen den Westmächten und der Sowjet-Union.

Die weiteren Phasen des Weges zur europäischen Friedenskonferenz über die Londoner Konferenz (September 1945), Moskau (Dezember 1945) und die erste Pariser Konferenz (April/Mai 1946) werden in dieser Folge des Europa-Archivs verzeichnet. Die einzelnen territorialen Probleme, die zur Erreichung eines europäischen Friedens gelöst werden müssen, fassen wir zur Übersicht in den Gruppen zusammen, nach denen sie das Europa-Archiv in seinen weiteren Lieferungen behandeln wird:

#### 1) Der Friedensvertrag mit Italien

- a) Österreichs Anspruch auf Südtirol (vgl. Europa-Archiv I/9)
- b) Statut von Triest (vgl. Europa-Archiv I/60)
- c) Berichtigung der französisch-italienischen Grenze
- d) Statut der italienischen Kolonien
- e) Statut von Zara
- f) Rückgabe des Dodekanes an Griechenland

#### 2) Grenzberichtigungen im Donaauraum

- a) Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze
- b) Berichtigung der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze

c) Griechisch-jugoslawische Grenzfestlegung

d) Griechisch-bulgarische Grenzfestlegung

e) Griechisch-albanische Grenzfestlegung

#### 3) Internationale Schifffahrtsfragen

a) Internationalisierung der Donau

b) Internationalisierung des Rheins

c) Internationalisierung des Nord-Ostsee-Kanals

d) Statut der Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen

#### 4) Die sowjetischen Gebietsansprüche in Europa

a) Abtretung von Petsamo an die Sowjet-Union

b) Angliederung des Gebietes von Salla an die Sowjet-Union

c) Angliederung Kareliens an die Sowjet-Union

d) Kontrolle der Aalandsinseln durch die Sowjet-Union

e) Eingliederung Estlands, Lettlands und Litauens in die Sowjet-Union

#### 5) Das polnische Problem

a) Aufteilung Ostpreußens zwischen der Sowjet-Union und Polen

b) Festsetzung der Ost- und Westgrenzen Polens

c) Polnisch-tschechoslowakische Grenzregelung (Teschen)

#### 6) Deutschlands zukünftige Grenzen

a) Berichtigung der holländisch-deutschen Grenze

b) Berichtigung der belgisch-deutschen Grenze

c) Berichtigung der dänisch-deutschen Grenze

d) Berichtigung der tschechoslowakisch-deutschen Grenze

e) Österreichs Anspruch auf Berchtesgaden

f) Status des linken Rheinuferes

g) Status des Saargebietes

h) Statut der Internationalisierung des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv I/3)

## Die Londoner Außenministerkonferenz

Am 10. September begann in London im *Lancaster House* die Außenminister-Konferenz der fünf Großmächte zur Vorbereitung der Friedensbedingungen des zweiten Weltkrieges. Wie Außenminister Byrnes bekannt gab, war der Zweck der Konferenz, sich in Ausführung der Potsdamer Beschlüsse mit dem Abschluß von Friedensverträgen für Italien, Rumänien, Ungarn, Finnland und Bulgarien sowie mit der Frage der europäischen Binnenwasserstraßen zu befassen.

Bei der ersten Sitzung führte der englische Außenminister Bevin den Vorsitz. Die Sowjet-Union war durch Außenminister Molotow, die Vereinigten Staaten durch Außenminister Byrnes, Frankreich durch Außenminister Bidault und China durch Außenminister Wang Tsching-wei vertreten. Auf die Tagesordnung der Konferenz wurden zwei Hauptfragen gesetzt:

1. Die Friedensverträge mit allen besiegten Ländern außer Deutschland und Japan und
2. der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas.

Zu ihren Stellvertretern ernannten die Außenminister den Staatssekretär James Dunn für Amerika, Sir Ronald Campbell für Großbritannien, den Londoner Botschafter Fedor Gusew für Rußland, Couvé de Murville für Frankreich und den Londoner Botschafter Wellington Koo für China.

## Die Moskauer Außenministerkonferenz

Durch eine Konferenz der Außenminister der Großen Drei, die in Moskau im *Kreml* zusammentrat, wurden die zum Stillstand gekommenen Verhandlungen wieder in Fluß gebracht.

Die vom 16. bis zum 26. Dezember 1945 dauernde Moskauer Konferenz der Außenminister brachte als erstes Er-

Nachdem die Außenminister die Friedensverträge mit Italien und Finnland erörtert hatten, wandte sich die Konferenz den Verträgen mit Bulgarien und Rumänien zu. Endgültige Entscheidungen konnten in keiner Frage getroffen werden.

Während die Außenminister selbst zu keiner Einigung gelangen konnten, beschäftigten sich ihre Stellvertreter mit der Prüfung und dem Studium von Einzelheiten.

Am 27. September hielten die Außenminister vier Sitzungen ab, um die noch auf der Tagesordnung befindlichen Fragen zu lösen. Gleichzeitig wurde verlautbart, daß die nächste Konferenz der Außenminister im November zusammentreten werde, um sich mit allen jenen Problemen zu befassen, die auf dieser Tagung in London offen geblieben waren. Über die Konferenz selbst wurde kein amtliches Schlußkommuniqué herausgegeben, aus dem zu ershen gewesen wäre, welche Fragen gelöst wurden.

In den letzten Septembertagen verließen die Außenminister London, um in ihre Länder zurückzukehren.

Zu der für November geplanten erneuten Außenminister-Konferenz ist es nicht gekommen, auch die vorgesehene Weiterarbeit der stellvertretenden Außenminister wurde unterbrochen.

Ergebnis eine Einigung über den Weg zur Vorbereitung der Friedensverträge. Die in Moskau veröffentlichte erste offizielle Bekanntmachung sah außerdem die Wiederaufnahme der Arbeiten der Vertreter der Außenminister in London vor. Diese Verlautbarung wurde in London und Washington als Lösung eines Problems begrüßt, das seit dem Fehlschlag der Londoner Außenministerkonferenz Spannungen in den Be-



ziehungen der Großmächte hervorgerufen hatte. Vor allem wurde die Feststellung begrüßt, daß die Friedensverträge nicht allein von den Großmächten, sondern auch unter Mitwirkung der kleinen Nationen ausgearbeitet werden sollen.

### DAS KOMMUNIQUE

Am 28. Dezember wurde in Moskau, Washington und London gleichzeitig das ausführliche, amtliche Kommuniqué über den Verlauf der Moskauer Konferenz veröffentlicht.

Die Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreiches berieten sich in Moskau vom 16. bis 26. Dezember 1945 gemäß den Beschlüssen der Krim-Konferenz, die auf der Berliner Konferenz bestätigt wurden, wonach zwischen ihnen periodische Konsultationen stattzufinden haben. Auf der Beratung der drei Außenminister fand eine nicht formelle Aussprache statt, und es wurden über folgende Fragen Übereinkünfte erzielt:

*Die Vorbereitung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland*

Wie am 24. Dezember 1945 mitgeteilt wurde, erklären die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika, daß sie ein Abkommen getroffen und sich an die Regierungen von Frankreich und China mit dem Ersuchen gewendet haben, sich dem Abkommen über nachstehendes Verfahren für die Vorbereitung der Friedensverträge anzuschließen:

1. An der Abfassung der Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland durch den Rat der Außenminister werden nur die Ratsmitglieder teilnehmen, die Signatarmächte der Kapitulationsbedingungen sind oder laut den Bedingungen der Vereinbarung der Berliner Konferenz über die Gründung des Rates der Außenminister als solche gelten, falls und ~~sonst~~ nicht der Rat laut diesem Abkommen den Beschluß faßt, ~~und~~ Mitglieder zur Teilnahme an der Ratstagung in den sie betreffenden Fragen einzuladen, das heißt:

a) die Bedingungen des Friedensvertrages mit Italien werden von den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs ausgearbeitet.

b) Die Bedingungen der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien und Ungarn von den Außenministern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches.

c) Die Bedingungen des Friedensvertrages mit Finnland von den Außenministern der Sowjetunion und des Vereinigten Königreiches.

d) Die Stellvertreter der Außenminister nehmen ihre Tätigkeit in London auf Grund der in den erörterten Fragen auf der ersten Tagung der Außenministerkonferenz in London erzielten Übereinkünfte unverzüglich wieder auf.

2. Sobald die Vorbereitung aller dieser Entwürfe abgeschlossen ist, beruft der Rat der Außenminister eine Konferenz zur Erörterung der Friedensverträge für Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland. Die Konferenz wird aus den fünf Mitgliedern des Rates der Außenminister sowie aus Vertretern aller Mitglieder der Vereinten Nationen bestehen, die mit wesentlichen Kontingenten aktiv an dem Krieg gegen die feindlichen Staaten in Europa teilgenommen haben, und zwar außer den Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich, China, Frankreich, Australien, Belgien, der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Brasilien, Holland, Griechenland, Indien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Polen, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Tschechoslowakei, Äthiopien, Jugoslawien und der Südafrikanischen Union.

Die Konferenz findet nicht später als 1. Mai statt.

3. Nach Abschluß der Konferenz und der Prüfung ihrer Vorschläge fassen die Signatarmächte der Waffenstillstandsbedingungen für Rumänien, Italien, Bulgarien, Ungarn und Finnland sowie die verbündeten Signatarstaaten, wobei bezüglich des Friedensvertrages für Italien, Frankreich den Signatarstaaten gleichgestellt wird, den endgültigen Wortlaut der betroffenen Friedensverträge ab.

4. Der auf diese Weise geschaffene endgültige Wortlaut der betreffenden Friedensverträge wird von den Vertretern der Staaten unterzeichnet, die auf der Konferenz vertreten sind und die sich mit dem betreffenden feindlichen Staat im Kriegszustand befinden. Der Wortlaut der entsprechenden Friedensverträge wird dann den anderen Vereinten Nationen vorgelegt, die sich mit dem betreffenden feindlichen Staat in Kriegszustand befinden.

5. Die Friedensverträge treten unmittelbar in Kraft nach ihrer Ratifikation durch die verbündeten Staaten, die die entsprechenden Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet haben, sowie durch Frankreich, das in bezug auf den Friedensvertrag mit Italien den Verbündeten gleichgestellt ist. Die Friedensverträge sind auch von den entsprechenden feindlichen Staaten zu ratifizieren.

6. Die drei Regierungen sind bereit, König Mihai von Rumänien den Rat zu erteilen, um den er in seinem Brief vom 21. August 1945 über die Erweiterung der rumänischen Regierung ersuchte. Dem König muß der Rat erteilt werden, ein Mitglied der national-zarunistischen Partei und ein Mitglied der liberalen Partei in die Regierung aufzunehmen. Die nachstehend erwähnte Kommission hat sich davon zu überzeugen, daß sie tatsächlich Vertreter der Gruppen dieser Parteien sind, die in der Regierung loyal zusammenarbeiten. Die drei Regierungen ziehen in Betracht, daß die auf diese Weise umgebildete rumänische Regierung erklären muß, daß freie und unbehinderte Wahlen auf Grund einer allgemeinen und geheimen Abstimmung baldmöglichst durchgeführt werden. Sämtliche demokratischen und antifaschistischen Parteien müssen das Recht haben, an diesen Wahlen teilzunehmen und ihre Kandidaten aufzustellen. Die umgebildete Regierung muß die Zusicherung geben, daß sie die Freiheit der Presse, des Wortes und der Religion, sowie der Kundgebungen gewährt. *Wyschinski, Harriman und Clark-Kerr* werden als Kommission ermächtigt, sich unverzüglich nach Bukarest zu begeben, um sich zur Durchführung der obengenannten Aufgaben mit König Mihai und Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung zu konsultieren. Sobald diese Aufgabe gelöst und die geforderten Zusicherungen erteilt sind, wird die Regierung Rumäniens von der Regierung der USA und der Regierung des Vereinigten Königreiches anerkannt werden.

7. Es wurde zwischen den drei Regierungen festgelegt, daß die Sowjetregierung die Mission übernimmt, der bulgarischen Regierung den freundschaftlichen Rat zu geben, wonach es wünschenswert ist, daß in die bulgarische Regierung der Vaterlandsfront, die gegenwärtig gebildet wird, zusätzlich zwei Vertreter anderer demokratischer Gruppen aufgenommen werden, die

a) tatsächlich Parteigruppen vertreten, die an der Regierung nicht teilnehmen und

b) tatsächlich geeignet sind, mit der Regierung loyal zusammenzuarbeiten.

Sobald sich die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreiches überzeugen werden, daß dieser Freundschaftsrat von der bulgarischen Regierung akzeptiert wurde und die genannten zusätzlichen Vertreter in die Regierung aufgenommen sind, werden die Regierungen der Vereinigten Staaten und die Regierungen des Vereinigten Königreiches die bulgarische Regierung anerkennen, mit der die Regierung der Sowjetunion bereits diplomatische Beziehungen unterhält.

Das Kommuniqué der Moskauer Konferenz befaßt sich außerdem noch mit der Kontrolle der Atomenergie, der Organisation des Alliierten Kontrollapparates in Japan und mit den Verhältnissen in Korea und China. Der Wortlaut der Bekanntmachungen wird vom *Europa-Archiv* im Rahmen zusammenfassender Berichte über diese Probleme gebracht werden. Zur Vervollständigung des Bildes der Konferenz bringen wir im folgenden nur kurz die Hauptpunkte der getroffenen Vereinbarungen:

**Kontrolle der Atomenergie.** Die drei Großmächte werden Frankreich, China und Kanada zur gemeinsamen Beschlußfassung auf der nächsten Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen ersuchen. In dieser Versammlung im Januar wird die Schaffung einer Kommission vorgeschlagen werden, die unter unmittelbarer Kontrolle des Welt sicherheitsrates arbeiten soll, aber in gewissen Fällen sich direkt an die Vollversammlung und andere Institutionen innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen wenden wird. Die Kommission wird zu folgenden Fragen Stellung nehmen und Vorschläge machen: Den Austausch zwischen den Völkern von grundlegenden wissenschaftlichen Forschungsergebnissen über die Atomenergie für Friedenszwecke. Die Kontrolle der Atomenergie, um ihre Anwendung lediglich für Zwecke der Friedenswirtschaft zu sichern, die Ausschaltung von Atomwaffen und aller anderen Großwaffen für Massenzerstörung aus dem Rüstungsprogramm aller Nationen, die Vorbereitung wirksamer Sicherheitsmaßnahmen durch Inspizierung und andere Methoden, um dadurch die vertragstreuen Staaten gegen die Gefahr der Verletzung oder Umgehung des Atomenergieübereinkommens durch andere Staaten zu schützen.

**Japan:** In Japan werden zwei neue alliierte Körperschaften eingesetzt, die Fernostkommission als Nachfolgerin der gegenwärtigen beratenden Kommission für den Fernen Osten und der Alliierte Rat für Japan. Hauptaufgabe der Fernostkommission ist Aufstellung der Politik und der Grundsätze, auf Grund derer Japan die Kapitulationsbedingungen durchführen soll.



**Korea:** Korea wird als unabhängiger Staat unter demokratischer Regierung wieder errichtet. Dieser Prozeß wird sich in drei Stadien vollziehen. Zuerst wird eine russisch-amerikanische Kommission errichtet, danach eine vorläufige demokratische Regierung, und schließlich werden von der russisch-amerikanischen Kommission und der provisorischen Regierung Pläne zur eigenständlichen Weiterentwicklung ausgearbeitet. Teil dieser Pläne wird die Errichtung einer Viermächte-treuhanderschaft sein, die über Korea auf die Dauer von 5 Jahren ausgeübt wird.

**China:** Übereinkommen wurde erzielt über den Bestand eines geeinten und demokratischen chinesischen Staates unter einer Zentralregierung nach endgültiger Beendigung des chinesischen Bürgerkrieges. Das Prinzip der Nichteinmischung ausländischer Staaten in Chinas innere Angelegenheiten wurde neu bekräftigt. *Molotow* und *Byrnes* verpflichteten sich zum Abzug der russischen und amerikanischen Streitkräfte aus China zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Beim Auseinandergehen der Moskauer Konferenz verlautete, daß das nächste Zusammentreffen der drei Außenminister für März 1946 in Washington erwartet werde.

### DAS WELTECHO DER KONFERENZ

Die Mitglieder der britischen und der amerikanischen Delegation stellten nach Abschluß der Konferenz fest, daß zwar noch viel zu tun bleibe, daß aber die Konferenz einen vielversprechenden Anfang gemacht habe. Die Aussichten für die Welt seien freundlicher als je zuvor seit Kriegsende.

Der britische Außenminister äußerte auf einer abschließenden Pressekonferenz in Moskau, die Errichtung des Friedens sei eine sehr schwierige Aufgabe, die Geduld, Nachsicht und gegenseitiges Vertrauen erfordere. Die Moskauer Besprechungen bedeuteten nur eine Etappe auf dem Wege zum gemeinsamen Ziel, aber eine sehr wichtige Etappe. Sofern die gefaßten Beschlüsse im Geiste des gegenseitigen Verstehens gehandhabt würden, könnten sie zur nächsten Etappe führen und die Lösung weiterer noch wichtigerer Probleme erleichtern.

Am 30. Dezember erstattete *Bevin* dem britischen Premierminister Bericht über die Ergebnisse der Konferenz.

Der amerikanische Außenminister *Byrnes* sprach am 30. Dezember im Rundfunk über die Konferenz. Er erklärte, das Moskauer Abkommen erkenne die Verantwortung der großen Mächte für die Schaffung des Friedens an. Über die Planung der Friedensverträge sagte *Byrnes*: „Die Vereinigten Staaten werden keinem endgültigen Vertrag zustimmen, bei dem die Empfehlungen kleinerer Mächte übergangen wurden.“ In der Balkanfrage betonte *Byrnes* den amerikanischen Standpunkt bezüglich der Anerkennung der Regierungen Rumäniens und Bulgariens. Es sei das auf richtige Bestreben der Vereinigten Staaten, bei der Aufgabe, die erwähnten Regierungen auf eine breitere, demokratische Grundlage zu stellen, mit der Sowjetregierung und nicht gegen sie zu arbeiten. Über die in dem Kommuniqué der Moskauer Konferenz nicht behandelten Probleme erklärte *Byrnes*: „Die Außenminister haben über alle zur Beratung stehenden Hauptfragen Übereinkunft erzielt mit Ausnahme des Problems Persien. Auch in dieser Frage war man aber in der Form einer Dreimächte-Kommission

einer Einigung in der Lösung der persischen Schwierigkeiten nahe gekommen.“ Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach *Byrnes* über die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Ländern. „Die Truppen aus den besetzten Ländern müssen zurückgezogen werden, wenn die Friedensverträge unterzeichnet sind. Nur durch die Zurückziehung der Besatzungsarmeen haben die Völker die Möglichkeit, den langen Weg zur Wiedergesundung zu beschreiten. Nur durch die wirtschaftliche Wiedergesundung anderer Länder aber können wir in Amerika auf Vollbeschäftigung unserer Arbeitskräfte hoffen.“

Frankreich, das bei den Außenministerbesprechungen nicht zu gegen war, drückte seine Enttäuschung über die Konferenz aus insbesondere darüber, daß es beim Abschluß der Friedensverträge mit den Balkanmächten nicht zugezogen werden sollte. Das französische Kabinett beriet noch am 28. Dezember über eine Note an die drei Großmächte. Am 6. Januar veröffentlichte die französische Regierung ihre Antwort auf die Note, die gelegentlich der Moskauer Konferenz von den Großen Drei an Frankreich gerichtet worden war. In der Antwort wird der Vorschlag, die bevorstehende Friedenskonferenz in Paris abzuhalten, grundsätzlich angenommen.

Die Note behandelt weiter fünf Hauptpunkte:

1. Sie ersucht um Erläuterung der künftigen Arbeit des permanenten Rates der Außenminister der fünf Großmächte.

2. Frankreich erklärt, daß es an allen Friedensverträgen in Europa interessiert ist und befragt zu werden wünscht.

3. Frankreich erwartet, daß die Friedenskonferenz volle Möglichkeit für Aussprachen gewährleisten wird und daß die Ergebnisse der Aussprachen ihren Niederschlag in den Friedensbestimmungen finden werden.

4. Frankreich erwartet, daß zu der Friedenskonferenz Vertreter der beteiligten feindlichen Staaten zugezogen werden.

5. Frankreich stellt fest, daß die Entscheidung über die Friedensverträge ursprünglich den Vereinten Nationen überlassen werden sollte, eine Methode, von der in Moskau abgewichen worden sei.

In Tschungking wurde nach Abschluß der Moskauer Konferenz amtlich bekanntgegeben, daß China sich mit dem in Moskau ausgearbeiteten Plan zum Abschluß von Friedensverträgen einverstanden erkläre und die Aufforderung der drei Großmächte an Frankreich und China, an der Ausarbeitung der Friedensbestimmungen für verschiedene Satellitenstaaten Deutschlands teilzunehmen, akzeptiere.

Der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* ließ sofort nach Abschluß der Moskauer Konferenz den Botschaftern der drei Großmächte eine Protestnote seiner Regierung gegen die „Außerachtlassung der Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich Italien in den Konferenz von Moskau“ übermitteln.

Der dänische Außenminister gab am 29. Dezember eine Erklärung ab. Dänemark habe ein Recht, bei Friedensverhandlungen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands vertreten zu sein.

Die während der Moskauer Konferenz angestellten Vermutungen über eine Behandlung des türkischen Problems fanden weder in dem amtlichen Kommuniqué noch in irgendwelchen Kommentaren eine Bestätigung.

### Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen

Am 10. Januar 1946 erfolgte in London die Eröffnung der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen. In den Geschäftssitzungen der Vereinten Nationen wurden die Vorbereitungen für die europäischen Friedensverträge nicht näher erörtert, jedoch machte Außenminister *Byrnes* am 10. Februar den Vorschlag, die für März vorgesehene Außenministerkonferenz in Washington durch eine Friedenskonferenz (Konferenz zur Beratung der Friedensverträge) am 1. Mai in Paris zu ersetzen.

Die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen endete am 14. Februar. Eine Woche später, am 21. Februar, gab der

französische Außenminister *Bidault* bekannt, daß die für den 1. Mai vorgesehene Pariser Friedenskonferenz verschoben werden müsse, da noch keine Einigung über die italienisch-jugoslawische Grenze erzielt worden sei und auch bezüglich der italienischen Kolonien Schwierigkeiten entstanden seien.

Anstelle der für den 1. Mai geplanten Konferenz kam es dann zur Einberufung einer Außenminister-Konferenz nach Paris, an der etwa 350 Diplomaten teilnahmen. Die russische Delegation allein bestand aus einem Stab von Sachverständigen und Fachkräften von 200 Personen.

### Die erste Pariser Außenministerkonferenz

Die erste Pariser Außenminister-Konferenz begann am 25. April 1946 im *Palais Luxembourg* in Paris. Die Vereinigten Staaten wurden vertreten durch Außenminister *James Byrnes*, Großbritannien durch Außenminister *Ernest Bevin*, die Sowjetunion durch Außenminister *Wyacheslaw Molotow* und

Frankreich durch Außenminister *George Bidault*. Die Konferenz wurde am 19. Mai vertagt, mit dem Beschluß, am 15. Juni erneut zusammenzutreten. Bis zum Zusammentritt der zweiten Pariser Außenministerkonferenz sollten die stellvertretenden Außenminister der vier Großmächte die nicht ge-



klärten Streitfragen behandeln und, wenn möglich, zu einer Lösung bringen. Als stellvertretende Außenminister amtierten *Dunn* für die Vereinigten Staaten, *Jebb* für Großbritannien, *Gussev* für die Sowjetunion und *Couvé de Murville* für Frankreich.

Über die Aussichten der ersten Pariser Außenministerkonferenz schrieb ein Züricher Korrespondent: „Wohl ist das Treffen der Minister zunächst nur eine Art Vorbesprechung, und über den Termin der Beratungen im engeren Sinn wurde noch nicht endgültig Beschluß gefaßt. Aber, mag auch noch eine kurzfristige Unterbrechung sich einschleichen, Paris wird für die kommenden Monate der wichtigste Platz der politischen Entscheidungen über das Schicksal der europäischen Landkarte sein.“

Der Auftakt der Konferenz fand kein gutes Echo. Der *Manchester Guardian* schrieb: „Es kann nicht behauptet werden, daß sich die Kluft zwischen östlicher und westlicher Auffassung verkleinert hätte.“ Die *Times* schrieb: „Die große Frage ist, ob die Verhandlungen weiterhin in Fluß gehalten werden können.“ Die französische Zeitung *Le Monde* sprach von der Möglichkeit, daß zwischen den Alliierten und den ehemaligen Verbündeten Deutschlands separate Friedensverträge abgeschlossen werden könnten. Die Zeitung bemerkte jedoch hierzu, daß eine solche Möglichkeit auf starke Einwände stoßen würde, vor allem von Seiten der Sowjetunion, die sich auf Artikel 5 ihres Bündnisses mit Großbritannien berufen könnte, in dem festgelegt ist, daß die beiden Länder in der Ausarbeitung der Friedensverträge zusammenarbeiten müssen. Tatsächlich wurde dieses Problem zu einem Krisen-

punkt der Konferenz. Auf die unnachgiebige Haltung *Molotovs* antwortete der amerikanische Außenminister *Byrnes* mit dem Vorschlag, die Regelung der Friedensverträge in die Hände der Vereinten Nationen zu legen, falls keine Einigung unter den vier Großmächten zu erzielen sei.

Obwohl die erste Pariser Konferenz keine Lösung aus der Alternativen: Einigung der Großmächte, separate Friedensvertragsabschlüsse oder Einschaltung der Vereinten Nationen fand, trennte man sich auf der Basis, die Probleme erneut zu überprüfen und sie nach einer kurzen Unterbrechung der Pariser Konferenz wieder zur Sprache zu bringen. Diese Formel war bezeichnend für den gesamten Charakter der ersten Pariser Konferenz, die weniger darauf zielte, die Friedensverträge selbst zu besprechen, als die technischen Voraussetzungen für eine gesicherte Behandlung der europäischen Friedensprobleme zu finden.

Zwei stark beachtete Phasen der Verhandlungen bildeten der Vorschlag des amerikanischen Außenministers *Byrnes* für einen fünfundzwanzigjährigen Kontrollvertrag der Großmächte über Deutschland und die Neufassung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien. Das Europa-Archiv wird diese Ereignisse im Rahmen der nächsten Lieferungen näher behandeln.

Die stellvertretenden Außenminister blieben nach der Abreise der Delegationsführer in Paris, um die nächste Konferenz der Außenminister vorzubereiten. Sie beschäftigten sich mit Fragen der französisch-italienischen Grenze und der italienischen Flotte und der Truppenstärke der fünf Länder, mit denen die Friedensverträge vorbereitet werden.

## Bilanz der ersten Pariser Konferenz

Eine chronologische Behandlung des Verlaufes der ersten Pariser Konferenz würde die einzelnen Probleme und Kontroversen nicht klar genug herausstellen. Die abschließende Stellungnahme der beteiligten Staatsmänner zu dem Verlauf der Ergebnisse der Konferenz zeigen deutlich die Entwicklung auf dem schwierigen Weg zur Vorbereitung der europäischen Friedensverträge.

### DIE REDE BYRNES

Der amerikanische Außenminister *Byrnes* sprach am 21. Mai als erster über die Ergebnisse der Pariser Konferenz. Ungeachtet der pessimistischen Voraussagen, vertrat *Byrnes* nicht den Standpunkt, daß Europa unvermeidlich in zwei feindliche Welten geteilt werden müsse. Im Gegenteil, er ließ die Tür für einen Ausgleich gegensätzlicher Ansichten innerhalb der Großen Vier weit offen, so zum Beispiel die Frage der italienischen Reparationen, die Zukunft der italienischen Kolonien, die Frage Triest und das Problem Venezia Giulia, die Zurücknahme der Besatzungstruppen aus Italien und den Ländern der Achsenverbündeten in Osteuropa und dem Balkan und letzten Endes auch die Frage der Freiheit der Donauschifffahrt. *Byrnes'* Ausführungen vermittelten den Eindruck, daß ein Übereinkommen zumindest über einige dieser Fragen auf dem Treffen der Außenminister, das für den 15. Juni in Paris anberaumt wurde, erreicht werden könnte. Er betonte aber auch, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, darauf hinzuwirken, die in Moskau von den Großen Drei für den 1. Mai 1946 geplante allgemeine Friedenskonferenz spätestens am 1. oder 15. Juli abzuhalten.

*Byrnes* fuhr fort:

„Es ist eine lange, harte Arbeit, die Grundlagen für einen wirklichen Frieden der Völker in einer Welt zu legen, die vom Krieg zerrissen ist. Der Friede der Völker kann nicht gewonnen werden mit schmetternden diplomatischen Fanfaren. Er braucht Geduld und Festigkeit, Toleranz und gegenseitiges Vertrauen. Wir dürfen nicht versuchen, anderen unseren Willen aufzuzwingen, aber wir müssen auch dafür sorgen, daß andere nicht den Eindruck haben, sie könnten uns ihren Willen aufzwingen.“

Der Fortschritt, den wir in Paris zum Frieden hin gemacht haben, war enttäuschend gering im Lichte der Erwartungen, die wir im Dezember 1945 in Moskau hegten, als wir übereinkamen, daß der Rat der Außenminister die Arbeit wieder aufnehmen solle, die durch die Unmöglichkeit einer Übereinkunft in London im September 1945 unterbrochen worden war.

Aber der Fortschritt war unendlich viel größer, als ich zu der

Zeit annahm, da ich vorschlug, daß der Rat der Außenminister in Paris zusammentreten und die schnelle Einberufung einer Friedenskonferenz vorbereiten solle. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten über eine Anzahl von grundlegenden Fragen erhoben sich, aber wir wissen jetzt wenigstens, welche diese grundlegenden Fragen sind und welches unterschiedliche Gewicht die verschiedenen Minister diesen Fragen beimessen.

Es ist bedauerlich, daß unsere zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten über die Friedensverträge bei unserer Konferenz in Paris nicht beigelegt worden sind. Eine kurze Vertagung, in der jeder in Ruhe seine Haltung überprüfen kann, wird wohl ein Übereinkommen beschleunigen, wenn wir uns wieder treffen. Aber zu einer Zeit, in der die Welt keine Waren und keine Nahrung hat, in der sie nach der Rückkehr des Friedens schreit, können wir nicht den Abschluß des Friedens und die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Ländern auf unbestimmte Zeit verschieben. Die vier alliierten Regierungen können nicht den Abschluß des Friedens mit Ländern auf unbestimmte Zeit verschieben, mit denen sie lange nicht mehr kämpfen, nur weil sie untereinander nicht einig werden können über die Friedensbedingungen. Der Rat der vier Außenminister wurde gebildet, um den Abschluß der Friedensverträge zu erleichtern und nicht zu erschweren.

Die Lage, der wir uns in den kommenden Monaten gegenüber sehen werden, stellt nicht nur eine Probe für die anderen dar, sondern auch für uns. Es gibt jetzt — und wird es in Zukunft immer geben — manche Anlässe, die es uns nahelegen zu sagen, wie wir es nach dem letzten Weltkrieg taten, daß wir zwar sehr gerne mitarbeiten möchten beim Wiederaufbau Europas, daß jedoch die praktische Mitarbeit für uns nicht möglich sei, ohne Prinzipien zu opfern, und daß wir uns deshalb darauf beschränken müssen, unsere eigene Hemisphäre zu pflegen und zu verteidigen.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen: wenn wir in einem unteilbaren Frieden nicht zusammenarbeiten, dann könnte es sich wohl ergeben, daß wir in einem weltweiten Krieg wieder zusammenarbeiten müssen. Ob wir es wollen oder nicht, wir leben nun einmal in einer Welt.

Wenn in diesem Sommer keine Friedenskonferenz einberufen wird, dann fühlen sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen unter Bezugnahme auf Artikel 14 der Charta der Vereinten Nationen zu beantragen, daß die Vollversammlung Vorschläge über die Friedensverträge vorlegt. Aber ich erwarte zuversichtlich, daß eine Friedenskon-



ferenz in diesem Sommer einberufen wird. Unsere Probleme sind ernst, aber ich bin keineswegs entmutigt. Unsere Offensive zur Sicherstellung des Friedens hat gerade erst begonnen. Wir sind entschlossen, für politischen und wirtschaftlichen Frieden in Europa, dem Nahen Osten und der übrigen Welt zu arbeiten. Wir werden dafür arbeiten auf der Friedenskonferenz, und wir werden dafür arbeiten auf den Ausschüssen der Vereinten Nationen. Das Ziel unserer Offensive sind keine Gebietsabtretungen und keine Reparationen für die Vereinigten Staaten, das Ziel ist der Friede — kein Friede, der auf Rache oder Herrschaft gegründet ist, sondern ein gerechter Friede, der einzig dauerhafte Friede.“

#### DIE REDE MOLOTOWS

Auszüge aus einer ausführlichen Erklärung des sowjetischen Außenministers an Vertreter der sowjetischen Presse am 27. Mai 1946:

„Ehe die Friedenskonferenz von Vertretern von 21 Staaten einberufen werden kann, müssen die Außenminister der Großmächte sich einigen über die Vorschläge der Friedensverträge. Eine verschiedene Auslegung würde zu einer Situation führen, in der an Stelle von einem Friedensvertrag, etwa mit Italien, der Konferenz zwei Verträge vorgelegt würden. In einem solchen Falle würde eine Gruppe einen Friedensvertrag unterschreiben, die andere Gruppe einen anderen. Das würde die Idee einer einzigen Friedenskonferenz stören. Deshalb konnte die Sowjetdelegation nicht auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten eingehen, ein Datum für die Einberufung der Konferenz festzusetzen, ohne Rücksicht auf eine vorherige Einigung bei der Vorbereitung der Friedensverträge.“

„Nehmen wir die Frage der Reparationen. Im Jahre 1941/42 fielen einige hunderttausend Truppen des faschistischen Italien in das Gebiet der Sowjetunion ein. Zusammen mit den Hitlertruppen verwüsteten sie die Hauptstädte Westrußlands: Minsk, Charkow und viele andere Städte und Dörfer in der Ukraine. Durch ihren Einfall in Griechenland und Jugoslawien fügten die faschistischen Truppen diesen Ländern ungeheures Leid zu. Trotzdem berücksichtigt die Sowjetregierung die Tatsache, daß der Faschismus in Italien überrannt wurde, und ist sich der Bedeutung bewußt, die die Teilnahme des demokratischen Italiens auf der Seite der Alliierten in den letzten Jahren des Krieges hat, und beschränkt ihre Reparationsforderungen für sechs Jahre auf die sehr bescheidene Forderung von hundert Millionen Dollar, die mindestens als Denkmittel gelten sollen, daß es keine Aggression und keine Invasion fremden Gebietes ohne Strafe geben darf. Gleichzeitig befürwortet die Sowjetunion die gerechten Reparationsansprüche Jugoslawiens, Griechenlands und Albanien in einer Höhe von zweihundert Millionen Dollar.“

Die Ziffern zeigen, daß unsere Reparationsansprüche gegen Italien nur einen sehr geringen Teil des Schadens decken, den es uns in den Kriegsjahren zufügte. Die Reparationsforderungen der Sowjetunion gegen Italien wurden auf der Pariser Konferenz nur durch die französische Abordnung unterstützt. Die amerikanische Abordnung und zusammen mit ihr die britische Abordnung unterstützten nicht einmal diese geringen Forderungen der Sowjetunion.

Das ist nicht das erstemal, daß wir bei der Frage der Reparationen uns einer Lage gegenübersehen, wo die Vertreter von Ländern, die keine Invasion mitgemacht haben, einen anderen Standpunkt vertreten als die Sowjetunion. Inzwischen ist aus offiziellen Mitteilungen der italienischen Presse bekannt geworden, welch ungeheure Besatzungskosten Italien an Amerika und Großbritannien gezahlt hat. Eine auch nur geringe Herabsetzung dieser Ausgaben für Besatzungskosten, die sich auf mehrere tausend Millionen Dollars belaufen, würde ausreichen, um Italien in die Lage zu versetzen, seine Reparationen an die Sowjetunion zu zahlen.

Die Sowjetunion und Frankreich halten es für wünschenswert, daß die ehemaligen Kolonien Italiens der Treuhandschaft Italiens selbst anvertraut werden sollen. Italien, das nun ein demokratischer Staat geworden ist, könnte unter Anleitung der Vereinten Nationen diese Länder wohl auf nationale Unabhängigkeit vorbereiten. Dieser Vorschlag wurde anfänglich durch die amerikanische Abordnung unterstützt, dann aber fallen gelassen auf Grund von Einwendungen von Seiten der britischen Abordnung. Infolgedessen blieb die Frage der italienischen Kolonien in der Schwebe, und die Zugeständnisse, die die Sowjetunion in dieser Frage gemacht hat, wurden nicht entsprechend gewürdigt oder auch nur gerecht anerkannt.

In der Frage der früheren italienischen Kolonien war es besonders klar, daß die amerikanische und die britische Abordnung gewöhnlich nach vorheriger Übereinkunft handeln, obwohl das den Interessen anderer Länder zuwiderläuft. Ein britischer Entwurf wurde auf der Pariser Konferenz angekündigt, demzufolge fast alle italienischen Kolonien tatsächlich unter britische Kontrolle fallen sollten. Es wurde vorgeschlagen, die „Unabhängigkeit Libyens“ zu proklamieren, einschließlich Tripolitaniens und

der Cyrenaika, ohne daß jedoch britische Truppen aus diesem Gebiet zurückgezogen würden. Ebenso wurde vorgeschlagen, „Groß-Somaliland“ zu schaffen, unter Einschluß von Italienisch-Somaliland und von Gebietsteilen auf Kosten Abessinien, um dieses Gebiet unter britische Treuhandschaft zu stellen. So würde das britische Kolonialreich seine Herrschaft in Nord- und Nordestafrika weiter ausdehnen. Man schlug diese Lösung vor, nicht nur auf Kosten des besiegten Italiens, sondern auch Abessinien, das ein Mitglied der Vereinten Nationen ist. Die Durchführung dieser Pläne würde zu einer weiteren Festigung der fast monopolartigen Stellung Großbritanniens in dem ganzen Gebiet des Mitteländischen und des Roten Meeres führen...

Bei der Vorbereitung der Friedensverträge wurde eine Tendenz offenbart, die die durch den Krieg geschwächten Länder in Gefahr bringt. Das anglo-amerikanische Kapital sucht die Wirtschaft kleiner und großer Staaten seinem Einfluß zu unterwerfen und sogenannte Wirtschaftshilfe dieser Länder in ein Instrument zur Erreichung dieses Zieles zu verwandeln. Wir treffen auf die Absicht, zahlreiche wirtschaftliche, finanzielle und andere Bestimmungen in die Friedensverträge hineinzunehmen, die von den starken Staaten benutzt werden könnten, um wirtschaftlich schwächeren Staaten ihren Frieden aufzuzwingen, Staaten, die sich außerdem noch nicht vom Krieg erholt haben. Man kann das Italien oder einen anderen ähnlichen Staat nicht einfach als eine Art von Kolonie betrachten, wo Besatzungsmächte schalten und walten können, wie es ihnen gefällt, ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen des einzelnen Staates...

Molotow kam dann auf den Vorschlag des amerikanischen Außenministers zu sprechen und erklärte: „Der Entwurf des Vertrages, der später von Mister Byrnes vorgelegt wurde, befaßt sich nur mit der Abrüstung und ließ aus irgendeinem Grunde die wichtigsten Entscheidungen über Deutschland außer acht, die die Alliierten in Jalta, Teheran und Berlin getroffen hatten. Das kann zu einer Schwächung der interalliierten Kontrolle führen, die eine Wiederholung der deutschen Aggression verhindern soll. Die sowjetische Delegation schlug eine vorherige Prüfung der Vertragsentwürfe durch die beteiligten Regierungen vor und wandte sich gegen übereilte Entscheidungen.“

Die sowjetische Abordnung machte einen Gegenvorschlag. Sie wies darauf hin, daß man, ehe man von einem neuen Vertrag über Entwaffnung und Abrüstung Deutschlands sprechen könnte, zuerst die Durchführung der früheren alliierten Entscheidungen über Deutschlands Abrüstung kontrollieren müsse. Dieser Vorschlag wurde schließlich angenommen. Jetzt erörtert der Alliierte Kontrollrat in Deutschland Maßnahmen zur Bildung eines Ausschusses, der in allen Besatzungszonen Deutschlands überprüfen soll, wie die Entwaffnung der deutschen Streitkräfte seit dem Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands durchgeführt worden ist.

Buchstäblich am Vorabend des Konferenzzendes in Paris brach Mr. Byrnes einen weiteren Vorschlag ein: Eine Konferenz der Alliierten soll im November zusammentreten, um den Friedensvertrag mit Deutschland zu erörtern. Dieser Vorschlag kam um unerwarteter, weil vorher weder Mr. Byrnes noch jemand andere irgendwelche Vorschläge über einen solchen Vertrag gemacht hatte, abgesehen von der Tatsache, daß es ja gar keine deutsche Regierung gibt, mit der ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könnte. Schon im vergangenen Juli schlug Stalin bei der Berliner Konferenz die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsstellen vor. Die anderen Partner wandten sich gegen eine Erörterung dieser Frage, und somit hat sie keiner mehr aufgeworfen. In dieser Lage war Mr. Byrnes' Vorschlag nicht annehmbar.

Die Erörterung der ersten fünf Friedensverträge ließ bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen zutage treten, die für die Vorbereitung der Verträge verantwortlich sind. In den Friedensverträgen mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland, wo naturgemäß die Hauptverantwortung auf der Sowjetregierung ruht, sind nur einige Meinungsverschiedenheiten übrig geblieben, denen man nicht allzuviel Gewicht beizulegen braucht. In dem Friedensvertrag mit Italien aber, wo die Hauptverantwortung bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten liegt, ist eine Reihe von Fragen von großer Bedeutung unentschieden geblieben. In anderen Fragen kam die Sowjetunion verschiedentlich ihren Verhandlungspartnern entgegen. Vielleicht wird das durch schließlich eine Übereinkunft erleichtert.

Die Pariser Konferenz hat gezeigt, daß sehr unerwünschte Tendenzen bei der Vorbereitung der Friedensverträge bestehen. Sie zeigte, daß die sogenannte Friedensoffensive, die in gewissen amerikanischen Kreisen propagiert wird, sich manchmal nur in dem Wunsch zeigt, den Willen der beiden Regierungen der Regierung eines dritten Staates aufzuzwingen. Dies war zum Beispiel der Fall in der Frage des Schicksals der früheren italienischen Kolonien. Hier gab die Sowjetunion ihre Ansprüche vollständig auf, und trotzdem gruppierte sich die amerikanische und britische



Abordnung in einem Block und gab keine Möglichkeit zu einem Übereinkommen.

In der Frage der Reparationen von Italien stießen wir wieder auf einen anglo-amerikanischen Block, der hier ebenfalls keine „Friedensoffensive“ sondern eine Offensive gegen die Sowjetunion betrieb. Die amerikanische und britische Abordnung bildeten einen Block in ihrem Wunsch, ihren Willen der Sowjetunion aufzuzwingen, lehnten die berechtigten Wünsche der Sowjetunion ab und machten eine gemeinsame Entschließung über die Kolonien ebenfalls unmöglich.

Die Pariser Konferenz zeigte ebenfalls, daß Versuche gewisser Staaten, ihren Willen anderen Staaten aufzuzwingen, naturgemäß abgelehnt werden; denn kein verbündeter Staat mit Selbstachtung kann sich den Willen eines anderen Staates aufzwingen lassen. Die Sowjetunion ist solch ein Staat. Sie hat ihren Willen zur gemeinsamen Arbeit mit anderen Ländern oft genug kundgetan, im Krieg für den alliierten Sieg und nach dem Krieg, um einen dauernden Frieden und Sicherheit für alle Völker sicherzustellen.

Es ist kein Zufall, daß in gewissen Ländern die Vertreter einer neuen imperialistischen Weltbeherrschung durch die stärksten Staaten jetzt großen Einfluß erlangt haben. Wir fühlen uns nicht gestört durch die Haltung eines Senators oder Abgeordneten, der seine Expansionspläne austrompetet, neue Aggressionspläne im Schilde führt und die Lehren des ruhmlosen Zusammenbruches des imperialistischen Deutschlands leichthin außer acht läßt.

Es wird auch in Zukunft von gewissen starken Staaten versucht werden, anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen, aber mit Bezug auf die Sowjetunion sind diese Versuche in der Zukunft ebenso zum Scheitern verurteilt wie in der Vergangenheit.

Nach der Pariser Konferenz legte Mr. Byrnes einen neuen und noch weitreichenderen Plan vor. Er beabsichtigt, den Vereinten Nationen die Friedensvertragsentwürfe vorzulegen, obwohl man weiß, daß die UNO sich nicht um Fragen der Friedensverträge kümmert. Dies ist ein weiterer Versuch, die gemeinsame Arbeit, die sich in den letzten Jahren gebildet hat, zu zerbrechen und Methoden des Druckes, der Drohung und Einschüchterung anzuwenden. Die Sinnlosigkeit solcher Einschränkungen mit Bezug auf die Sowjetunion liegt klar auf der Hand und hat sich wiederholt bewiesen. Solche Versuche jedoch zeigen den starken Wunsch gewisser ausländischer Kreise, die Prinzipien der gemeinsamen Arbeit mit der Sowjetunion und anderen demokratischen Staaten, die sich in den letzten Jahren ergeben haben, wieder zu zerbrechen.

All das zeigt, daß die Vorbereitung der ersten Friedensverträge schon auf nicht geringe Schwierigkeiten gestoßen ist. Diese Schwierigkeiten sind nicht zufällig. In gewissen ausländischen Kreisen ist man bestrebt, die Sowjetunion von ihrer angesehenen Stellung in den internationalen Verhandlungen zu verdrängen, die sie mit Recht eingenommen hat, und die internationale Achtung vor der Sowjetunion zu schmälern. Aber nur kurzsichtige reaktionäre Kreise, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, können so handeln. Sie können nicht verstehen, daß der Sowjetstaat, der die Hauptlast des Kampfes für die Rettung der Menschheit von der Tyrannei des Faschismus trug, jetzt mit Recht eine Stellung zu den internationalen Beziehungen innehat, wie sie den Interessen der Gleichheit der großen und kleinen Länder in ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit entspricht.“

#### DIE REDE BEVINS

Als letzter der Staatsmänner erstattete am 4. Juni 1946 der britische Außenminister *Bevin* vor dem Unterhaus einen Rechenschaftsbericht über die Pariser Konferenz.

„Der Weg zum Frieden ist sehr schwer, besonders wenn er durch abweichende politische Auffassungen in verschiedenen Ländern erschwert wird und die Lösung der Meinungsverschiedenheiten durch das Bestreben erschwert wird, eine besondere Ideologie durchzusetzen. Ich bin in diesem Punkt nicht pessimistisch. Ich glaube immer noch an *Litwinows* berühmten Satz, den er in Genf vor dem Kriege aussprach, daß der Frieden unteilbar sei. Deshalb ist das grundlegende Ziel der Außenpolitik der Regierung Seiner Majestät in Großbritannien, der Organisation der Vereinten Nationen zu einer wirkungsvollen Arbeit zu verhelfen. Alle internationalen Fragen müssen jetzt behandelt werden im Hinblick auf dieses neue Weltgefüge, das wir bauen müssen und dem wir zum Leben verhelfen müssen und das eines Tages — ich weiß nicht wie bald — seine Macht direkt vom Willen der Völker ableiten wird.

Wenn wir alle unsere Handlungen im vollen Tageslichte beurteilen lassen, dann haben wir den Vorteil, daß das gesunde Urteil durch die größte aller Juries, das normale Publikum, an jedes Problem angelegt wird. Ich bin nicht allzu pessimistisch, aber man muß den Dingen gerade ins Angesicht schauen, wenn sie auch unerfreulich sind. Es hat keinen Sinn, seine Gedanken in dunkle Diplomaten Sprache zu hüllen. Die Außenpolitik ist nicht auf einen kleinen Kreis beschränkt. Der totale Krieg hat es mit

sich gebracht, daß jeder mitzureden haben will über sein Los. Ich möchte dem Parlament und der Welt und allen Männern der Öffentlichkeit vorschlagen, sich dauernd zu erinnern: Wenn wir keinen totalen Krieg haben wollen, dann müssen wir totalen Frieden haben.

Wenn ich sage, ich bin nicht allzu pessimistisch, dann denke ich daran, daß die Weltprobleme, die wir zu lösen haben, weit komplizierter sind als die, welche die Friedensstifter von 1919 zu lösen hatten. Der letzte Krieg zerriß Europa in einem unendlich viel größeren Ausmaß als der Krieg von 1914—1918. Bei dem Friedensschluß nach dem letzten Krieg nahm Rußland nicht teil. Ich persönlich habe das immer für eine Tragödie gehalten. An diesem Krieg hat es gewaltigen Anteil genommen und sich aus der Niederlage von 1917 hervorgearbeitet. Es ist ein wichtiger Schritt vorwärts, daß es jetzt an diesem Friedensschluß teilnehmen wird, denn nur wenn Rußland freiwillig in die europäische Friedensordnung eintritt, kann ein dauernder Friede auf dem europäischen Kontinent garantiert werden.

Andererseits kämpften die Vereinigten Staaten im ersten Weltkrieg, nahmen an der Friedenskonferenz teil und zogen sich dann in die Isolierung zurück. Jetzt ist jedermann in der westlichen Hemisphäre und ebenso in anderen Teilen der Welt überzeugt, daß es diesmal um den ganzen Planeten geht. Wir haben jedoch — und deshalb ist unsere Aufgabe schwieriger als 1918 — die Pflicht, zu einem Übereinkommen zwischen dem Westen, der eine gemeinsame Kultur und Tradition hat, und zwischen den großen slawischen Gebieten, deren Geschichte und Entwicklung sehr verschieden von unserer verlief. Das größte Problem — und wir begegneten ihm bis jetzt in allen Verhandlungen — ist, das zu finden, was man eine gemeinsame Grundlage nennen könnte. Das erfordert Geduld und Toleranz, aber schließlich, glaube ich, werden wir doch zu einer Verständigung kommen. Das einzige, was diese Verständigung behindert, ist, wenn einer von uns reine Machtpolitik betreibt und seine völlig gerechtfertigten Interessen nicht in einer Weise vorbringt, die, wie ich im Anfang sagte, in ein Weltfriedenssystem paßt. Die Sicherheit aller Völker darf nicht dafür geopfert werden, daß jedes Land sich nur auf seine eigene Sicherheit konzentriert.

Wenn ich noch einmal auf die verschiedenen politischen Auffassungen zurückkommen darf, so läuft leider, muß ich sagen, durch alle Reden und Schriften unserer Sowjetfreunde die Auffassung, daß sie allein die Arbeiter vertreten, sie allein sind Demokraten. Von anderen Regierungen glauben sie, sie seien Faschisten oder getarnte Faschisten oder so etwas. Das führt zu der Auffassung, daß Rußlands Sicherheit nur gewährleistet ist, wenn jedes Land der Welt Rußlands System angenommen hat. Das ist, glaube ich, eines der größten Hindernisse und ein schweres Hemmnis für den Frieden. Ich bin sicher — ich kann es zum mindesten für die Arbeiter in Großbritannien und das britische Reich sprechen — wenn ich sage, daß ich glaube, das Sowjetsystem vertritt die Interessen der Arbeiter längst nicht so wirksam wie das System, das dieses sozialistische demokratische Parlament in England jetzt ausarbeitet. Ich bestreite Rußland nicht für einen Augenblick das Recht, seinen eigenen Weg in der Durchführung der industriellen Revolution zu gehen, aber für uns in England, die wir unsere industrielle Revolution vor mehr als 150 Jahren begannen, wäre es ein Rückschritt, die russischen Methoden zu übernehmen. Ich muß gestehen, ich habe den Eindruck, daß die Mehrzahl der arbeitenden Klasse, zum mindesten in Westeuropa, wie wir fühlt.

Wenn wir deshalb zu einer wirklichen Verständigung auf beiden Seiten kommen wollen, dann müssen wir unsere politischen Einrichtungen auf eigene Weise entwickeln, jedoch ohne den Versuch, dem anderen ein System aufzudrängen.

Davon überzeugt, sprach ich in Moskau im vergangenen Dezember mit Generalissimus *Stalin*, und ich sagte ihm, ich wolle der englischen Regierung vorschlagen, den Freundschaftsvertrag auf fünfzig Jahre auszudehnen. Ich plante die Schaffung einer dauernden Verbindung zwischen unseren beiden Ländern, die Mißverständnisse vermeiden würde; ich bedauere, daß dies damals nicht ernst genommen wurde, aber ich hoffe zuversichtlich, daß es noch kommen wird.

Es gibt viele Fragen im Zusammenhang mit der sowjetischen Haltung gegenüber dem britischen Weltreich. Ich glaube zum Beispiel, daß die Regierung der Sowjetunion und ebenso die der Vereinigten Staaten anerkennen, von welcher unerhörten Wichtigkeit für den Weltfrieden die Aufrechterhaltung unserer Stellung im Mittleren Osten ist.“

In der Dardanellenfrage betonte der britische Außenminister die Bereitschaft Großbritanniens zu einer Revision von Montreux unter der Bedingung, daß die Türkei unabhängig bleibt. *Bevin* fuhr dann fort: „Lassen Sie mich noch weitergehen und sagen, daß wir immer die Handelsflotte der Sowjetunion auf allen Weltmeeren begrüßen werden. Wir fahren ins Baltikum, aber wir



haben dort keinen Stützpunkt und keinen Hafen, wir werden wieder nach Odessa fahren und ins Schwarze Meer und nach Konstanza in völliger Freiheit, aber wir verlangen keinen Stützpunkt und stellen keine militärischen Forderungen, die uns in die Lage versetzen sollen, dort hinzufahren. Unser Ziel als Regierung ist der freie Verkehr von Schiffen und der freie Welthandel. Welche Pflichten wir auch bei dem Verteidigungssystem der Welt in irgendeinem Gebiet übernehmen, wir geben eine feierliche Versicherung, daß sie nur auf der Basis der Freiheit für alle Mitglieder des „Friedensclubs“ auf gleicher Grundlage abgeschlossen werden kann.

Das bringt mich auf eine sehr schwierige Frage, die in Paris erörtert wurde, die Frage der Donau. Molotow bemerkte in einer kürzlichen Äußerung, es könne nicht als korrekt angesehen werden, daß gewisse Staaten, die nicht an der Donau liegen, das Recht haben sollten, den Donaustaaten ihren Willen zu diktieren und auf der Donau ein Regime errichten könnten, das die Interessen der Donaustaaten nicht berücksichtigt werde. Wir haben nicht versucht zu diktieren. Was wir verlangt haben, war, das Problem zu erörtern und zu regeln und ich bedauere Molotows Haltung, daß er, jedesmal wenn wir einen Vorschlag machen, den er nicht mag, behauptet, wir diktieren. Wir diktieren niemand. Aber wir verlangen, daß unser Gesichtspunkt geprüft wird, wenn wir ihn auf einer vernünftigen und verständigen Basis vorbringen.

Wir erörterten in London im *Lancaster House* die allgemeinen Fragen der Donauherrschaft und damals waren wir darauf bedacht, alle Ströme Deutschlands zu öffnen. Wir waren nicht nur darauf bedacht, sie für Handelsinteressen zu öffnen, sondern es gab soviel Hunger in Europa und wir alle konnten die Hungersnot sehen, die uns bedrohte, während wir Düngemittel an einem Ort, Korn an einem anderen und Lebensmittel wieder woanders hatten, daß wir, wenn möglich, die großen Transportwege in Ordnung zu bringen hatten, um die Leiden Europas zu vermindern. Wenn man uns vorwirft, wir betrieben das aus imperialistischem oder kapitalistischem oder aus irgendeinem anderen Interesse, dann bitte ich meine Sowjetfreunde, sich das aus dem Kopf zu schlagen. Niemand in diesem Hause würde gerade mich beschuldigen, daß ich irgend etwas in kapitalistischem Interesse vorschläge, wo doch mein Kampf auf diesem Gebiet so lange bekannt ist.

Ich kann nicht einsehen, daß unsere Interessen mit denen der Donaustaaten in irgendeiner Weise in Konflikt geraten sollen, da alle ein gleich großes Interesse an der Wiederbelebung des Handels und der Schifffahrt an diesem großen europäischen Wasserweg haben. Aber ich muß mich fragen, welches Interesse die Sowjets tatsächlich an dieser Frage haben und warum sie jedes Abkommen ablehnen. Soll ihre Bereitschaft, die anderen Balkanstaaten zu befragen, bedeuten, daß die Donauprobleme nur die Donaustaaten und Rußland angehen? Ich kann nicht glauben, daß es dieses Monopol aufrecht erhalten will, obwohl es Anzeichen für eine sehr ausschließliche Politik in diesem Gebiet gibt. So ist die Donauschifffahrt zum Beispiel fast völlig kontrolliert von einer sowjetisch-rumänischen Schifffahrtsgesellschaft namens *Sovrom-transport*, die im Juli 1945 gegründet wurde und von einer anderen mächtigen Vereinigung derselben Art in Ungarn. Wenn Sowjetrußland nur Interesse daran hat, sich zu vergewissern, daß den Interessen dieser Länder kein Unrecht geschieht, dann braucht es keine Anst zu haben, daß unsere Teilnahme am Donauaustausch diese Folge haben könnte. Was ich aber nicht in Betracht ziehen will und kann, ist, daß England, das sechs Jahre lang gegen die Feinde der Freiheit kämpfte, als Ergebnis von einer internationalen Konferenz ausgeschlossen werden sollte, die gerade zum Ziel hat, in den Fragen der Schifffahrt auf jenen Flüssen die Freiheit durchzusetzen, für die wir alle kämpften.

Über die italienisch-jugoslawischen Grenzfragen ging Bevin auf die einzelnen Vorschläge ein und erklärte: „Ich möchte jedoch das eine ganz klar machen: Der einzige Versuch zu einem Kompromiß in dieser Frage wurde von Großbritannien und den Vereinigten Staaten gemacht. Wir verzichteten auf unsere Linie, die günstiger für die Italiener war, und die Amerikaner verzichteten auf ihre Linie, die noch günstiger für die Italiener war, und gaben so Pola und die Kohlengebiete an Jugoslawien, um zu einer Lösung zu kommen. Aber Rußland machte keinerlei Bewegung, um den von Großbritannien und den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Kompromissen entgegenzukommen.“

Auf das Problem Triest eingehend, verwies Bevin darauf, daß in London im September 1945 übereingekommen wurde, daß der Hafen von Triest international werden müsse, ohne Rücksicht auf das Schicksal der Stadt, und drückte sein Erstaunen über Molotows Sinnesänderung aus. In der Frage Österreich, die Bevin als eine „Tragödie“ bezeichnete, sagte der britische Außenminister, daß es nicht gelang, Österreich auf die Tagesordnung zu setzen. Bevin verwies darauf, daß man nach einem Friedensschluß mit Österreich die Besatzungstruppen von dort abziehen könne. Es

wären dann auch keine Verbindungslinien durch andere Länder zu den Truppen in Österreich zu sichern. Die Sowjetunion aber nicht bereit gewesen, diese Frage zu erörtern. Bevin machte dann Mitteilung davon, daß das britische Außenamt einen Entwurf zu einem Friedensvertrag mit Österreich ausarbeite.

Auf Molotows Ansichten über die italienischen Reparationen erklärte Bevin: „Man hat vorgeschlagen, daß eine Herabsetzung britischen und amerikanischen Besatzungskosten in Italien die in die Lage versetzen würde, die sowjetischen Reparationspflichtungen zu erfüllen. Diese Behauptung zeigt einen völligen Mangel an Kenntnis der wirtschaftlichen und finanziellen Situation Italiens. Für Hilfslieferungen ist Italien in einer Höhe von einer Milliarde Dollar verschuldet. Außerdem hat Italien ein schweres Defizit in seiner Zahlungsbilanz. Schon vor dem Kriege betrug die Ausfuhr Italiens wertmäßig nur 65 Prozent seiner Einfuhr. Ich betone, daß Italien keinen einzigen Dollar oder kein einziges Pfund mehr brauchte auf Grund der Anwesenheit amerikanischer oder britischer Truppen. Wir haben tatsächlich nur Lire-Kosten verursacht und haben es tatsächlich selbst schwer, die Valuta aufzutreiben, um die Hilfslieferungen nach Italien zu finanzieren. Wenn Italien in der Folge von Industriewerken oder aus den laufenden Produktionsgütern Reparationen zahlen soll, dann wird seine Fähigkeit, zu exportieren oder fremde Valuta zu verdienen, entsprechend herabgesetzt. Damit wird größte Hilfe vom Ausland notwendig. Dies sind keine schwierigen Wirtschaftsprobleme, es sind einfache Tatsachen. Die britische Regierung kann es einfach nicht zulassen, daß das Geld und die Arbeit des britischen Steuerzahlers an einen anderen Staat gehen als Reparationen auf Italiens Konto. Unsere eigene Politik gegenüber Italien ist:

1. Italien in die Lage zu versetzen, seine Hilfslieferungen zu zahlen,
2. Italien zu helfen, seine Politik auf einer friedlichen Grundlage wieder aufzubauen und daher jede überflüssige Kriegsmaschine zu entfernen.“

In Bezug auf die italienischen Kolonien verwies Bevin auf den 1. September 1945 in London gemachten amerikanischen Vorschlag, wonach Italiens Kolonien den Vereinten Nationen unterstellt werden sollten. Der sowjetische Anspruch auf Tripolitani sei zwar, wie Bevin erklärte, in Paris zurückgezogen worden, aber die Form, in der dies geschah, wurde von Bevin kritisiert: „Ich muß sagen, daß ich einfach einen solchen Vorschlag nicht annehmen kann. Denn 500 000 Italiener unter jugoslawischer Herrschaft zu bringen, und zwar nur für die Zurückziehung eines russischen Anspruches, den ich für ungerechtfertigt halte, und die Unterstellung einer noch größeren Anzahl von Arabern unter ein Land, das sie verabscheuen, heißt in meinen Augen eine Methode der Verhandlung und des Aushandels in die internationalen Angelegenheiten bringen, die völlig ungerecht und ungerechtfertigt ist.“

Bevin betonte die englische Verpflichtung gegenüber den Kolonialvölkern und verwahrte sich gegen den Vorwurf Molotows, Großbritannien wolle seine monopolartige Stellung im Mittelmeer ausdehnen.

Zum Problem Deutschland erklärte Bevin, daß er den amerikanischen Vorschlag eines 25-Jahrplanes begrüße und die sowjetische Ablehnung des Planes bedauere. Bevin richtete an die Vereinigten Staaten den Appell, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, und erklärte: „Laßt euch nicht abschrecken durch die erste Ablehnung, die meiner Ansicht nach aus ungerechtfertigter Mißtrauen kommt, weil wir in Europa es nicht nur begrüßen, sondern uns danach sehnen, da es uns wohl die größtmögliche Hoffnung gibt, Mißverständnisse abzuschaffen und Vertrauen zu schaffen.“

Bevin schlug in seinem Bericht vor dem Unterhaus vor, eine Konferenz der 21 Nationen einzuberufen, wenn die vier Außenminister sich nicht einigen könnten, da eine Entscheidung endlich getroffen werden müßte.

Bevin schloß seine Ausführungen in hoffnungsvollem Ton. „Zum Schluß wiederhole ich, daß ich nicht allzu pessimistisch bin. Ich glaube nicht, daß es für uns unmöglich ist, bei der nächsten Tagung zu einem Übereinkommen zu gelangen. Es gibt keine tatsächlichen und unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten. Wenn alle Teilnehmer versuchen, sie zu überwinden, kann Europa wieder aufleben, und Sicherheit für alle kann erreicht werden. Nur so können wir die Kluft zwischen Ost und West überbrücken. Man hat in der Vergangenheit gesagt, daß Ost und West sich nicht treffen könnten. Die menschliche Wissenschaft hat das gezeigt. Wir müssen uns nicht nur treffen, wir müssen uns auch verstehen und müssen lernen zusammenzuarbeiten. Ich glaube, daß gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen sich allmählich bilden werden. Zugegeben, die Aufgabe ist schwierig. Ich kann für die nächste Konferenz keinen Erfolg versprechen, aber ich werde mein Bestes tun, um ihn im Interesse aller Völker der Welt zu erreichen.“



# Das europäische Judentum und die Palästinafrage

## Vorbemerkung

Es ist nicht Aufgabe des vorliegenden Berichtes, auf den Vernichtungskampf des Nationalsozialismus gegen das europäische Judentum im einzelnen einzugehen. Es ist jedoch notwendig, sich die unermessliche Tragik dieses Geschehens zu vergegenwärtigen, um das Problem, welches die verbliebenen jüdischen Bevölkerungsgruppen der Welt zur Lösung aufgeben, in seiner ganzen Schwere und in seinen wirklichen menschlichen Proportionen zu erfassen.

Die „Gegenwart“ brachte am 24. März 1946 einen Beitrag über „Das Schicksal der Juden“, welcher sich vorwiegend auf Material aus den Nürnberger Prozeßakten stützt. Danach sind „nach vorsichtigen Schätzungen, 5 700 000 Juden verschwunden, von denen die meisten absichtlich von den Naziverschwörern ums Leben gebracht worden sind. In welchem Stile ausgerottet wurde, zeigen Einzelangaben der Anklageschrift aus Rußland: auf einer Insel bei Riga 60 000 Juden erschossen, in Luzk 20 000 Juden erschossen, in Sarney 32 000 Juden erschossen, in Kiew und Dnjepropetrowsk 60 000 Juden erschossen.“

In dem demnächst erscheinenden Werk von Dr. Eugen Kogon „Der SS-Staat. — Das System der deutschen Konzentrationslager“ wird erstmalig auf Grund authentischer Unterlagen ein Gesamt-

überblick über die Methoden des nationalsozialistischen Vernichtungskampfes gegeben. Dr. Kogon unterscheidet drei große Abschnitte der Vernichtungsaktion gegen das Judentum: Einzelaktionen bis zum Herbst 1938, Liquidationsaktionen ab Herbst 1938, systematischer Vernichtungsfeldzug, vor allem in den Ostgebieten, von 1942 bis 1945. Etwa ab Juli 1942 wurden die großen Ghettos im Osten, wie *Kielce, Warschau* und *Lemberg* geleert und die Reste der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland und den übrigen europäischen Ländern, die sich unter der Herrschaft Hitlers befanden, als Vernichtungsnachschub in die verschiedenen Ghettos und Konzentrationslager geschafft. Diese Aktionen hielten bis zu dem Zeitpunkt an, als der Nationalsozialismus auch auf die letzten Arbeitskräfte angewiesen war und daher die verbliebenen Juden lieber als Arbeitssklaven verwendete, statt sie in die Gaskammern zu stecken oder in die Maschinengewehre zu jagen. Die Schreckensorte dieser Vernichtung, wie *Auschwitz, Belsen, Belze, Treblinka, Skarzisko, Kamiennno, Salaspils, Stuthoff* und andere, sowie das Sammellager *Theresienstadt*, welches längere Zeit als „Musterlager“ zur Täuschung der Weltöffentlichkeit gehalten wurde, werden für immer Brandmale in der Geschichte der europäischen Zivilisation bleiben.

## Die Lage der jüdischen Bevölkerung in Europa

Nach dem Bericht der britisch-amerikanischen Untersuchungskommission vom 1. Mai 1946

Staat	Stand 1939	Zusammensetzung 1946			
		Gesamt	Heimisch	Flüchtlinge	Herkunft der Flüchtlinge
Albanien	200	300	50	250	Österreicher und Jugoslawen
1) Belgien	90 000	33 000	25 000	8 000	Deutsche, Österreicher und Polen
2) Bulgarien	50 000	45 000	45 000		
Dänemark	7 000	5 500	5 500		
3) Deutschland	215 000	94 000	20 000	74 000	{ 85% Polen, 5% Ungarn, 4% Litauer, 3% Rumänen
Finnland	2 000	1 800	1 800		
4) Frankreich	320 000	180 000	160 000	20 000	{ In der Mehrzahl Deutsche, Österreicher und Polen
5) Griechenland	75 000	10 000	10 000		
Großbritannien	340 000	350 000	300 000	50 000	90% Deutsche und Österreicher
6) Italien	50 000	46 000	30 000	16 000	{ 75% Polen, 7% Rumänen, 5% Tschechen, 5% Ungarn
7) Jugoslawien	75 000	11 000	11 000		
Luxemburg	3 500	500	500		
8) Niederlande	150 000	30 000	24 000	6 000	Über 80% Deutsche und Österreicher
Norwegen	2 000	1 000	750	250	
9) Österreich	60 000	15 000	7 000	8 000	{ 75% Polen, 11% Ungarn, 6% Tschechen, 6% Rumänen
10) Polen	3 351 000	80 000	80 000		
Portugal	3 500	4 000	3 500	500	Verschiedene Nationalitäten
11) Rumänien	850 000	335 000	320 000	15 000	In der Mehrzahl Polen
Schweden	7 500	19 500	7 500	12 000	{ In der Mehrzahl Polen, Deutsche und Österreicher
12) Schweiz	25 000	28 500	18 000	10 500	{ In der Mehrzahl Polen, Deutsche und Österreicher
Sowjet-Union	3 550 000	2 665 000	2 500 000	165 000	150 000 Polen, 15 000 Ungarn
Spanien	4 500	4 500	4 000	500	Verschiedene Nationalitäten
13) Tschechoslowakei	315 000	65 000	60 000	5 000	Meist Polen, einige Ungarn
14) Ungarn	400 000	200 000	200 000		
Europa insgesamt	9 946 200	4 224 600	3 833 600	391 000	

Im einzelnen geben wir zu der obenstehenden Tabelle auf Grund der Berichte des britisch-amerikanischen Untersuchungsausschusses noch folgende Erläuterungen:

1. Belgien.

Vor dem Kriege lebten in Belgien 90 000 Juden. Heute sind es

nur noch 30 000, davon sind 6000 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich sowie 2000 Flüchtlinge aus jüngster Zeit.

2. Bulgarien.

In Bulgarien lebten vor dem Kriege 50 000 Juden, heute ist die Zahl der jüdischen Einwohner 45 000. Auch in diesem Lande mußten die Juden während des Krieges Beschlagnahmen, Zwangs-



verkäufe und Arbeitsdienst erdulden. Wenngleich diese Gesetzgebung heute auch aufgehoben ist, so geht die Wiedergutmachung doch sehr schleppend vor sich. Eine antisemitische Stimmung tritt in Bulgarien nicht hervor.

### 3. Deutschland.

Im Jahre 1933 lebten in Deutschland 499 682 Personen jüdischen Glaubens, davon waren 400 835 deutscher Staatsangehörigkeit. Etwa 300 000 Juden wanderten in den Jahren von 1933 bis 1941 aus. In Berlin und den drei westlichen Zonen gibt es heute 74 000 Juden. Von diesen leben 52 500 in Lagern als „verschleppte Personen“ (DPs). Außer diesen Verschleppten leben in Deutschland noch etwa 20 000 heimische Juden. Von der jüdischen Gemeinde Stuttgarts, welche 4500 Personen zählte, sind nur noch 178 Juden, darunter 2 Kinder, übrig geblieben.

Es erscheint als eine vordringliche Aufgabe, diesen Menschen ihr Eigentum zurückzuerstatten und finanzielle Hilfe zu gewähren, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wenige Juden werden in Zukunft in Deutschland bleiben wollen, da sie nahezu ausnahmslos ohne Mittel und ohne die Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, sind.

### 4. Frankreich.

In Frankreich gab es vor dem Kriege 320 000 Juden. Heute leben in diesem Lande nur noch etwa 180 000, davon haben etwa 80 000 nicht die französische Staatsangehörigkeit. Etwa 20 000 Flüchtlinge aus jüngster Zeit werden keine Genehmigung zum dauernden Aufenthalt bekommen.

### 5. Griechenland.

Die Zahl der Juden vor dem Kriege war 75 000, heute leben in Griechenland noch 10 000. Von der größten Gemeinde in Saloniki, welche 56 000 jüdische Personen zählte, leben heute nur noch 2000. In Griechenland herrscht keine antisemitische Stimmung. Die Wiedergutmachung der durch Beschlagnahme geschädigten Juden stößt auf außerordentliche Schwierigkeiten.

### 6. Italien.

Von den gegenwärtig in Italien lebenden 46 000 Juden sind 30 000 einheimisch. Ihre Liebe zu Palästina ist sehr ausgeprägt. Die Haltung der Regierung und des Volkes gegenüber den Juden ohne italienische Nationalität ist durchaus freundlich, jedoch erlaubt die gegenwärtige Wirtschaftslage ihre Eingliederung nicht. Die einheimischen Juden haben nicht den Wunsch auszuwandern.

### 7. Jugoslawien.

Die Zahl der Juden vor dem Kriege war 75 000, heute leben in Jugoslawien nur noch 11 000. 2750 Juden wollen nach Palästina und 550 in andere Länder, in erster Linie in die Vereinigten Staaten von Amerika, auswandern.

### 8. Niederlande.

Vor dem Kriege lebten in den Niederlanden 150 000 Juden. Von den bis heute verbliebenen 30 000 Personen jüdischen Glaubens sind 6000 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich.

### 9. Österreich.

Im Jahre 1938 gab es in Österreich etwa 190 000 Juden. Von dieser Zahl sind 4400 in Wien und in den westlichen drei Zonen verblieben. Hinzu kommen die Verschleppten und Flüchtlinge. Obwohl unter der Bevölkerung eine gewisse antisemitische Stimmung herrscht, haben 1000 österreichische Juden in Polen und Ägypten den Wunsch, nach Österreich zurückzukehren. In den Lagern der amerikanischen Zone Österreichs lebten im Februar 1946 5600 Juden, am 16. April 1946 7000, in denen der britischen Zone im Februar 1946 819 und am 1. April 1946 1019 Juden. Von diesen insgesamt 8000 Juden waren ungefähr 73 Prozent polnische Juden.

In Wien treffen sich zwei Ströme wandernder Juden: der eine kommt aus Polen, der zweite aus Ungarn und Rumänien. Von Wien reisen die Juden weiter nach Westen in die amerikanische Zone Deutschlands.

### 10. Polen.

Der jüdische Anteil an der Bevölkerung Polens betrug fast 10 Prozent. Vergleicht man die Stadt- mit der Landbevölkerung, so ergibt sich in der Stadt ein jüdischer Anteil von 27,3 Prozent und auf dem Lande von 3,2 Prozent. Das von Deutschland besetzte Gebiet war schätzungsweise von 2 042 000 Juden bewohnt und das von den Sowjets besetzte Gebiet von 1 309 000.

Es gibt eine genügende Zahl von Tatsachen, welche beweisen, daß sich Polen an der deutschen antisemitischen Propaganda beteiligt haben. Obwohl die Propaganda der Deutschen so groß angelegt war, daß sie auf gewisse Personen nicht ohne Einfluß blieb, bezweifeln Berichterstatter heute sehr, daß der antisemitische

Geist in Polen in der Zukunft lebendig bleiben wird, zumal die Abneigung der Polen gegen alles Deutsche sehr beachtlich ist. Bei der Volkszählung vom Jahre 1938 ergaben sich folgende Zahlen: Gesamtbevölkerung 31 915 000, Glaubensjuden 3 143 000 (9,8 Prozent). Von diesen Juden sind heute nur noch schätzungsweise 80 000 in Polen, und diese wollen fast alle das Land verlassen. Den polnischen Juden, die noch in der Sowjetunion leben, ist es erlaubt, das Sowjetbürgerrecht aufzugeben und nach Polen zurückzukehren. Nachdem schon viele Juden von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, erwartet man die Rückwanderung weiterer 150 000 Juden, welche jedoch nicht in Polen zu bleiben beabsichtigen. Insgesamt haben 200 000 Juden den Wunsch, ihre Heimat zu verlassen, so daß Polen das Ausgangsland der stärksten jüdischen Massenwanderung in Europa sein wird. Es gibt weder eine Organisation, welche die jüdische Auswanderung aus Polen steuert, noch widmen sich die UNRRA oder das Internationale Rote Kreuz diesem Problem. Es ist anzunehmen, daß ein Untergrundsystem die Auswanderung der polnischen Juden organisiert und es gibt zwei Wege, auf welchen diese Juden das Land verlassen: der eine über Berlin und der andere über Wien, Linz, Salzburg in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands.

In der Zeit von 1922 bis 1929 stellte Polen 46 Prozent der jüdischen Einwanderer nach Palästina. Der Prozentsatz ging nach 1933 wegen der höheren Zahl deutscher Einwanderer etwas zurück. Die Zunahme der Einwanderung aus Deutschland und Österreich entwickelte sich von 20 auf 57 Prozent.

### 11. Rumänien.

Die jüdische Bevölkerung Rumäniens betrug im Jahre 1939 850 000. Heute sind es nur noch 335 000. Ihre Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben macht große Schwierigkeiten. Im November 1945 konnten 50 Prozent der rumänischen Juden ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten und wurden durch das amerikanische „Jewish Joint Distribution Committee“ unterstützt. Eine zionistische Organisation hilft den Auswanderern bei ihrer Emigration nach Westen.

### 12. Schweiz.

Die Schweiz gewährte 35 000 Juden Asyl, zumeist aus Frankreich und Italien. 10 500 von ihnen sind heute noch dort verblieben.

### 13. Tschechoslowakei.

In der Zeit vor dem Münchener Abkommen lebten in der Tschechoslowakei 360 000 Juden, im September 1939 315 000. Von diesen wohnten 80 000 in Böhmen, Mähren und Schlesien, 135 000 in der Tschechoslowakei und 100 000 in der Karpatho-Ukraine. 68 000 Juden kamen aus diesen Gebieten in Konzentrationslager und nur 5000 überlebten diese. Heute sind 16 000 tschechische Juden, von denen 10 000 aus dem Auslande zurückgekehrt sind, registriert. 3000 bis 4000 Juden in der Tschechoslowakei sind nicht registriert.

Die Bestimmung der Zwangsübertragung ist durch einen Erlaß des Präsidenten vom Mai 1945 für ungültig erklärt worden. Ein Gesetz über die Rückerstattung gibt es jedoch noch nicht.

In der Slowakei gab es vor dem Kriege 135 000 Juden. Durch den Wiener Schiedsspruch fielen 1938 4000 Juden an Ungarn. 5000 Juden sind ausgewandert, 72 000 Juden wurden verwiesen, 10 000 entkamen nach Ungarn und 8000 lebten versteckt oder kämpften als Partisanen, von welchen 3000 getötet wurden. Von den ursprünglichen 135 000 Juden der Slowakei sind nur noch 30 000 geblieben.

In der Slowakei herrscht eine beachtliche antisemitische Stimmung. Die Politik des Staates, die genossenschaftliche Unternehmungen begünstigt, macht es den Juden ebenso wie anderen Einzelhändlern schwer, wieder Fuß zu fassen. Die Juden können oft die Bedingungen für eine Konzession zur Eröffnung eines Geschäftes (Sprachenkenntnisse und Kapital) nicht erfüllen.

Einige hundert junge Juden sind in einer zionistischen Organisation „Hechalutz“ organisiert, die sie auf das Leben in Palästina vorbereitet.

### 14. Ungarn.

In Ungarns heutigen Grenzen lebten 1939 400 000 Juden. Von diesen gibt es heute nur noch 200 000, davon leben 90 Prozent in Budapest. Nur ältere Leute und die jüdischen Kommunisten und Sozialisten wollen in Ungarn bleiben, das sind 30 000 bis 40 000 oder weniger als 25 Prozent. Die Mehrzahl der ungarischen Juden hat den Wunsch auszuwandern. 50 000 bis 60 000 von diesen wollen nach Palästina.

Zionistische Organisationen sind in Ungarn am Werk und die Bewegung nach Westen wird gut geleitet.



## Der Lagebericht der Untersuchungskommission

Die Unterausschüsse der britisch-amerikanischen Untersuchungskommission besuchten zwischen dem 5. und dem 28. Februar 1946 die amerikanische, britische und französische Zone Deutschlands und Österreichs, außerdem Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Griechenland und die Schweiz. Über Osteuropa heißt es in dem abschließenden Bericht: „Die Umstände ließen uns nicht nach Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien oder der russischen Zone Österreichs kommen, und wir besuchten die russische Zone Deutschlands nicht, nachdem uns von dem stellvertretenden Befehlshaber der sowjetrussischen Besatzungstruppen mitgeteilt worden war, es gäbe in dem dortigen Gebiet keine spezielle jüdische Frage.“

Ungefähr 98 000 Juden aus den anderen Ländern leben nach dem Bericht der Kommission in Deutschland, Österreich und Italien, meist in Lagern. Es sind nicht alles Verschleppte, die durch den Krieg dahin kamen, sondern seit Kriegsende ist eine sehr beachtliche Zahl von Juden neuerlich in die amerikanische und britische Zone Deutschlands und Österreichs eingeströmt. Bisher sind schätzungsweise 30 000 aus Polen gekommen. Ebenso kamen sie aus Rumänien und Ungarn, wenn auch in geringerem Maße. Die Bewegung scheint jedoch anzuwachsen.

In den amerikanischen und britischen Besatzungszonen, wohin die Neuankömmlinge in ihrer Mehrzahl wanderten, wurden sie in Lagern, getrennt von den anderen Verschleppten untergebracht oder sie sonderten sich freiwillig von ihnen ab. Die meisten Lager in der amerikanischen Zone werden von der UNRRA betreut.

Die Bedingungen in den Lagern können kritisiert werden, aber die militärischen Stellen trifft im wesentlichen keine Schuld. Die Bedingungen in den Lagern sind sehr primitiv, die Insassen fühlen sich als unerwünscht und ausgestoßen.

Der Bericht fährt fort: „Wir verstehen den nachdrücklichen Wunsch der überlebenden Juden, die Gebiete zu verlassen, die so voll von schrecklichen Erinnerungen sind. Vor allem scheint man Kinder ausgerottet zu haben. Überlebende Kinder sind meist Waisen. Die meisten Überlebenden sind jung oder im mittleren Alter, kaum sind ganze jüdische Familien zu finden.“

Hauptsächlich aus Polen, Ungarn und Rumänien haben die Juden das Bedürfnis wegzukommen, auch in Deutschland, wo die Zahl der einheimischen Juden von 500 000 (1933) auf etwa 20 000 (1946) gefallen ist, besteht ein ähnliches Verlangen. In der Tschechoslowakei, besonders in Böhmen und Mähren und in Österreich sind die Aussichten auf eine Rehabilitierung der jüdischen Bevölkerung besser. Doch glaubt die große Mehrheit der Juden, daß nur Palästina ihnen eine Zukunft geben kann.

Ohne Rücksicht auf die frühere soziale Stellung ist unter den Juden, die sich in Sammellagern befinden, das Gefühl verbreitet, daß sie alle auf den gleichen Zustand des baren Existenzminimums und der Heimatlosigkeit heruntergedrückt wurden. Das erste Gefühl der Beglückung nach der Entlassung aus den Konzentrationslagern und aus der Zwangsarbeit ist vorüber und nur der Zwang und die täglichen Schwierigkeiten des fortgesetzten Lagerlebens — wenn auch unter besseren Bedingungen — werden empfunden. Arbeit wird unwillkürlich mit Zwangsarbeit und Konzentrationslagern in Verbindung gebracht. Die überwiegende Mehrzahl ist nunmehr entschlossen, sich nur solcher Arbeit zu widmen, welche sie unmittelbar für ihr neues Leben in Palästina vorbereitet oder ihnen zur Auswanderung zugute kommen wird. Der Aufenthalt in den Lagern wird allgemein nur als Durchgangsstadium betrachtet.

Die tiefe Tragik dieser Verhältnisse, durch welche Menschen nach ihrer Befreiung von jahrelanger Unterdrückung auf unbestimmte Zeit in einem zwecklosen Dasein festgehalten und von der Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen abgehalten werden, kann niemanden unberührt lassen. Die Untersuchungskommission ist daher der Ansicht, daß diese Männer, Frauen und Kinder einen moralischen Anspruch auf Hilfe der zivilisierten Welt besitzen. Die Sympathie, welche in der Weltöffentlichkeit mit ihrem Schicksal empfunden wird, hat bisher nur dazu geführt, daß sie mit dem Lebensnotwendigsten an Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft versorgt wurden. Sie sind jedoch der Ansicht, daß die einzige wirkliche Aussicht auf eine Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen in der Auswanderung nach Palästina liegt.

Viele Zeugenaussagen bestätigen die Tatsache, daß der ungeduldige, in der Tat oft frenetische Wunsch der europäischen Juden nach Palästina auszuwandern von dem Gefühl herrührt, daß ihnen alle Türen verschlossen bleiben und sie sich in einer ausweglosen Situation befinden. Die Erteilung von Auswanderungserlaubnissen nach Palästina und allgemeine Erleichterungen in der Einwanderungsgesetzgebung würden daher nach Ansicht der Untersuchungskommission nicht nur diejenigen unterstützen, welche die Einwanderungserlaubnis bekommen, sondern auch in beträchtlichem Maße das Gefühl des Druckes und der Bedrängnis erleichtern, mit welchem die europäischen Juden heute ihre Lage betrachten.

Unter Berücksichtigung einer möglichen wirtschaftlichen und politischen Verbesserung der Verhältnisse in Europa, die vielleicht manche Juden bestimmen wird, doch in Europa zu verbleiben, ist die Kommission der Ansicht, daß etwa 500 000 Juden die Auswanderung aus Europa wünschen oder sich dazu gezwungen sehen.

## Die Lage in Palästina

### *Der historische Hintergrund des Palästina-Problems*

Vor dem ersten Weltkrieg war Palästina ein Verwaltungsbezirk des türkischen Reiches mit 689 000 Einwohnern, davon waren 85 000 Juden. Den Rest bildete eine arabisch sprechende Bevölkerung, die zwar rassisch gemischt, aber sprachlich und kulturell den anderen Arabern verwandt war. Knapp 10 Prozent der Bevölkerung waren Christen. Der Lebensstandard der Bevölkerung war sehr niedrig; sie lebte in der Hauptsache von Ackerbau.

1915/16 versprachen die *Hussein-McMahon-Briefe* den Arabern Hilfe bei der Befreiung von der türkischen Herrschaft und der Errichtung ihrer Unabhängigkeit. Diese Ver-

sprechungen nahmen nach britischer Ansicht jedoch Palästina aus. Die arabischen Führer bestehen jedoch darauf, daß man allen Arabern, auch denen in Palästina, die Unabhängigkeit versprochen habe.

Die britische Regierung verkündete im Jahre 1917 die *Balfour-Erklärung*, welche die Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes in Palästina begünstigte und diesem Projekte volle Unterstützung versprach. Außerdem versprach sie die Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften. Im Jahre 1918 schlossen sich die französische und italienische Regierung dieser Erklärung



an. Die Anerkennung durch den amerikanischen Kongreß erfolgte im Jahre 1922 in einer *Joint-Resolution*, welche das Ideal des jüdischen nationalen Heimes in Palästina darstellt.

Es dachte im Jahre 1917 niemand daran, in Palästina den Juden die Herrschaft über die Majorität der Araber zu geben. Es lag jedoch schon damals nahe, daß sich mit der Zeit eine beträchtliche jüdische Mehrheit entwickeln werde und daß schließlich ein jüdischer Staat das Resultat der *Balfour-Erklärung* sein werde.

#### Das Palästina-Mandat

Im Rahmen der Friedensverträge nach dem ersten Weltkrieg wurde Palästina als Mandat des Völkerbundes Großbritannien zur Verwaltung übertragen. Es wurde von Großbritannien erwartet, daß es die jüdische Einwanderung fördere. Das Mandat gewährleistete zwar die Rechte der nicht-jüdischen Bevölkerung, war aber hauptsächlich im Sinne der jüdischen Interessen abgefaßt. Hiergegen erhoben sich die Araber, und seit 1920 fanden ständig Unruhen der Araber statt.

Das *Churchill-Weißbuch* von 1922 entfernte sich von der Absicht, in Palästina einen jüdischen Staat zu schaffen und formulierte den Ausdruck „Nationales Heim der Juden“ als kulturell autonome jüdische Gemeinschaft. Es beabsichtigte die Errichtung eines einheitlichen palästinensischen Staates, in welchem Juden und Araber zusammenleben sollten.

#### Der Aufstand von 1929 und das Weißbuch von 1930

Die Bevölkerung stieg in den Jahren von 1922 bis 1929 von 750 000 auf 960 000 Personen. Dabei wuchs der jüdische Anteil von 11 Prozent auf 16 Prozent. Durch dieses Anwachsen des jüdischen Bevölkerungsteils fühlten sich die Araber bedroht, und im Jahre 1929 brach ein Aufstand aus, dessen Motive von dem *Shaw-Ausschuß* untersucht worden sind. Im Oktober 1930 veröffentlichte dieser das *Passfield-Weißbuch*. Es stellte erneut den kulturellen Charakter der jüdischen nationalen Heimstätte heraus, welcher schon von Churchill im Jahre 1922 festgelegt worden war. Außerdem schlug dieses Weißbuch Einschränkungen in der Einwanderung und in den Landverkäufen vor.

Da dieses Weißbuch die Juden nicht zufrieden stellte, gab die britische Regierung im Jahre 1931 im *MacDonald-Brief* eine offizielle Erklärung ab, welche die Absicht, Einwanderung und Landverkäufe nicht in diesem Maße zu beschrän-

ken, betonte. Dadurch waren die Juden etwas besänftigt; die Entrüstung der Araber war jedoch umso größer, und der zweite große Versuch, die Palästinafrage zu lösen, war damit gescheitert.

#### Teilungspläne

Infolge des materiellen Fortschrittes verringerten sich in den Jahren von 1931 bis 1936 die politischen Unruhen in Palästina. Die Mandatsregierung schlug von neuem legislative Körperschaften vor, welche zum Teil gewählt werden sollten. Die Bildung dieser Körperschaften wurde jedoch von den Juden abgelehnt. Die Bevölkerung zählte nunmehr 1 366 000 Personen, und der jüdische Anteil war auf 28 Prozent gestiegen.

In einem Generalstreik kam im Jahre 1936 die Unzufriedenheit der Araber zum Ausdruck. Die britische Untersuchungskommission, die daraufhin zusammengetreten war, lehnte die Theorie ab, daß die Mandatsmacht die gleichen Verpflichtungen gegenüber Arabern und Juden habe und daß sie dafür zu sorgen habe, daß die Araber den Gedanken der jüdischen nationalen Heimstätte annehmen. Da sich die Undurchführbarkeit des Mandates erwiesen hatte, schlug der Untersuchungsausschuß die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat mit Galiläa, der Ebene von Edraelon und der Küstenebene sowie in einen arabischen Staat mit dem Rest Palästinas und mit Transjordanien vor. Der Vorschlag wurde am 7. Juli 1937 in dem sogenannten *Peel-Bericht* veröffentlicht. Zur gleichen Zeit erklärte sich die britische Regierung mit diesem Bericht einverstanden und versprach, dem Völkerbund um Erlaubnis zu bitten, den Teilungsplan durchzuführen. Die Aufnahme dieses Berichtes war jedoch eine unfreundliche, und die *Jewish-Agency* bezeichnete diesen Bericht als einen Bruch der *Balfour-Erklärung*. Auch die Araber lehnten eine Teilung ab. Das Kabinett in Großbritannien wurde durch das Unterhaus ermächtigt, die Zustimmung des Völkerbundes zur Teilung Palästinas einzuholen.

Der ständige Mandatsausschuß des Völkerbundes äußerte den Wunsch, den Teilungsplan zunächst zu überprüfen und wollte den neuen Staaten zunächst keine Selbständigkeit gewähren, sondern sie für eine Zeit unter ein Mandat stellen. Am 16. September 1937 forderte der Völkerbundsrat schließlich das Studium der Zustände in Palästina durch Großbritannien und einen Lösungsvorschlag im Sinne der Teilung.

(Fortsetzung folgt in der nächsten Lieferung)

## Das Problem Triest

### Triest in der europäischen Geschichte

- 2. Jahrhundert v. Chr. Artemidorus, später Tergeste, wird am gleichnamigen Golf gegründet.
- 270 v. Chr. Tergeste wird unter Kaiser Augustus römische Kolonie.
- 10.—13. Jahrhundert. Die Stadt steht unter der Herrschaft von Bischöfen
- Ende des 13. Jahrhunderts. Die Bürgerschaft Triests befreit sich von der Herrschaft der Bischöfe, kann sich aber gegenüber dem benachbarten mächtigen Venedig nicht behaupten.
- 1382 Triest unterwirft sich dem Herzog Leopold III. von Österreich. Durch Vereinigung mit den habsburgischen Ostalpenländern blühen Handel und Verkehr auf.
- 1719 Kaiser Karl VI. von Österreich erhebt Triest zum Freihafen (bis 1891).
- 1756 Unter der Kaiserin Maria Theresia wird der Hafen ausgebaut und der Canal Grande angelegt, der heute nur noch für kleinere Segelschiffe dient.
- 1797—1805 Triest ist wie ganz Oberitalien von Franzosen besetzt.
- 1809—1814 Triest gehört zur illyrischen Provinz des französischen Kaiserreiches.

- 1833 Der Triester Lloyd wird auf Betreiben Karl Friedrich Brucks und unter Zustimmung Kaiser Franz II. gegründet, später umbenannt in „Österreichischer Lloyd“.
- 1837 K. F. Bruck ruft eine Dampfschiffahrtsgesellschaft mit Genehmigung des Fürsten Metternich und unter Beihilfe des Hauses Rothschild ins Leben, die für den Verkehr auf der Adria und mit den östlichen Mittelmeerländern vorbildlich wird.
- 1849 Triest wird von Kaiser Franz Josef I. zur reichsunmittelbaren Stadt erhoben.
- 1851/52 Freiherr v. Bruck organisiert als Direktor des Triester Lloyd am Hafen den Bau von Trockendocks und sichert die Trinkwasserversorgung der Stadt aus Quellwässern des Karstes, die schon zu Virgils Zeiten bekannt waren.
- 1852 Die Eisenbahnlinie Laibach (Ljubljana)—Triest wird fertiggestellt; damit sind Triest und das Julische Gebiet über die Südbahnstrecke mit Mitteleuropa und dem Donaubecken verbunden; bald darauf ist auch die Semmeringbahn über Klagenfurt, Villach in Betrieb. Triest ist dadurch für Österreich das Tor zum Orient geworden, ähnlich wie Marseille für Frankreich.
- 1867 Triest und sein Hinterland werden zum Kronland des zisleithanischen Österreich erhoben.



1867/83 Der Hafen Triests wird im Norden durch vier Molen erweitert und ist seitdem auch größten Handelsgesellschaften zugänglich. Nach Eröffnung des Suez-Kanals (1869) gewinnt Triest als Umschlagplatz für den Transitverkehr durch das Mittelmeer sehr an Bedeutung.

1910/13 Erneute Hafenerweiterung, diesmal im Süden der Stadt, wo nun die größten Speicher und Industrieanlagen emporwachsen.

1915/18 Triest ist das Hauptangriffsziel der Italiener, das sie in 11 Isonzoschlachten nicht erreichten.

0. 9. 1919 Im Frieden von St. Germain fällt Triest an Italien, womit ein Hauptziel der Irredentisten — die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Vereinigung aller italienisch sprechenden Gebiete anstrebten — erreicht war.

## 1915 — 1945

In dem geheimen *Vertrag von London* hatte Italien 1915 von Großbritannien und Frankreich Zusagen erhalten, die eine Verlegung der italienischen Grenzen nach Osten unter Einschluß der istrischen Halbinsel (ohne Fiume) zusammen mit einem großen Teil Dalmatiens und der Inseln in der nördlichen und mittleren Adria vorsahen. Die Verhandlungspartner schenken der Tatsache, daß Italien auf diese Weise etwa eine halbe Million Slawen bei sich aufnehmen würde, nur wenig Aufmerksamkeit.

Mit Beendigung der Feindseligkeiten im November 1918 rückten die italienischen Armeen vor, um die durch den Londoner Vertrag (*Londoner Linie*) festgelegten Gebiete zu besetzen. Die provisorische Regierung der Serben, Kroaten und Slowenen legte jedoch hiergegen entschiedenen und heftigen Protest ein. In Präsident *Wilson*, dem Sprecher des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, fanden sie einen Verfechter ihrer Sache.

Präsident *Wilson* verweigerte die Anerkennung der Gültigkeit des Geheimvertrages von London, widersetzte sich entschieden der zusätzlichen Forderung Italiens auf Fiume und stimmte nur der Abtretung der Gebiete westlich der inzwischen berühmt gewordenen *Wilson-Linie* zu, die von einem Ausschuß amerikanischer Sachverständiger empfohlen worden war (siehe Karte). Die italienische Regierung weigerte sich, diesen Vorschlag anzunehmen, und der hierdurch entstehende tote Punkt bildete eine der ernstlichen Krisen der Pariser Friedenskonferenz.

Die Bemühungen der Alliierten wurden auch nach der Friedenskonferenz fortgesetzt, man überließ es jedoch Italien und Jugoslawien, zu einer Entscheidung zu kommen (*Vertrag von Rapallo*, Ende 1920). Die in *Rapallo* festgesetzte Grenze folgte den Abmachungen des Londoner Geheimvertrages mit Ausdehnungen im Osten zu Gunsten Italiens. Nord-Dalmatien und die adriatischen Inseln, die Italien im Londoner Vertrag versprochen worden waren, gingen jedoch an Jugoslawien, Fiume mit einem kleinen, die Stadt umgebenden Gebiet wurde zum Freistaat. 1924 einigten sich Italien und Jugoslawien in dem *Vertrag von Rom*, Fiume zu teilen, nachdem die Kontroverse über den Freistaat Fiume ständig fortgedauert hatte. Die Stadt Fiume, die durch einen Gewaltstreich *Gabriele d'Annunzios* bereits unter italienische Herrschaft gekommen war, wurde dem faschistischen Italien zugesprochen.

Die Ära des Faschismus führte zu einer Unterdrückung der Kroaten und Slowenen. Die Italienisierungspolitik fand ihren Höhepunkt in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges, als Italien die verbliebenen slowenischen Gebiete annektierte und seinen Einfluß auf Kroatien ausdehnte (Diktatur des *Ante Pavlice*).

Wie groß auch die Unterschiede zwischen *Tito* und der königlich-jugoslawischen Exilregierung zu Anfang des zwei-

ten Weltkrieges waren, so waren sie sich doch in ihrem Wunsch über die Einverleibung des julischen Gebietes einig. Marschall *Tito* verließ diesen Aspirationen im Jahre 1943 Ausdruck. Dr. Josip *Smoljaka*, der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten im jugoslawischen nationalen Befreiungskomitee, umriß die Ansicht der Partisanen mit folgenden Worten: „Ripassate l'Isonzo, e tornerem fratelli!“ (Zurück über den Isonzo, und wir werden wieder Brüder sein).

Kurz nach der Kapitulation Italiens erschien es für Italien weder möglich noch ratsam, den jugoslawischen Ansprüchen offiziell zu begeben.

Die Stimmen führender italienischer und nichtitalienischer Antifaschisten erhoben sich zu Gunsten eines Kompromisses über das umstrittene Gebiet.

Seit dem Sommer des Jahres 1944 nahm diese Debatte ständig größere Ausmaße an. Während Jugoslawien nach russischer Unterstützung suchte, wußte die italienische Regierung, daß zufolge der noch nicht veröffentlichten Waffenstillstandsbedingungen die Alliierten das Recht hatten, das gesamte italienische Staatsgebiet, wie es bei Ausbruch des Krieges bestand, zu besetzen.

Feldmarschall *Alexander* wünschte eine Verständigung mit Marschall *Tito* schon vor einem Zusammentreffen der Streitkräfte und lud den Partisanenführer zu einer Konferenz am Bolsena-See im Juli 1944 ein. In den Besprechungen wurde aus militärischen Gründen eine Linie festgelegt, die von Fiume in nördlicher Richtung verlaufen sollte, wobei Marschall *Titos* Streitkräfte den Hafen Fiume und das Gebiet östlich der Linie kontrollieren sollten, während Feldmarschall *Alexanders* Truppen das Gebiet von Venezia Giulia kontrollieren sollten.

Im Februar 1945 trafen sich *Alexander* und *Tito* in Belgrad. Bei der Besprechung teilte Feldmarschall *Alexander* dem jugoslawischen Staatsoberhaupt mit, wenn die Truppen des Alliierten Oberkommandos Österreich besetzen, so werde es auch notwendig sein, sowohl die Verbindungslinien von und nach Triest zu kontrollieren.

Marschall *Tito* erklärte sich im Prinzip einverstanden und nahm auch die Idee einer Alliierten Militärregierung an, vorausgesetzt, daß die vorhandene Verwaltung im Amte belassen würde. Die Ergebnisse von Bolsena und Belgrad wurden schriftlich nicht festgelegt, doch steht das Zustandekommen einer verbalen Einigung über die wesentlichen Punkte außer Zweifel.

Mittlerweile nahm die Kampfkraft der deutschen Armee in Italien sehr schnell ab, und die italienische Furcht, daß *Titos* Partisanen schnell und das gesamte Julische Gebiet noch vor dem Einmarsch der Alliierten in Besitz nehmen würden, nahm zu. — Ein Bericht aus dem Hauptquartier *Titos* vom 30. April, demzufolge die Partisanen Triest eingenommen hatten, führte zu Studentendemonstrationen in Rom und zur Intervention des italienischen Kabinetts bei den Alliierten. Anfang Mai dehnten vorgeschobene jugoslawische Einheiten ihre Kampf-tätigkeit bis an und über den Isonzo aus. Am 29. April war Venedig von einer neuseeländischen Division unter dem Befehl von Generalleutnant *Freyberg* befreit worden. *Freyberg* hatte Befehl, bis Triest vorzugehen und setzte dementsprechend seinen Vormarsch fort. Am Nachmittag des 2. Mai erreichte er Triest, wo er die Kapitulation der Deutschen annahm. General *Freyberg* mußte feststellen, daß jugoslawische Truppen bereits die Rechte einer Besatzungsmacht ausübten.

Die jugoslawischen Behörden stellten klar, daß sie sich nicht durch die Besprechungen in Bolsena und Belgrad gebunden fühlten. Die jugoslawische Presseabteilung in London gab am 4. Mai eine Erklärung des jugoslawischen Hauptquartiers her-



aus, in der festgelegt wurde, daß die Alliierten Triest und Goerz ohne jugoslawische Erlaubnis betreten hatten.

Am 8. Mai entsandte Marschall *Alexander* Generalleutnant *Morgan* nach Belgrad. General *Morgan* überbrachte ein Dokument, das noch einmal kurz und präzise die Abmachungen der beiden Begegnungen zwischen *Tito* und *Alexander* festlegte. Marschall *Tito* erklärte darauf, daß das Problem eher ein politisches als ein militärisches sei und daß er nicht beabsichtige, seine Truppen zurückzuziehen. Er bot den Alliierten die Benutzung der Einrichtungen Triests und Verbindungslinien durch das Gebiet an, bestand jedoch darauf, daß das Gebiet unter jugoslawischer Kontrolle verbleibe. Marschall *Alexander* nahm dieses Argument nicht an und erklärte *Tito*, daß er, während er die Frage an die alliierten politischen Stellen weiterleiten werde, Triest weiterhin benutzen und die Besetzung Nordost-Italiens durchführen werde. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erhoben energische Vorstellungen in Belgrad, und am 12. Mai erklärte der amerikanische Unterstaatssekretär *Joseph C. Grew* auf einer Pressekonferenz, daß sich die Vereinigten Staaten dem Versuch, Grenzstreitigkeiten durch einseitige Handlung zu regeln, widersetzen.



Am 19. Mai antwortete Marschall *Tito* amtlich auf die amerikanischen und britischen Noten. Er beanspruchte für die jugoslawische Armee dieselben Rechte wie die alliierten Armeen „in einem Gebiet, welches Jugoslawien befreite.“ Diese Antwort wurde sowohl in Washington als auch in London als unbefriedigend betrachtet. Marschall *Alexander* gab am 19. Mai gleichfalls eine Erklärung ab, in der er die Handlungsweise *Titos* sehr scharf kritisierte. Der absoluten Entschlossenheit *Alexanders* gab *Tito* nach. Es kam zu einem Kompromiß, der am 9. Juni veröffentlicht wurde.

Man kam überein, das Gebiet von Venezia Giulia westlich einer Linie, die Triest umschließt, dem Alliierten Oberbefehlshaber zu unterstellen. Diese Linie ist seither als die *Morgan-*

*Linie* bekannt. Sie verläuft westlich der 1919 festgelegte *Wilson-Linie* und beläßt die Industriegebiete Istriens und Süd-Istriens mit ihren Bodenschätzen an Kohle, Quecksilber und Bauxit in jugoslawischen Händen. Pola fällt jedoch Italien. Alle regulären jugoslawischen Truppen sollten am 12. Juli hinter die neu festgelegte Linie zurückgezogen werden. Das Abkommen schloß mit den Worten, daß der getroffene Kompromiß in keiner Weise die endgültige Entscheidung über die westlich der *Morgan-Linie* liegenden Teile Venezia Giulias beeinflusse.

## Die Verhandlungen bis zur Pariser Außenministerkonferenz

Nach dem Kompromiß vom 9. Juni 1945 setzten Jugoslawien und Italien ihre lebhafte Debatte über die Zukunft Venezia Giulias, insbesondere aber Triests, fort. Keine der beiden Parteien erklärte sich bereit, irgendwelche Rechte aufzugeben, die sie während der letzten Jahre des Krieges erworben hatten. Jedoch fand auf beiden Seiten eine Klärung des jeweiligen Standpunkts statt.

### Die jugoslawischen Ansprüche

Die Ansprüche Jugoslawiens wurden in allen Einzelheiten in einem Memorandum durch den jugoslawischen stellvertretenden Ministerpräsidenten *Kardelj* dem Rat der Außenminister in London im September 1945 vorgelegt. Dieses Memorandum verlangt, daß die jugoslawischen Grenzen mit Italien nach Westen verlegt werden zu einer Linie, die unterhalb der Stadt Monfalcone an der adriatischen Küste beginnt und von diesem Punkt nördlich verläuft bis zum Zusammenfluß des Vipacco und des Isonzo. Von hier folgt die Grenze ein kurzes Stück dem Verlauf des Isonzo und verläuft dann in nordwestlicher Richtung entlang der Tarcentostraße, um dann endlich scharf nach dem Mt. Canin zurückzubiegen, von wo die Grenze dann der alten österreichisch-italienischen Grenze bis zu ihrem Endpunkt folgt.

Würde diesem Anspruch stattgegeben, wäre die italienische Grenze noch ungünstiger als jene vor dem ersten Weltkrieg mit Österreich, und etwa 350 000 bis 400 000 Italiener würden unter jugoslawische Herrschaft kommen.

Das amtliche jugoslawische Memorandum und ergänzende amtliche und nichtamtliche Erklärungen begründeten diese Ansprüche wie folgt:

1. Die geographische Lage Triests ist so, daß es zu der natürlichen Einheit Sloweniens gehört. Slowenien ist slawisch und umgibt Triest fast völlig. Die von Jugoslawien verlangten ethnischen Grenzen liegen beträchtlich westlich von Triest.
2. Triest ist aus wirtschaftlichen Gründen sehr bedeutend. Es ist ein wichtiger Seehafen, wie ihn Jugoslawien nicht besitzt aber benötigt. Triest hat als Hinterland nur Jugoslawien. Genau so wie Jugoslawien Triest benötigt, benötigt Triest Jugoslawien, weil es durch jede Art der Verkehrsverbindung mit Jugoslawien verbunden ist.
3. Jede andere Lösung der Triester Frage hätte nur zur Folge, daß in Zukunft weiterhin Unruhe herrscht. Eine andere Lösung der Triester Frage würde die Quelle neuer Mißverständnisse und Zwistigkeiten sein, die den Frieden Europas stören. Würde man Triest denselben Status geben, wie ihn Danzig früher hatte, so würde es Schwierigkeiten geben von der Art, wie sie der Völkerbund bereits kennenlernte.
4. Für den Fall, daß man Italiens Forderungen entsprechen, Triest den Italienern geben und es somit den Jugoslawen



fortnehmen würde, könnte eine solche Lösung für Jugoslawien niemals annehmbar sein. Jugoslawien ist kleiner als Italien und war das Opfer der Aggression und Angriffe des letzten Krieges. Auf Grund der italienischen Aggression ist es daher völlig gerechtfertigt, den Anspruch auf Triest zu stellen.

#### *Die italienischen Ansprüche*

Die italienischen Ansprüche sind nicht so präzise formuliert wie die jugoslawischen. In dem Memorandum, das der damalige italienische Außenminister *Alcide de Gasperi* der Londoner Außenministerkonferenz vorlegte, zeigt die italienische Regierung gewisse Nachgiebigkeit. Das Memorandum versichert die Bereitschaft, Opfer im Interesse der europäischen Einheit und des Wiederaufbaues zu bringen und insbesondere den italienischen Wunsch, herzliche Beziehungen mit Jugoslawien zu erreichen. Das Memorandum gibt zu, daß Italien der Vorbereitung des Krieges mit Jugoslawien schuldig ist, stellt aber fest, daß das italienische Volk diesen Krieg nicht gewollt hat. Italien, so erklärte *de Gasperi*, sei bereit, einen internationalen Schiedsspruch in der Frage der Grenzstreitigkeiten anzunehmen, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß die Lösung so ausfallen möge, daß sie von einer „demokratischen Regierung“ angenommen werden könne. Um klarzumachen, was die Italiener als eine gerechte Lösung betrachten würden, schlug *de Gasperi* vor, die *Wilson-Linie* bei einer Grenzziehung zu Grunde zu legen und Triest bei Italien zu belassen, wobei Italien bereit sei, mit anderen Staaten ein Übereinkommen bezüglich der Benutzung des Hafens zu treffen; daß Triest aber nicht vom Lande oder von seiner Eisenbahnverbindung mit Pola abgeschnitten werde; daß Fiume den Status eines *Corpus Separatum* zurückerhalte; daß der italienischen Minorität in Jugoslawien ausreichender Schutz gewährt werde und daß Jugoslawien und Italien gleichzeitig ihre angrenzende Küstenlinie entmilitarisieren. *De Gasperi* setzte sich besonders für die Arsa-Kohlengruben ein, die 30 Prozent des italienischen Kohlenbedarfs decken und formulierte den italienischen Anspruch auf die Bauxit-Lager, die die italienische Aluminium-Industrie beliefern. Hierbei wies er darauf hin, daß Jugoslawien bereits Exporteur von Kohle und Bauxit sei.

Italien rechtfertigt seine Ansprüche mit folgenden Begründungen:

1. Italien hat trotz seiner Fehler während der faschistischen Ära seine Loyalität gegenüber den Vereinten Nationen bewiesen und bedeutende Beiträge zum Endsieg geleistet. Italien verdient daher nicht als besiegter Feind behandelt zu werden, sondern als mitkriegführender Alliierten.
2. Italien einiger Hunderttausend seiner Staatsbürger zu berauben und Italien die Souveränität in Triest abzusprechen, würde ganz gewiß in Italien das Nationalgefühl stark treffen, eine „demokratische Regierung“ unmöglich machen und die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien für die weitere Zukunft in einem äußerst gespannten Zustand lassen.

#### *Triest auf der Londoner Konferenz*

Während der Londoner Außenminister-Konferenz im September 1945 trat klar zu Tage, daß die Verantwortung für eine Regelung des Problems Triest in erster Linie den Großmächten zufiel. In London trat die Sowjet-Union, unterstützt von Australien und Neuseeland, für Marshall *Tito* ein und auch später wurde berichtet, daß Rußland weiterhin den Standpunkt *Titos* unterstützte.

Der amerikanische Standpunkt in London, der von England und Südafrika unterstützt wurde, schlug eine Grenzziehung gemäß der *Wilson-Linie* mit einer Berichtigung im Norden zu Gunsten Jugoslawiens und einer Berichtigung im Süden zu

Gunsten Italiens vor. Hinsichtlich Triests war der britisch-amerikanische Vorschlag, Stadt und Hafen im italienischen Gebiet zu belassen, es jedoch unter die Verwaltung einer Kommission mit Vertretern all der Nationen, die Triest benutzen, zu stellen. Die britisch-amerikanische Haltung in London kam also den Wünschen der italienischen Regierung sehr nahe.

Nachdem die Londoner Konferenz zu keiner Einigung geführt hatte, rückte das Schicksal von Triest immer mehr in den Brennpunkt der Weltpolitik.

Der Besuch einer englischen Parlamentsdelegation Ende November 1945 ergab keine Klärung der Lage. Am 15. November erklärte der damalige italienische Ministerpräsident *Pavri*, daß eine Entente zwischen Jugoslawien und Italien für den Frieden Europas notwendig sei, daß aber die Verfolgungen aufhören müßten, ehe direkte Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Im Verlauf des Dezember spitzte sich die Lage weiter zu. Der stellvertretende italienische Ministerpräsident *Nenni* gab am 17. Dezember der Hoffnung Ausdruck, die Moskauer Außenministerkonferenz werde den Status Italiens prüfen, und der Streit um Venezia Giulia und somit um Triest werde durch italienisch-jugoslawische Verhandlungen beigelegt werden. Zur gleichen Zeit erklärte Marshall *Tito* über den Belgrader Rundfunk, Italien habe seit der Kapitulation keinen Friedensbeweis erbracht und die italienische Presse ergehe sich in einem ungehemmten Feldzug von Feindseligkeiten gegen das neue Jugoslawien. Eine gewisse Entspannung der Lage entstand jedoch durch die Erklärung *Titos*, wonach Gebietsveränderungen seiner Auffassung nach durch Verhandlungen geregelt werden könnten. Über die Haltung der Sowjet-Union in der Triester Frage berichtete der Pariser Rundfunk am 20. Dezember zufolge einer UP-Meldung, daß Außenminister *Molotow* die von Großbritannien und den Vereinigten Staaten angesuchte Intervention der Sowjet-Regierung mit der Begründung abgelehnt habe, daß die Sowjet-Union sich nicht in die Angelegenheiten einer unabhängigen Nation einmischen wolle.

Unabhängig davon lud *Molotow* jedoch nach einer Pariser Rundfunkmeldung die Gesandten Jugoslawiens und Italiens zu einem gemeinsamen Empfang ein und legte ihnen bei dieser Gelegenheit nahe, sich über das Triester Problem zu einigen.

#### *Triest wird Weltproblem*

Die Lage in Triest und im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet verschärfte sich erneut. Am 28. März gab der inzwischen zum Alliierten Oberbefehlshaber im Mittelmeer ernannte General *Morgan* eine Erklärung über die jüngsten Ereignisse im Gebiet von Triest ab, in der festgestellt wurde, daß die amerikanische und die britische Regierung fest entschlossen seien, den Status quo im Gebiet von Triest aufrecht zu erhalten, bis eine Lösung der territorialen Fragen gefunden und durchgeführt worden sei. In dem Kommuniké heißt es: „In dem den jugoslawischen Militärbehörden unterstellten Gebiet sind jugoslawische Truppenbewegungen festgestellt worden. Die Truppenbewegungen in der jugoslawischen Zone, der Zone B, wurden als Defensivmaßnahmen hingestellt. Die einzige bewaffnete Macht, die Anspruch auf das umstrittene Gebiet erhebt, ist jedoch Jugoslawien selbst. Bestrebungen, endgültigen Entscheidungen über das Gebiet von Triest vorzugreifen, werden auf keinen Fall geduldet werden. Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjet-Union und Frankreichs befassen sich gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines gerechten Friedensvertrages. Ruhe und Ordnung in der alliierten Zone werden unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Im Ausland ist an der alliierten Militärregierung in der Zone A wiederholt ungerechtfertigte Kritik geübt worden. Weiter wurden Versuche unternommen,



Zwischenfälle hervorzurufen, damit die öffentliche Ordnung zu stören und die Autorität der Polizei zu untergraben.“

Gleichfalls am 28. März sprach der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* vor einer Abordnung von Studenten in Rom über die Triester Frage und erklärte, die italienische Regierung habe in der Frage der Provinz Venezia Giulia alles getan, was in ihrer Macht stünde. Italien dürfe nicht vergessen, daß der Faschismus schwere Schuld auf sich geladen habe. Die italienische Politik müsse für eine italienisch-jugoslawische Verständigung arbeiten und die Fragen strategischer Grenzen beiseite lassen.

Am 1. April berichtete die Londoner *Times* in einem langen Leitartikel ihres Sonderkorrespondenten in Triest über die Zukunft der Stadt: „Es würde im Interesse Italiens und Jugoslawiens liegen, wenn keine feste Grenzziehung zwischen den beiden Ländern geschähe . . . die gesamte Lage wird dadurch erschwert, daß Triest nicht nur wegen der verschiedenartigen Bevölkerung von Jugoslawien und Italien in Anspruch genommen wird, sondern daß es auch noch einen ideologischen Konflikt gibt im Zusammenhang mit Rußland und den Westmächten . . .“

Der Vorschlag einer Internationalisierung des Hafens von Triest ist keine endgültige Lösung. Dieser Vorschlag läßt die Frage des italienisch-jugoslawischen Konflikts ungelöst in

einer Stadt, in der eine italienische Bevölkerung einer ziemlich großen slowenischen Arbeiterschaft gegenübersteht. Wenn internationalisiert werden soll, dann wäre eine vernünftige Lösung, daß das gesamte Gebiet für mindestens 10 Jahre unter treuhänderischer Verwaltung der Vereinten Nationen bleibt. Wenn nur die Stadt Triest internationalisiert werden soll, so wird der auswärtige Einfluß zu stark sein, um eine ruhige Entwicklung zu gestatten. Das Problem muß vor allem von den Alliierten mit größtmöglicher Einigkeit behandelt werden, wie auch immer die Entscheidung ausfällt.“

Während der Außenministerkonferenz in Paris Anfang März dieses Jahres mehrten sich, einer Reuter-Meldung zufolge, die Befürchtungen, daß die jugoslawischen Extremisten auf der Regierung einen Druck ausüben könnten, um sie zu bewegen zu einer drastischen militärischen Aktion zu schreiten, nachdem die Außenministerkonferenz die Frage Triest nicht lösen konnte. Die politische Atmosphäre wurde durch weitere Meldungen über starke Truppenzusammenziehungen der Jugoslawen immer gespannter.

Der italienische Ministerpräsident *de Gasperi*, der am Mai von der Pariser Außenministerkonferenz nach Rom zurückkehrte, erklärte, daß die Triester Frage das schwierigste Problem bleibe. Die Lösung sei ein Weltproblem geworden.

## Die britische Reichskonferenz

### Vorgeschichte

Vom 23. April bis zum 23. Mai 1946 fand in London eine Reichskonferenz statt, auf der die Vertreter der Dominien mit den Mitgliedern der englischen Regierung grundsätzliche Fragen der Reichspolitik erörterten. Die Vertreter der Gliedstaaten zu Besprechungen nach London zusammenzuziehen, ist in der Geschichte des britischen Reiches ein alter Brauch: Als die Premierminister im Jahre 1887 zur Feier des Jubiläums der Königin Viktoria in London anwesend waren, fand die erste „*Colonial Conference*“ statt. Sie wurde, ebenso wie die folgenden in den Jahren 1897 und 1902, vom Kolonialminister geleitet. Die veränderte Stellung der Tochterstaaten zum Mutterland fand zu Beginn dieses Jahrhunderts ihren Ausdruck in einem Namenswechsel: die Konferenz von 1907 hieß „*Imperial Conference*“ (Reichskonferenz), den Vorsitz führte nicht mehr der Kolonialminister, sondern der englische Premierminister. Auf dieser Konferenz wurde allen Kolonien mit Selbstregierung die Bezeichnung „Dominion“ zuerkannt, die bisher nur Kanada hatte führen dürfen. Man kam weiterhin überein, Reichskonferenzen in einer bestimmten, festgelegten Form alle vier Jahre stattfinden zu lassen.

Die Konferenz von 1911 war die letzte vor dem ersten Weltkrieg; während des Krieges traten 1917 und 1918 Konferenzen gleichzeitig mit den Sitzungen des Reichskriegskabinetts unter dem Namen „*Imperial War Conference*“ zusammen. Der Krieg wandelte die Stellung der Dominien zum Mutterland grundlegend, die Reichskonferenzen boten die beste Möglichkeit, die neue Stellung auch staatsrechtlich zu formulieren. Dies geschah jedoch noch nicht auf den Reichskonferenzen von 1921 und 1923, sondern erst 1926. Damals arbeitete die Reichskonferenz in der „Balfourformel“ die heute gültige Definition des „*Dominion Status*“ aus, die 1930 dem *Statut von Westminster* zugrunde gelegt wurde. Die Konferenz von Ottawa 1932, auf der das System der Vorzugszölle innerhalb des Reiches ausgearbeitet wurde, war richtunggebend in wirtschaftlicher Hinsicht. Die letzte offizielle Konferenz wurde 1937 in London abgehalten. 1946 fanden vor der Konferenz von San Franzisko Besprechungen der Vertreter der Dominien mit dem englischen Premierminister statt, in der die Haltung der Staaten des britischen Reiches auf der Konferenz von San Franzisko festgelegt wurde.

### Der Verlauf der Konferenz

Vertreten waren bei der Londoner Konferenz:

Australien durch seinen Premierminister *Chifley* und Außenminister *Dr. Evatt*,

Neuseeland durch seinen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Finanzminister *Nash*, an Stelle des verhinderten Ministerpräsidenten *Fraser*,

die Südafrikanische Union durch ihren Ministerpräsidenten Feldmarschall *Smuts* und seinen Stellvertreter *Homeyr*,

Kanada durch seinen Ministerpräsidenten *Mackenzie King*. Außerdem nahmen zwei von der indischen Regierung ernannte Vertreter Indiens teil. Vertreter Eires, des irischen Freistaates, nahmen nicht teil.

Es war nicht möglich, alle Ministerpräsidenten während der Konferenzdauer gleichzeitig in London zu versammeln. Die Konferenz gliedert sich deshalb nach der jeweiligen Anwesenheit und der entsprechenden Themenwahl in drei Abschnitte:

1. In den letzten Apriltagen waren die Vertreter Australiens und Neuseelands in London. Die Besprechungen gingen vor allem um Fragen der Reichsverteidigung im Pazifik und der von den Vereinigten Staaten dort gewünschten Stützpunkte, ferner um soziale Fragen in diesen Gebieten.

2. Anfang Mai, nach der Ankunft von Feldmarschall *Smuts*, wurde der Themenkreis erweitert. Die Besprechungen wurden fortgesetzt, auf welche Weise die Verteidigung des Rei-



ches aufeinander abzustimmen sei, daneben wurden die Friedensverträge mit den kleineren europäischen Staaten, der neue Vertrag mit Ägypten und die Zukunft Deutschlands erörtert. Diesem Teil der Konferenz lag der ausgesprochene Wunsch zugrunde, durch einmütige Stellungnahme *Bevins* Position auf der Außenministerkonferenz zu stärken. Es tauchte jetzt aber auch die grundlegende Frage auf, ob die gegenwärtige Struktur des Weltreiches der jetzigen Lage gewachsen sei oder ob Anpassungen vorgenommen werden müßten.

3. Nach der Ankunft des kanadischen Ministerpräsidenten *Mackenzie King* wurden in der zweiten Maihälfte Fragen erörtert, die für die gesamte britische Völkerfamilie von Interesse sind, so vor allem die Beziehungen der Gliedstaaten zueinander und zum Mutterland, die Abstimmung der militärischen Maßnahmen, weiterhin aber auch das künftige Geschick Europas und die geplanten Friedensverträge. Für die Konferenz der Finanz- und Handelsminister des britischen Reiches, die in diesem Sommer stattfinden soll, wurden Richtlinien festgelegt, ebenso für die internationale Konferenz über

Handel und Arbeit (International Conference on Trade and Employment), die für 1947 geplant ist.

Vor Beginn der Konferenz, in den Berichten während der Konferenzdauer und im Schlußbericht wurde wiederholt und ausdrücklich der inoffizielle Charakter der Besprechungen hervorgehoben. Man war darauf bedacht, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob von der Konferenz Beschlüsse und feste, ins einzelne gehende Pläne zu erwarten seien, so vermied auch die Schlußverlautbarung Worte wie „Beschluß“ oder „Abkommen“ und sprach nur von einem „inoffiziellen Gedankenaustausch (informal exchange of views)“. Ziel der Konferenz, so wurde betont, sei, den Standpunkt des Partners sehen zu lehren oder wie es die „Times“ in einem Aufsatz vom 16. Mai 1946 ausdrückte: „Nach Jahren, in denen die verschiedenen Probleme und Bedürfnisse des Krieges im Vordergrund gestanden haben, sind die Blickpunkte überraschend weit auseinandergerückt. Nun spielt jeder Partner für die anderen die Rolle des Augenarztes, der Linsen in das Brillengestell einpaßt, bis sich das klarste Bild ergibt“.

### Die Besprechungen

Die behandelten Fragen sind so verwickelt und für die Zukunft des britischen Reiches so entscheidend, daß es sich nicht empfiehlt, sie chronologisch nach der mehr oder weniger zufälligen Anwesenheit einzelner Minister zu behandeln, sondern systematisch, um die einzelnen Kristallisationspunkte gruppiert. Bei einer solchen Betrachtung ergeben sich die folgenden Hauptprobleme:

#### 1. Die Verteidigung des Weltreiches.

Die Erörterungen gingen aus von der Tatsache, die der Ausbruch des zweiten Weltkrieges gezeigt hatte, daß in der Stunde der Not alle Gliedstaaten ohne Frage zum Mutterland standen (über Irlands Haltung und seine Gründe wird in einem späteren Beitrag zu berichten sein). Die Treue zur gemeinsamen Lebensart hat sich in der Stunde der Gefahr bewährt. Aber das Bewußtsein, wie groß die Gefahr durch die Anfangserfolge Japans geworden war, ist besonders in den pazifischen Dominien noch sehr lebendig. Der Fall von Singapur vor allem wirkt noch als starke Erschütterung nach.

So lauteten die beiden Fragen, denen jetzt die Hauptaufmerksamkeit galt:

- a) Wie kann ein künftiger Krieg vermieden werden?
- b) Wie kann, falls ein Krieg doch ausbrechen sollte, die Verteidigung wirksamer vorbereitet und durchgeführt werden, damit ähnliche Katastrophen vermieden werden?

Über die erste Frage, eine grundsätzliche, herrschte Einmütigkeit: das britische Weltreich muß seine Kraft und Geschlossenheit schon in friedlichen Zeiten sichtbar demonstrieren (visible strength) und damit jeden möglichen Angreifer abschrecken. Gerade die Vertreter der pazifischen Dominien erhoben den Ruf nach einer „gemeinsamen Stimme des Commonwealth“ (so der Neuseeländer *Nash* in seiner Radiosprache vom 23. April 1946).

Die zweite Frage, eine praktische, gab Anlaß zu langen Auseinandersetzungen, in denen die Meinungen oft weit voneinander abwichen.

Immer noch ruht zur Zeit die Hauptlast der Verteidigung des Weltreiches auf England gemäß dem Artikel der Reichskonferenz von 1926: „Auf dem Gebiet der Verteidigung liegt der Hauptanteil gegenwärtig bei der Regierung Seiner Majestät in Großbritannien und muß auch künftig noch eine Zeitlang dort verbleiben.“ Der moderne Krieg jedoch, der an die menschenmäßigen, industriellen und finanziellen Hilfsmittel der Völker die äußersten Anforderungen stellt, hat

gezeigt, daß diese einseitige Belastung untragbar ist. So sind alle Dominien mit dem Mutterlande überzeugt, daß sie einen in jeder Hinsicht größeren Anteil der gemeinsamen Verteidigung tragen und damit auch größere Opfer bringen müssen. Die Bereitschaft wurde von dem australischen Premierminister in seinem Rechenschaftsbericht vor dem australischen Parlament am 19. Juni 1946 ebenso betont wie von dem südafrikanischen Premier, der gleichfalls am 19. Juni 1946 vor dem südafrikanischen Parlament sagte: „Bisher haben wir uns für unsere Sicherheit auf die Kriegsmacht Großbritanniens verlassen, aber das hat sich nun gewandelt, und in Zukunft werden wir eine größere Verantwortung für unsere Verteidigung zu Wasser, auf dem Lande und in der Luft selbst zu übernehmen haben.“

Den auf der Reichskonferenz vertretenen Ministerpräsidenten kam es vor allem darauf an, regionale Sicherheitsabkommen für gewisse Verteidigungsbezirke zu schaffen. An solchen regionalen Abkommen sollten alle Mächte teilnehmen, die in dem betreffenden Bezirk wesentliche Interessen haben, also im Falle des Pazifik außer den Gliedstaaten des britischen Reiches und den Vereinigten Staaten auch Frankreich, Holland und Portugal. Die Führung in dem betreffenden Abschnitt soll der Macht zufallen, die nach ihrer geographischen Lage am besten dazu geeignet ist. So sprach der australische Außenminister *Dr. Evatt* in einer Londoner Rundfunkansprache vom 10. Mai 1946 von dem „Gedanken, daß in jedem Teil der Welt alle Gliedstaaten des Reiches zusammenarbeiten zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Lebensinteressen im Verhältnis zu ihrer räumlichen Nähe und dementsprechend zur Fähigkeit, wirksam einzugreifen; aber in jedem Abschnitt muß die Führung dem Gliedstaat zufallen, der örtlich am besten in der Lage ist, sie auszuüben.“

Südafrika interessieren vor allem die Verbindungslinien des Weltreiches im Mittelmeer (worüber bei Behandlung der ägyptischen Frage Näheres zu sagen sein wird). Australien und Neuseeland sehen sich vor in diesem Umfange ganz neue Probleme gestellt, die außergewöhnliche eigene Initiative verlangen. Immer dringender wird der Anspruch der Vereinigten Staaten auf Stützpunkte im Pazifik. Wenn auch der Senat in seiner Sitzung vom Mai 1946 es ablehnte, die Gewährung der Englanndanleihe von der endgültigen Abtretung von Stützpunkten abhängig zu machen, so weisen die Vereinigten Staaten doch darauf hin, daß auf dem Gebiet des britischen Reiches mit amerikanischem Geld während des



Krieges Stützpunkte ausgebaut wurden und daß es nur billig ist, wenn den Vereinigten Staaten auch nach dem Kriege die Benutzung dieser Stützpunkte zu militärischen Zwecken und zu denen der Zivilluftfahrt gestattet wird.

Die pazifischen Dominien selbst sind einer Benutzung von Stützpunkten durch die Vereinigten Staaten durchaus nicht abgeneigt. In seiner Rundfunkansprache aus London vom 23. April 1946 hat der stellvertretende neuseeländische Ministerpräsident ausdrücklich betont, daß Neuseeland den Vereinigten Staaten einen „dauernden Platz“ im Pazifik einräume, Neuseeland sei auf Wunsch der Vereinigten Staaten auch jederzeit bereit, über die Benutzung von Stützpunkten zu verhandeln. Und auch die englische Regierung weiß wohl, daß nur durch aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Verteidigung des Pazifik Katastrophen, wie der Fall von Singapur, vermieden werden können. Eine Beeinträchtigung der Souveränität des Britischen Reiches sei in einem solchen Zugeständnis nicht zu erblicken, so wird hervorgehoben, nur dürften die Stützpunkte nicht einer Macht ausschließlich überlassen werden.

Die regionalen Abkommen können von den Reichsgliedern nur dann günstig abgeschlossen werden, wenn die gesamte Macht des Reiches hinter ihnen steht. Über die Frage, auf welche Weise gemeinsame Maßnahmen am wirkungsvollsten durchgeführt werden könnten, ergaben sich die lebhaftesten Debatten auf der Konferenz. Drei Möglichkeiten wurden ins Auge gefaßt:

A. Ein Reichsgeneralstab mit weitgehenden Befehlsbefugnissen und dem Sitz in London könnte errichtet werden. Diese Lösung wurde allgemein abgelehnt, da sie den einzelnen Dominien Verzicht auf Rechte zumutete, der von einem freien und selbständigen Staate nicht erwartet werden könnte. „Verfassungsmäßig, praktisch und gefühlsmäßig unannehmbar“ nennt die *Times* in einem Aufsatz vom 16. Mai einen solchen Vorschlag.

B. Gemeinsame Ausschüsse der Stabschefs könnten in den Hauptstädten der einzelnen Dominions gebildet werden. Dieser Vorschlag wurde von der englischen Regierung gemacht, auch die Vertreter von Neuseeland und Australien unterstützten ihn, tagt doch schon seit längerer Zeit in Melbourne ein solcher Ausschuß („*Combined Board of the Chiefs of Staff*“). Doch auch dieser Plan wurde fallen gelassen, vor allem wegen des lebhaften Einspruches von Feldmarschall *Smuts*, dem sich der kanadische Ministerpräsident später anschloß. So blieb nur

C. Eine stärkere Verwendung von Verbindungsoffizieren. Die offizielle Schlußverlautbarung über die Konferenz sagt darüber: „Erwägungen über gemeinsame Ausschüsse der Stabschefs in der Hauptstadt eines jeden Gliedstaates schrumpften zusammen zu Vorschlägen über einen stärkeren Einsatz von Verbindungsoffizieren.“ In der Sitzung vom 2. Mai 1946 drang *Smuts* mit seiner Ansicht durch, daß ein loser Austausch von Verbindungsoffizieren unter den einzelnen Generalstäben formellen Ausschüssen eines vereinigten Weltreichsgeneralstabes vorzuziehen sei. Damit hatte die Richtung gesiegt, die jede starre Bindung in einer festen Form ablehnte. Zusammenarbeit in allen Fragen der wissenschaftlichen Forschung wurde jedoch in derselben Sitzung ausdrücklich befürwortet.

Wenn auch eine gemeinsame oberste militärische Führung abgelehnt wurde, so war man sich doch darüber einig, daß wichtige militärische Grundprobleme nur in gemeinsamer Planung gemeistert werden können. Man stellte deshalb einen umfassenden Plan zur Diskussion, der später in allen Einzelheiten geklärt werden soll, und dessen Hauptinhalt etwa so zusammengefaßt werden kann:

a) Die Hauptlast der Reichsverteidigung, menschenmäßig,

wirtschaftlich und wissenschaftlich, wird weiterhin dem Mutterlande zufallen. Aber England ist in der Konzentration seiner Menschen und Produktionsstätten ein solches Ziel für Atomwaffen, daß durch eine klug vorausschauende Dezentralisierung und Verlagerung eine Lähmung der Kriegsführung vermieden werden muß. Wenn das Britische Reich die Vorteile seiner weitverstreuten Lage geschickt benutzt und frühzeitig Folgerungen daraus zieht, dann braucht es auch im Kriegsfall hinter den volkreicheren anderen Großmächten nicht zurückzustehen.

b) Wenn auch Großbritannien das Hauptkontingent der Truppen wird stellen müssen, so sind doch nur in den Dominien die Möglichkeiten, diese Truppen im weiträumigen Kampf des modernen Krieges auszubilden. Möglichkeiten zur Ausbildung der Truppen in den Weiten der Dominien müssen daher geschaffen werden.

c) Noch wichtiger ist die Verlagerung von Industrien, und zwar nicht nur von Kriegsindustrien im engeren Sinn, sondern auch von anderen kriegswichtigen Industriezweigen.

## 2. Soziale Fragen.

Im engen Zusammenhang mit den oben erwähnten Verlagerungsplänen für die britische Industrie steht das Problem der Einwanderung. Seit vielen Jahren versuchten die führenden Männer des Weltreiches, Männer und Frauen von englischer Herkunft zur Auswanderung in die menschenleeren Gebiete der Dominien zu bewegen, meist ohne Erfolg. Heute ist jedoch die Einwanderung mehr denn je eine Lebensfrage für die Dominien geworden. So versprach der australische Premierminister in einer Ansprache am 26. April 1946: „Australien weiß, daß eine bedeutende Einwanderung zur Erschließung seiner Hilfsquellen nötig ist; es wird soziale Bedingungen ähnlich denen in Großbritannien schaffen.“ Aber auch abgesehen von den erhofften Einwanderern sind bei den bisherigen Bewohnern gerade der pazifischen Gebiete die sozialen Unterschiede so gewaltig geworden, daß eine Lösung gefunden werden muß. Vor Beginn der Konferenz schon, auf einer Pressekonferenz am 23. April in London, schnitt der Neuseeländer *Nash* diese Frage an: „Man kann nicht in Frieden leben, wenn die eine Hälfte der Welt einen Lebensstandard hat und die andere Hälfte einen anderen. Das Problem des Krieges ist mit dem wirtschaftlichen Lebensstandard des Individuums ebenso sehr verknüpft wie mit der Freiheit des Individuums.“ Er steht mit dieser Auffassung nicht allein da, im zeitgenössischen politischen Denken in England wird die Lösung wirtschaftlicher Fragen als Voraussetzung für wahre Demokratie in ganz ähnlichen Wendungen hervorgehoben. Und wie England sehen auch die pazifischen Dominien die Sicherung eines guten Lebensstandards als Aufgabe des Staates, der lenkend einzugreifen hat: „Die jetzige Lage verlangt Planung. Die australische Regierung glaubt, daß sie direkte Verantwortung hat für die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt ihres Volkes.“ (*Chifley* im Rundfunk am 26. April 1946.) Und *Bevin* sagte: „Wenn man ein Empire ist, muß man die Verantwortung übernehmen für jeden einzelnen Menschen in diesem Empire, sonst kann man sich nicht Empire nennen.“ Innerhalb des britischen Weltreiches bricht sich, von der englischen Regierung kräftig vorwärtsgetrieben, immer mehr die Auffassung Bahn, daß der Staat planend und lenkend die soziale Frage anzupacken habe. Australien und Neuseeland kamen daher auf der Reichskonferenz mit England überein, eine gemeinsame *Südseekommission* zu bilden mit der Aufgabe, „den Wohlstand und die materielle Entwicklung der abhängigen Völker im Südpazifik zu fördern“. Der Gedanke einer solchen Kommission ist nichts Neues, auf den Sozialkonferenzen zwischen Australien und Neuseeland in Canberra im Januar 1944 und in Wellington im November 1944 war bereits ein solcher



Plan besprochen und sogar eine regionale Kommission ins Auge gefaßt worden, allerdings unter strenger Beschränkung auf die Mächte, die in dem betreffenden Gebiet Verantwortung tragen. Aber erst die Reichskonferenz 1946 bot die Möglichkeit, den Plan im Rahmen des Weltreiches in die Tat umzusetzen.

### 3. Verhältnis zu den „Vereinten Nationen“.

Wie wird sich das Gebilde des britischen Weltreiches, wie werden sich die in Ausisicht genommenen Lösungen in die Organisation der Vereinten Nationen einfügen? Diese Fragen standen bei allen Erörterungen im Hintergrund. Die Einstellung zu den Vereinten Nationen war bei allen Vertretern zweifellos positiv, bei vielen Gelegenheiten wurde die Notwendigkeit und der Wille, sie zu unterstützen, betont. Dennoch wurde für die nächste Zukunft die Frage aufgeworfen: Werden die Vereinten Nationen für die kommenden Jahre eigene Verteidigungsmaßnahmen überflüssig machen? Bei den meisten Gliedstaaten herrscht noch das unbehagliche Gefühl, nach dem ersten Weltkrieg im Vertrauen auf den Völkerbund eigene Maßnahmen allzusehr vernachlässigt zu haben. Man weiß, daß es gewisse Zeit dauern wird, bis die für die Vereinten Nationen geplanten Maßnahmen Wirklichkeit werden; *Bevin* setzt zwei Jahre dafür an. In einem ausführlichen Aufsatz: „Planning Empire Defence“ spricht es die „Times“ am 16. Mai offen aus: „Gegenwärtig können die Vereinten Nationen höchstens Polizeikräfte stellen, sie könnten nicht gegen eine Großmacht schützen, die angreifen wollte, höchstens durch den Druck auf die Weltmeinung, aber nicht durch militärische Machtmittel. Streitkräfte, die der UNO zur Verfügung gestellt werden sollen, können nicht die Reichsverteidigung ersetzen.“ Und *Smuts* sagt am 30. Mai im Londoner Rundfunk: „Wir wollen jetzt vorsichtiger unsere Sicherheit nicht nur auf die UNO bauen, sondern auf unsere eigene Bereitschaft.“ Über den engen militärischen Bezirk hinaus wird den Vereinten Nationen eine große Bedeutung zugeschrieben. Aus ihrer Erfahrung in der politischen Arbeit am Gefüge des Weltreiches wollen die auf der Konferenz versammelten Staatsmänner einen besonders brauchbaren Beitrag zur UNO leisten. „Die UNO kann ein wertvolles Beispiel finden in der Arbeit dieses freien Systems, unseres Reiches.“ (*Smuts* vor dem südafrikanischen Parlament.)

### 4. Stellungnahme zu den Fragen der Pariser Außenministerkonferenz.

In den Tagen zwischen den beiden Höhepunkten der Konferenz — den ersten zehn Tagen, in denen Aufgaben der Reichsverteidigung zu Planungen zwangen, deren Tragweite noch gar nicht abzusehen ist, und den letzten Tagen, in denen die künftige Gestalt des Reiches selbst zur Debatte stand — nahm die Konferenz zu den Fragen Stellung, die gleichzeitig auf der Pariser Konferenz erörtert wurden:

a) *Mittelmeerfragen.* An diesem Problem ist neben der englischen vor allem die südafrikanische Regierung interessiert. Es geht hier um die Verbindungslinien des Reiches, und nach *Smuts'* Worten ist das „britische Commonwealth für seine Sicherheit und Verteidigung absolut abhängig von seinen Verbindungslinien“. In diesem Lichte werden besonders die Beziehungen zu Ägypten betrachtet. Man ist sich darüber einig, daß nur Ägypten als Basis für die Verteidigung des Suez-Kanals in Betracht kommt und daß, so notwendig die Räumung war, sofort ein neuer Vertrag mit Ägypten geschlossen werden muß. „Die Vertreter der Dominien stimmten mit Außenminister *Bevin* überein, daß nach der Aufhebung des Vertrages von 1936 kein Vakuum entstehen darf, und daß ein neuer Vertrag diese Lebenslinie schützen muß. Wenn sie ernsthaft gefährdet wird, dann fällt eine der wichtigsten Stützen der Weltsicherheit.“ (Aus *Smuts'*

Konferenzbericht vor dem südafrikanischen Parlament.) Von diesem Blickpunkt aus wird auch *Bevins* Haltung in der Frage der italienischen Kolonien voll unterstützt. Man betrachtet in den Dominien wie in London diesen Fragenkomplex mit ernster Sorge. Die *Times* schrieb dazu am 16. Mai 1946: „Es wäre falsch anzunehmen, daß eine Schwächung der Mittelmeerlinie eine tödliche Wunde für das Reich wäre. Ein Schlag wäre es zweifellos, vielleicht ein schwerer, aber die Verkehrsprobleme wechseln so schnell, und Lösungen, die früher unmöglich waren, können heute durchführbar sein. Ohne uns etwas zu verheben, können wir sagen, daß das Britische Reich schlimmere Schläge als sogar diesen überstehen wird.“

b) *Der Friede in Europa.* Die offizielle Schlußverlautbarung sagt dazu: „Die Vertreter der Dominien drängten stark auf die schnellstmögliche Abhaltung einer vollen Friedenskonferenz.“ Auch hier wieder war *Smuts* der Sprecher der Konferenz: „Durch den Friedensschluß muß auf dem Weg ins Unglück ein Halt geboten werden.“ (Vor dem südafrikanischen Parlament.) Er faßt ausdrücklich die Möglichkeit ins Auge, notfalls einen Separatfrieden abzuschließen, wenn ein baldiger, allgemeiner Friedensschluß sich als unmöglich erweisen sollte. Auch zu dem Problem Deutschland findet er in seiner Rundfunkansprache am 30. Mai nach einem Besuch Deutschlands sehr ernste Worte: „Es muß Schluß gemacht werden mit bloßen dumpfen, unvernünftigen Strafmaßnahmen. Deutschland ist das Herz nicht nur des Kontinents, sondern des europäischen Problems in Krieg und Frieden.“ Die Konferenz nahm am 1. Mai gegen eine „Balkanisierung Deutschlands durch Abtrennung von Rhein und Ruhr“ Stellung und für eine Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. (Einzelheiten dazu vgl. Europa-Archiv, 1/8.)

### 5. Die handelspolitische Linie.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage, ob die seit Ottawa 1932 gültigen Vorzugszölle zwischen den Gliedstaaten des Weltreiches aufrechterhalten werden sollen. Einflußreiche Schichten in England und den Dominien (vor allem der Kreis um Lord *Beaverbrook*) fürchten, daß jede Lockerung dieser Zölle die politische Auflösung des Empire mit sich bringe, während die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer allgemeinen Handelspolitik auf einen Abbau der Vorzugszölle drängen. Das ging so weit, daß in der Senatsdebatte über die Englanleihe am 16. Mai 1946 ein Änderungsvorschlag eingebracht wurde, der die Anleihe von der sofortigen Aufhebung der Vorzugszölle abhängig machen wollte. Wenn auch dieser Vorschlag mit 54 zu 19 Stimmen abgelehnt wurde, so wird doch in der nächsten Zeit das Britische Reich in diesem Punkt den Wünschen der Vereinigten Staaten entgegenkommen müssen. Die Konferenz sprach sich gegen eine „starre Commonwealth Handelspolitik“ aus, betonte aber, daß „Änderungen im gegenwärtigen System der Reichsvorzugszölle nur vorgenommen werden können im Rahmen einer internationalen Regelung zur Abschaffung der Handelschranken.“ (Vgl. dazu den Beitrag über die amerikanisch-britischen Anleiheverhandlungen, Europa-Archiv II/77).

### 6. Die politische Gestaltung des Reiches.

Eine Erörterung über die grundsätzlichen Fragen des Reichsgefüges und seiner verfassungsrechtlichen Gestalt war im Konferenzplan nicht vorgesehen. Die Schlußverlautbarung stellt jedoch fest, Fragen im Unterhaus über die Räumung Ägyptens hätten „unerwartet die Frage nach dem Wesen und der Eignung der gegenwärtigen Methoden der Zusammenarbeit innerhalb der britischen Völkergemeinschaft aufgeworfen, die die versammelten Minister bisher umgangen hatten“.



Am 10. Mai 1946 charakterisierte der australische Außenminister Dr. Evatt, der sich in den staatsrechtlichen Erörterungen der letzten Jahre an führender Stelle eingeschaltet hat, den gegenwärtigen Zustand des Reichsgefüges auf folgende Weise:

„Es gibt drei Arten von Angelegenheiten, die sich nicht formell unterscheiden, aber in der Praxis gut auseinanderhalten lassen. Die erste betrifft Dinge von vorwiegend regionaler Bedeutung, es genügt, wenn eine der fünf Regierungen eine Entscheidung trifft oder handelt und die anderen entweder vorher oder nachher unterrichtet. Die zweite Art von Angelegenheiten, an der mehrere Gliedstaaten interessiert sind, verlangt einen Meinungsaustausch vor der Entscheidung, handeln aber muß eine Regierung auf ihre eigene Verantwortung. Die dritte Art, bei der ein tieferes gemeinsames Interesse vorliegt, verlangt, daß man durch vorherige Beratungen einen derartigen Grad von Einstimmigkeit zu erreichen sucht, daß alle Regierungen mit der Entscheidung einverstanden sein können. Das Britische Reich besitzt kein Organ für Beschlüsse oder Handlungen, das eine gemeinsame Verantwortung tragen könnte, und aus diesem fundamentalen Grunde kann nicht eine Exekutive fünf getrennten Legislativen verantwortlich sein.“ (Londoner Rundfunk.)

Der von Dr. Evatt umrissene Zustand ist beibehalten worden. Er wird sogar als besonders kennzeichnend für das Wesen des britischen Reichsgefüges angesehen.

Diese Schlußverlautbarung sagt dazu:

„Die gegenwärtigen wendigen Methoden der Beratungen sind besonders dem Charakter des British Commonwealth angepaßt mit seinen unabhängigen Gliedern, die durch ihre Opfer für die gemeinsame Sache ihre Hingabe an verwandte Ideale und die Gemeinsamkeit ihrer Anschauungen bewiesen haben. Wir sind überzeugt, daß die jetzt gehandhabten Methoden jeder starren zentralen Maschinerie vorzuziehen sind; sie brächte keine Erleichterung, sondern eher eine Hemmung in der Verbindung von Autonomie und Einheit, die charakteristisch für das britische Commonwealth und eine seiner großen Errungenschaften ist.“

Diese Haltung steht im Einklang mit britischer Tradition: „Die Dominien erbten vom Mutterland eine Vorliebe für das Praktische als Gegensatz zum Theoretischen und eine Abneigung, ein Mißtrauen gegen eine Politik, die nach ihrer Ansicht zu starke Verpflichtungen für spätere Generationen auf sich nimmt.“ (Times vom 29. April 1946). Um mißverständlichen Deutungen vorzubeugen, gab Dr. Evatt am 23. Mai 1946 eine Erklärung an die Presse, in der es hieß:

„In gewissen Kreisen herrscht immer noch ein Mißverständnis über die Beziehungen innerhalb des britischen Commonwealth, ein Verlangen nach einer genau festgelegten, zentralisierten Gleichschaltung der Politik und sogar nach neuen legislativen und exekutiven Organen. Diese Ansicht beruht auf einem tiefen Mißverständnis der Geschichte und des Rechtsstandes der Dominien. Ihre Beziehungen zu Großbritannien sind die der Verwandtschaft und der Partnerschaft. In Übereinstimmung mit der losgelösten internationalen Stellung der Dominien und den ungeheuer angewachsenen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, liegt der Nachdruck heute mehr auf der Dezentralisation und dementsprechend auf der ursprünglichen Verantwortung eines jeden Gliedstaates in seiner Interessensphäre. Parallel mit der Dezentralisation läuft die ebenso bedeutsame Praxis des Zusammenschlusses, wo er notwendig ist, um Sonderaufgaben durchzuführen, die alle Glieder des Commonwealth betreffen, wie zum Beispiel Langstrecken-Nachrichtenverbindungen und zivile Luftfahrt.“

Die Beibehaltung dieser Linie ist jedoch auf der Konferenz nicht ohne lange Debatte erreicht worden; dabei machten sich Strömungen bemerkbar, die seit Jahrzehnten am Werk sind: die führende Rolle bei der Lösung der Dominien vom Mutterland haben Kanada und die Südafrikanische Union gespielt (Einzelheiten darüber müssen einem späteren Beitrag vorbehalten bleiben). Auch im vergangenen Jahr betonten sie ihre Selbständigkeit in einem von diesen beiden Dominien gemeinsam unternommenen Protestschritt dagegen, daß die Dominien nicht zur Außenministerkonferenz 1945 in London zugezogen worden waren. Auch bei dieser Reichskonferenz brachten die Vertreter dieser beiden Dominien die Pläne zu Fall, die zu Beginn der Konferenz eine engere Zu-

sammenarbeit — nicht in der grundsätzlichen Stellung zum Mutterland, sondern in praktischen Alltagsfragen — vorgesehen hatten. Smuts befürwortete lediglich eine Erleichterung des Austausches von Informationen zwischen den Dominien selbst.

Die Opposition gegen diese Lockerungsbestrebungen trat jedoch auf der Konferenz mit verstärktem Nachdruck auf. Schon 1944 hatte die pazifische Gruppe, Australien und Neuseeland, in einer gemeinsamen Entschließung ein engeres Zusammengehen innerhalb des Weltreiches verlangt. Am Eröffnungstag der Konferenz forderte der neuseeländische Vertreter: „Wir müssen einen Weg finden, mit einer gemeinsamen Commonwealth-Stimme zu sprechen.“ Das sollte nicht bedeuten, daß die beiden Dominien zu überholten Formen zurückkehren wollen, im Gegenteil, sie glauben, in der praktischen Arbeit während des Krieges eine neue, zukunftsverheißende Form gefunden zu haben. Sie wollen die Gemeinsamkeit innerhalb des Reiches stärker Gestalt werden lassen, dabei soll aber die Führung von England immer mehr auf denjenigen Gliedstaat übergehen, der in den betreffenden Fragen die stärksten regionalen Interessen vertritt. In einem unabhängig von der Konferenz und ihrer Tagesordnung geschriebenen Aufsatz in der Aprilnummer der bedeutenden amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ wird ebenfalls festgestellt, es sei nun ein neues Bewußtsein in Australien aufgekommen, daß man künftig auch aktiv und sogar führend in Angelegenheiten, die man bisher als ausschließlich englische Aufgabe betrachtet habe, mitarbeiten müsse: „Australien übernimmt die Führung, folgt nicht nur anderen, die führen.“ Die Pläne, die in militärischer oder sozialer Hinsicht für den Pazifik besprochen wurden, beruhen schon auf dieser neuen Initiative der pazifischen Dominien-Gruppe. Diese wiesen auch grundsätzlich darauf hin, daß in ihrem Bereich die „neue Auffassung der Commonwealth-Beziehungen, die die Autonomie der Dominien mit der vollen Zusammenarbeit im Weltreich zu versöhnen trachtet“ (Dr. Evatt), in Einzelfragen schon Wirklichkeit geworden ist: die Besatzungsmacht des Empire in Japan untersteht einem australischen, nicht einem englischen Oberbefehlshaber, und der Vertreter des gesamten British Commonwealth im Alliierten Kontrollrat für Japan mit dem Sitz in Tokio ist ebenfalls ein Australier, Mr. McMahon Ball.

Diese Bestrebungen, einen engeren Zusammenschluß der britischen Völkergemeinschaft auf der Grundlage regionaler Initiativen der Gliedstaaten und dezentralisierter Verantwortung innerhalb des Gesamtgebietes herbeizuführen, konnte sich diesmal auf der Konferenz gegen Smuts und Mackenzie King nicht durchsetzen. Die Schlußverlautbarung sagt: „Die Anschauungen, die Mr. Mackenzie King in den letzten drei Tagen vortrug, drängten alle jene Tendenzen noch weiter zurück, die auf eine Reform dessen gerichtet waren, was man mißverständlich die Empire-Maschinerie nennt. Die Bewegung von kräftigem Zupacken zur Zurückhaltung war im Verlauf der Konferenz offenbar.“ Trotzdem wird man diese Bestrebungen der pazifischen Dominien im Auge behalten müssen, denn in ihnen liegt ein positives, in die Zukunft weisendes Element, das bestimmt sein kann, die Epoche abzulösen, in der die Dominien vorwiegend negativ um ihre Selbständigkeit rangen. In manchen Kreisen scheint die Zurückhaltung in dieser Frage Enttäuschung hervorgerufen zu haben. Dazu schreibt der Manchester Guardian am 20. Juni 1946 in einer Rückschau: „Nur die, welche erwarteten, daß die Dominien irgendwie in ein Einheitssystem gepreßt werden sollten, haben Grund, enttäuscht zu sein. Denn das ist nicht die Richtung, in der der Strom des Reiches jetzt fließt oder in die eine weise britische Regierung versuchen könnte, ihn zu lenken.“



## Das russische Transportwesen

### Vorbemerkung

Das Transport- und Verkehrswesen war für die Sowjet-Union stets von entscheidender Bedeutung. Als Erbe des zaristischen Regimes hatte die Sowjetregierung ein veraltetes Transportsystem und ungünstige Verkehrsverhältnisse übernommen. Aus diesem Grunde nahmen die Entwicklung des Binnentransportes sowie der Ausbau der wichtigsten Nachrichtenmittel von vornherein einen wichtigen Platz im Arbeitsprogramm der Sowjets ein.

Bereits auf dem ersten sowjetischen Wirtschaftskongreß in Charkow im Juni 1918 forderte *Lenin* die Verstaatlichung der Verkehrsmittel. In den langwierigen Diskussionen, die in Sow-

jetkreisen über die Frage der Sozialisierung stattfanden, herrschte stets Einstimmigkeit darüber, daß die Regierungskontrolle der Verkehrsmittel eine der ersten Forderungen sei, welche im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes gestellt werden mußten.

Über den Umfang des Aufbaus des Eisenbahnverkehrsnetzes, der Binnenschifffahrt und der Handelsmarine im Rahmen der ersten Fünfjahrespläne orientiert die am Ende des Berichtes folgende Tabelle. Die für das Transportwesen bereitgestellten Aufwendungen waren vom zweiten Fünfjahresplan an größer als die Aufwendungen für die Landwirtschaft, und diese Summe vergrößerte sich ständig.

Aufgliederung der Aufwendungen	erster Fünfjahresplan		zweiter Fünfjahresplan		dritter Fünfjahresplan	
	Tatsächliche Investitionen					
	in Bill. Rubeln	in % d. Gesamten	in Bill. Rubeln	in % d. Gesamten	in Bill. Rubeln	in % d. Gesamten
Industrie	25.0	49.5	58.7	51.5	111.9	58.2
Landwirtschaft	9.7	19.2	15.2 *)	13.3	11.0	5.7
Transportwesen	8.9	17.6	20.7	18.1	37.3	19.4
Gesamt	50.5	100	114.7	100	192	100
*) geplante Investitionen						

Wie die amerikanische Zeitschrift *Foreign Affairs* im April 1946 berichtete, geht aus Dokumenten des deutschen Generalstabes und aus Aussagen von führenden Offizieren und Parteibeamten hervor, daß der Kriegsplan Hitlers gegen Rußland sich weniger auf rein strategische Erwägungen stützte, als auf die Erwartung, daß die russische Verwaltung nicht in der Lage sein werde, das Land gegenüber der Wucht des deutschen Angriffes zusammenzuhalten. Die Tatsache, daß die deutschen Truppen an einer Front, die sich von Finnland bis zum Schwarzen Meer erstreckte, mit gleicher Stärke angriffen, wird von der gleichen amerikanischen Zeitschrift damit erklärt, daß die deutsche Kriegführung der Ansicht war, der schlechte Zustand der russischen Bahnen werde die Rote Armee in Kürze kampfunfähig machen und den notwendigen Nachschub verhindern. Deutsche Fachleute hatten darauf hingewiesen, daß die Ziele des zweiten Fünfjahresplanes nicht erreicht worden waren. Anstelle der neugeplanten 11 000 Streckenkilometer seien tatsächlich nur 3 000 gebaut worden. Das automatische Blocksystem sei nur auf 4 800 und

nicht, wie geplant, auf 8 000 km eingerichtet worden. Die Rückschlüsse, die deutscherseits aus diesen Tatsachen abgeleitet worden waren, erwiesen sich jedoch als irrig.

Im Jahre 1935 war nämlich nach der Übernahme der Direktion des Eisenbahntransportwesens durch *L. M. Kaganowitsch* ein Wechsel in der von den Russen verfolgten Taktik eingetreten: Statt an der Verbesserung und Vervollkommnung des gesamten Bahnnetzes zu arbeiten, wurden nunmehr nur wenige neue Bahnlinien gebaut. Diese wenigen, besonders ausgewählten Hauptstrecken erhielten jedoch eine Ausrüstung, welche sie zum Rückgrad des gesamten Transportsystems werden ließ. Zu diesen modern ausgerüsteten Hauptstrecken zählten die Bahnlinien von Moskau zum Ural und dem Don- und Donezgebiet. Außerdem die Bahnstrecken vom Ural zu dem neuen Industriegebiet von Kusnezsk (zwischen dem oberen Irtytsch und dem Jenissei in West-Sibirien) und die Strecke zwischen dem Ural und den Kohlenfeldern von Karaganda in Kasakstan.

### Der Bahntransport

Im weiten Rußland ist die Eisenbahn von einer viel größeren Bedeutung als in irgendeinem anderen Land der Welt, und sie nimmt in der Reihe der verschiedenen Transportmit-

tel den ersten Platz ein. Der Anteil der Eisenbahn am Gesamtverkehr wuchs ungleich schneller als der der Binnenschifffahrt. Von 1928 bis 1937 stieg das Leistungsvermögen der Eisen-



bahnen um 280 Prozent, während die Leistungssteigerung bei der Binnenschifffahrt im gleichen Zeitraum nur 30 Prozent betrug. Während die industrielle Produktion den Stand der Jahre vor dem ersten Weltkrieg erst 1928 wieder erlangte, wurden die Vorkriegsleistungen der Eisenbahnen schon viel früher erreicht. Die Leistung der Eisenbahnen hat sich von 1913 bis 1928 um 40 Prozent erhöht, während die Zahl der beförderten Tonnen von 132,4 Millionen im Jahre 1913 auf

156,2 Millionen im Jahre 1928 angestiegen war. 1940 beförderten die Eisenbahnen der Sowjet-Union 553 600 000 Tonnen Frachtgut.

Auch politische und psychologische Gründe haben die Sowjets bestimmt, den Eisenbahnen eine besondere Bedeutung beizumessen. Kein anderes Transportmittel erfordert eine so fortlaufende Planung auf weite Sicht und ist technisch für die Verwaltung einer sozialistischen Regierung so gut geeignet.

### Eisenbahntransport in den Sowjet-Republiken

Republik	Beförderte Fracht in 1000 To.		Neu angelegte Eisenbahnlinsen in Km
	1913	1936	
Ukraine	102.156	293.919	2.029,1
Byelo-Rußland	4.369	18.365	968,3
Armenien	460	2.307	26,1
Turkmenistan	1.034	5.347	175,0
Uzbekistan	2.712	10.659	589,2
Tadjikistan	173	1.386	140,8
Kasakstan	1.102	18.356	3.632,3
Kirghisien	—	2.365	155,9
Gesamtlänge der von 1913—1936 angelegten Eisenbahnlinsen: 34.394,0 Km			

Die Menge der von der Eisenbahn beförderten Güter wuchs durch die Fünfjahrespläne um ein Vielfaches. In der Sowjet-Union existiert kaum ein Landstrich, der nicht auf irgendeine Weise durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte beeinflusst wurde. Obwohl seit 1917 das Eisenbahnnetz um 50 Prozent vergrößert worden ist, entspricht dieses doch noch in keiner Weise den Bedürfnissen.

Während dieser Zeit vergrößerten sich infolge der Entwicklung der neuen Schwerindustrie in West-Sibirien die Entfernungen zwischen den Rohstofflagern und den Produktionsstätten. Die Kohle des Don-Beckens mußte nach Leningrad und nach dem Ural verschifft werden. Das Öl des Kaukasus mußte auf das ganze europäische und asiatische Rußland verteilt werden. Infolge des unterschiedlichen russischen Klimas und der verschiedenen geologischen Bedingungen sind landwirtschaftliche Produkte und sogar Materialien wie Holz und Steine ungleich verteilt. Steine für Bauzwecke und für den Schotter von Bahndämmen müssen vom Kaukasus und dem Norden zu den Schwarzmeergebieten der Ukraine verladen werden. Der Norden ist abhängig vom Getreide des Südens, Südrußland verfügt nahezu über kein Holz.

Um diese transportgeografischen Schwierigkeiten zu überwinden, unternahm es die Sowjet-Regierung, im Norden und im Kaukasus neue Kohlenfelder zu erschließen und nach neuen Ölquellen zu bohren, welche dem Ural und dem Industriegebiet um Moskau näher liegen. Da die russischen Transportmittel mit dieser Entwicklung nicht Schritt zu halten vermochten, wurden die Güterzüge gewaltig überladen.

Trotz des Baues neuer Eisenbahnen besitzen die östlichen Gebiete der Sowjet-Union ein weniger ausgedehntes Eisenbahnnetz als das europäische Rußland: auf tausend Quadratmeilen Land hatten im Jahre 1936 die Ukraine 52 Meilen Schienenstrang, die Gebiete von Kuibischew und Saratow 24 bis 25, West-Sibirien 5, Kasakstan 3 und der Ferne Osten nur 2 Meilen aufzuweisen. Die stärkste Entwicklung hat sich in den Industriegebieten vollzogen, sowie zwischen diesen und ihren Rohstoffquellen. Es sind hier anzuführen: die doppelgleisige Transsibirische Eisenbahnlinie im Fernen Osten, die um das nördliche Ufer des Baikalsees nach den Sowjethäfen an der Küste des Pazifik geplant ist, der Bau der Amur-Eisenbahn, die Turk-Sib Linie, die Ural-Karaganda-Balkasch-

see Linie, die Nord-Petschora Eisenbahn, die von den Petschora Kohlenfeldern nach der arktischen Küste führt, sowie verschiedene neue Eisenbahnlinsen in der Ukraine und in den Gebieten Moskaus und Leningrads. Ein beträchtlicher Teil der Hauptlinsen wurde elektrifiziert (1940 waren 1870 km elektrifiziert).

Nach Beendigung des Krieges war es notwendig, 52 389 km Hauptstrecken und 17 703 km Nebenstrecken, außerdem 2 323 große und mittlere Brücken, 317 Eisenbahndepots und 2 455 Bahnhöfe wieder aufzubauen. Diese Schäden wurden mit der gleichen Geschwindigkeit wieder ausgebessert, welche während des Krieges den Wiederaufbau der durch Luftangriffe zerstörten Eisenbahnen charakterisierte.

Der neue Fünfjahresplan sieht eine Erweiterung des Lokomotivparks um 60 165 Einheiten vor, zu denen noch 555 elektrische und 565 Diesellokomotiven hinzuzufügen sind. Der Waggonpark soll um 462 000 Güterwagen erweitert werden. Die Jahres-Produktion von Lokomotiven soll auf 7 585 erhöht werden (die Produktion betrug während des zweiten Fünfjahresplanes 5 960 Lokomotiven) und die Produktion von Güterwagen auf 472 000 (255 000 während des zweiten Fünfjahresplanes). Die Transportkosten der Bahnfracht sollen um 18 Prozent gesenkt werden.

Bestehende Eisenbahnverbindungen zu den Ostseehäfen sollen miteinander verbunden und verbessert werden. Die russische Spurweite soll jedoch nicht über die Grenzen der Sowjetunion hinausgeführt werden. (Die polnische Regierung hat im August 1945 die Europäische Zentral-Inland-Transport-Organisation davon verständigt, daß Polen seine schmälere Spurweite beibehalten wird und daß jene Strecken, welche augenblicklich die russische Spurweite haben, wie zum Beispiel die Verbindung Warschau—Berlin—Potsdam, die frühere Spur zurückerhalten werden.)

Die Eisenbahnverbindungen der Hauptstadt mit Jaroslaw, Gorkij, Riazan, Wolowo und Charkow sollen ausgebaut und verstärkt werden. Außerdem ist eine bessere Verbindung des Kohlenreviers am Don und des Eisenerzgebietes um Kriwoi-Rog mit der Industrie um Stalingrad geplant, weiterhin der Neubau von Verbindungen des Dongebietes mit dem Ural und mit dem Kaukasus. In der Provinz Molotow (früher Perm) an den Westhängen des Urals ist der Bau einer Bahnverbindung



nach Solikamsk am oberen Kama, einem Nebenfluß der Wolga, geplant, wo sich nach russischen Angaben die größte Betriebsanlage der Welt für die Herstellung von Kalidünger neben anderen chemischen Fabriken befinden soll. Außerdem ist eine Hauptverbindung mit den Hütten von Nedechnsk und Bogoslow im Nordteil des Ural vorgesehen. Auf diese Weise werden nacheinander die Verbindungen mit dem neuen Kohlenrevier von Kizel und über Kizel mit der Schwerindustrie zwischen Chelyabinsk und Swerdlowsk im Zentralural hergestellt. Hier kreuzen diese Bahnlinien die Hauptverbindungen nach Sibirien.

An zweiter Stelle des Programms stehen die Verbindungen zwischen Zentral-Rußland und West-Sibirien und zwischen Kasakstan und Zentral-Asien. Das Hauptgewicht wird auf die Anlage eines zweiten Gleises und den Ausbau der Bahnlinien zwischen den Kohlenfeldern von Karaganda und den Nickel- und Kupfergebieten im Ural, in West-Sibirien und Zentral-Asien gelegt. Um dieses Gebiet weiterhin zu erschließen, wird der Bau folgender neuer Bahnverbindungen fortgesetzt werden: von Karaganda über den Aralsee, wo sich neue chemische Fabriken befinden, nach der Ostküste des Kaspischen Meeres; von Karaganda zu der Hauptverbindung Moskau—Taschkent; weiterhin ist eine Strecke zu der Kohlenstadt Akmolinsk (im Nordwesten von Karaganda und südlich der Trans-Sibirienbahn gelegen) vorgesehen. Diese führt in das Herz des Reviers von Kusnezsk und darüber hinaus zu dem Knotenpunkt Taischet, der etwa 700 km westlich des Baikalsees liegt, von wo die geplante Nord-Transsibirienbahn in Richtung auf den Lenastrom abzweigt; außerdem eine Bahnverbindung von Mointy (im Süden von Karaganda), unweit vom Balkasch-See entfernt, nach Chu an der Strecke Taschkent—Alma Ata, wo die türkisch-sibirische Bahn nordostwärts nach Sibirien abzweigt. Die Bahnlinie von Mointy nach Chu, dem ehemaligen Endpunkt der Karawanenstraße nach Nordwest-China, wird eine dritte Verbindung zwischen Zentral-Asien, Zentral-Rußland und dem Ural bedeuten.

Das Elektrifizierungs-Programm des neuen Planes erstreckt sich über fünfzehn Jahre und ist das größte Projekt dieser Art, welches je unternommen wurde.

Insgesamt sind 30 bis 35 Tausend Kilometer Bahnstrecke für die Elektrifizierung in den nächsten fünfzehn Jahren vorgesehen.

Als erste werden die Bahnlinien vom Ural zum Kusnezsk-Revier und die neuen Linien von den Nordwesthängen des Ural nach Magnitogorsk und Chelyabinsk und außerdem die Bahnlinie Karaganda-Magnitogorsk elektrifiziert werden.

Die Hauptstrecke, welche den Ural mit dem Industriegebiet um Moskau verbindet, soll im Rahmen späterer Fünfjahrespläne elektrifiziert werden, sobald die Arbeiten an den großen Kraftwerken am Okastrom vollendet sind.

Gegen das Ende des jetzigen Fünfjahresplanes soll mit der Elektrifizierung der Bahnstrecke Moskau-Leningrad begonnen werden. Später soll auch der Ausbau der Elektrifizierung bis Charkow und Rostow und der Bahnstrecke von Stalingrad über Dnjeprpetrowsk nach Kriwoi-Rog mit den Verbindungen nach den Hütten und Maschinenfabriken von Zaporoché erfolgen.

Ein besonderes Elektrifizierungsprogramm sieht die Ausnutzung der Wasserkräfte des Kaukasus vor. In dieses Programm werden die Hauptverbindungen von den kaukasischen Ölquellen ins europäische Rußland, die hauptsächlich Eisenbahnen Transkaukasiens und die strategisch wichtige Linie von Tiflis in Georgien nach Lenínakan und Erivan, der Hauptstadt von Sowjetisch-Armenien, einbezogen werden. Die Elektrifizierung der Strecke Murmansk-Leningrad soll nach der Nutzbarmachung der großen Wasserkräfte der finnisch-karelischen Republik im Rahmen eines weiteren umfangreichen Projektes erfolgen. Nach Beendigung der fünfzehnjährigen Periode sollen die Strecken bis nach Ost-Sibirien, bis zu dem fernöstlichen Ende der Trans-Sibirienbahn, bis zur Mündung des Amur und bis Ohotsk am Ohotsk-See elektrifiziert sein.

## Die Binnenschifffahrt

Heute verfügt Rußland über ein Wasserstraßennetz von etwa 104 000 Kilometer, jedoch sind viele der Kanäle nur für kleine Boote mit geringem Tiefgang befahrbar. Die Gesamtlänge der schiffbaren Wasserwege des Binnenlandes der Sowjetunion betrug im Jahre 1935 ungefähr 52 000 Meilen und war bereits 1937 auf 63 750 Meilen angestiegen. Die Wasser-

straßen beförderten vor dem Krieg zusammen etwa 65 Millionen Tonnen Güter, das bedeutet, daß die Schifffahrt 1937 etwa 6,3 Prozent der Gesamtleistung der Eisenbahnen beförderte, 1940 etwa 10 Prozent.

Über den Schiffsverkehr auf den binnländischen Wasserwegen im Jahre 1935 geben folgende Zahlen Aufschluß:

Schiffsverkehr auf den binnländischen Wasserwegen 1935

Fluß oder Gebiet	Fracht pro 1000 To.	Prozentsatz der beförderten Gesamtfracht
Wolga	17.113	26.4
Nordwesten	11.390	17.6
Nördliches Gebiet	10.849	16.8
Kama	9.797	15.1
Sibirische Flüsse	4.765	7.4
Dnjepr	3.969	6.1
Amu-Darya	314	0.5
Moskau-Oka	3.070	
Gesamtfracht auf allen Flüssen	61.267	

Die Wasserwege des Binnenlandes sind von ganz besonderem Wert für den Transport schwerer und schwerster Waren wie Öl, Bauholz, Getreide, Erze. Die Sowjet-Union ist in dem glücklichen Besitz einer Anzahl großer Ströme, die in der

Richtung der Längengrade fließen, mit Nebenflüssen, die nach den Breitengraden fließen. Die *Lena* hat eine Gesamtlänge von 4444 Kilometer, die Wolga, der Jenissei und Oertysn eine solche von mehr als 3000, der Amur und Argun zusammen



4473, außerdem gibt es noch 9 Flüsse, die 2000 km Länge, und 25 Flüsse, die mehr als 9000 km aufzuweisen haben.

Das Flußbett vieler dieser Ströme ist reguliert worden, die Fahrrinnen wurden tiefer gelegt und die Nebenflüsse untereinander durch Kanäle verbunden.

Von größter Bedeutung ist die Wolga, die mit ihren Nebenflüssen ungefähr ein Drittel des europäischen Rußlands bewässert, also das dichtest bevölkerte Gebiet, in dem 50 Millionen Menschen leben. Kanäle verbinden die Wolga mit Leningrad, wohingegen ihr Nebenfluß Kama den Zutritt zu dem Ural ermöglicht. Auf diese Weise entsteht eine fast nicht unterbrochene Verkehrsader zwischen dem Baltikum und dem Ural. Die Wolga mündet schließlich ins Kaspische Meer, welches seinerseits einen Wasserweg bildet, der den Kaukasus und Zentral-Asien mit der Wolga und so mit dem europäischen Rußland verbindet. Mehr als 26% dieses Verkehrs gehen auf der Wolga selbst vor sich. Ungefähr die Hälfte der auf dem Strom beförderten Ware verkehrt zwischen Stalingrad und dem Kaspischen Meer. Die Flüsse und Kanäle der nördlichen und nordwestlichen Regionen verschiffen ungefähr 35 Prozent, während die Kama, als Verbindungsglied für die Industrien zwischen dem Ural und der Wolga, ungefähr 15 Prozent befördert.

Die Lage der sibirischen Flüsse wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß sich auf ihnen 7 Prozent der gesamten umzuschlagenden Fracht der Sowjet-Union vollzieht. Der größere Teil dieser Ladung sammelt sich in Westsibirien und auf dem Amurstrom an. Auf dem Jenissei werden jedes Jahr 400 000 bis 500 000 Tonnen verladen, auf der Selenga 200 000 und der Lena 100 000 Tonnen. (Alle diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1935).

Die Dnjepr-Schifffahrt hat durch die Beseitigung der Stromschnellen und die Tieferlegung der Fahrrinne an Belebung zugenommen und war das Ergebnis des Baus der Dnjepr Kraftstation. Ungefähr 6 Prozent der auf binnländischen Gewässern beförderten Schiffsladungen haben 1935 den Dnjepr befahren. Eine ähnlich hohe Fracht wurde auf dem Fluß Oka befördert zwischen Moskau und Wolga. — Seit Eröffnung des Moskau-Wolga-Kanals hat der Verkehr sehr zugenommen.

Der einzige andere Fluß, der mehr als 0,5 Prozent des gesamten binnländischen Verkehrs beförderte, ist der Amudarya, der 1935 mehr als 300 000 Tonnen Frachtgut verschiffte.

Die nördlichen Flüsse finden größtenteils für die Beförderung von Bauholz Verwendung. In den nördlichen Gebieten (europäisches Rußland) bestanden z. B. mehr als zwei Drittel der umgeschlagenen Fracht aus Holz. 9 Millionen Tonnen werden davon jährlich verschifft. Dies bedeutet eine größere Menge als irgendeine andere als Einzelware auf irgendeinem anderen binnländischen Gewässer beförderte Fracht. Die nördliche Dwina ist der für Bau- und Nutzholz wichtigste schiffbare Fluß des Nordens. Große Ladungen werden die Wolga und den Dnjepr abwärts verschifft.

Die untere Wolga ist für den Transport von Öl- und Petroleum-Produkten ebenso bedeutungsvoll wie die nördlichen Flüsse für einen solchen von Bau- und Nutzholz. Zwei Drittel der Schiffsladungen (nach Gewicht berechnet): die zwi-

schen dem Kaspischen Meer und Stalingrad regelmäßig vor sich gehen, bestehen aus Rohöl, Petroleum etc..

Mineralerze und Baumaterial machen einen beträchtlichen Teil der Waren aus, die auf der Wolga, dem Dnjepr und den nordwestlichen Flüssen entlang verschifft werden. Große Mengen Getreide werden auf der Kama, der Wolga, dem Dnjepr, dem Don und Kuban und auch auf den westlichen sibirischen Flüssen sowie auf dem Jenissei und Amur verschifft. 1 500 000 Tonnen Salz werden auf der unteren Wolga verladen.

Die Binnenschifffahrt soll ebenfalls durch den neuen Fünfjahresplan eine beträchtliche Verbesserung erfahren. Auch hier steht das zentralrussische Gebiet an erster Stelle. Das System des Marie-Kanals zwischen dem Baltikum und der Wolga soll in eine große Wasserstraße umgewandelt werden. Auf der Wolga sollen Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 4 000 bis 6 000 Tonnen und Tanker mit einer Wasserverdrängung bis zu 12 000 Tonnen verkehren können. Für den Kama-Strom liegt ein ähnliches Projekt vor. Der baltische Weiße-Meer-Kanal, die Marlink-Kanäle, der Moskau-Wolga-Kanal, der Don-Wolga-Kanal und die Manych-Kumak-Kanäle und andere Projekte des „Großen Wolga Planes“ sollen es großen Schiffen ermöglichen, ihre Ladungen von einem Ende des europäischen Rußlands zum anderen zu befördern, also von Astrachan nach Archangelsk und von Rostow am Don nach Murmansk. Ein durchgehender binnländischer Wasserweg vom Weißen Meer nach dem Kaspischen Meer ist bereits vorhanden. Wahrscheinlich werden die Flüsse Ob und Jenissei dem großen Netz der Wasserwege des Binnenlandes eingegliedert werden.

Diese ungewöhnlichen Möglichkeiten wurden bereits 1935 durch eine Anzahl junger Leute aufgezeigt, die in kleinen Booten nur auf dem binnländischen Wasserweg von Irkutsk nach Moskau fuhren und diese nur einmal über den Ural zu tragen hatten. Auf diese Art und Weise folgten sie der Straße, die vor vielen Jahrhunderten Kaufleute benutzt hatten, um ihren Tee quer durch Sibirien auf den Markt von Nischninowgorod (jetzt Gorki) zu bringen. Gelingt es durch Schiffskanäle und ausgebaute Nebenflüsse einmal, solche Reisen auf Flußdampfern zu bewerkstelligen, so würde die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens ungeheuer beschleunigt werden, da ja Jenissei und Lena bereits binnländische Wasserstraßen von beträchtlicher Bedeutung sind.

Vor dem Kriege erhielten Moskau und Leningrad auf dem Wasserwege nur 13 Prozent und 9 Prozent ihres Petroleumumsatzes. Heute werden sie schon weitestgehend durch Tankerschiffe versorgt und zugleich für die Wintermonate eingedeckt. Kohle, Holz, Salz, Düngemittel und Baustoffe, welche vor dem Kriege mehr als die Hälfte der von der Eisenbahn beförderten Güter ausmachten, sollen in Zukunft zum größten Teil auch auf dem Wasserwege befördert werden. Das Leistungsvermögen der Binnenschifffahrt soll in der Zeit des neuen Planes verdoppelt werden. Die geplante Steigerung des Transportvolumens der Schifffahrt ist im Verhältnis größer als das der Eisenbahnen.

Das Programm für den Ausbau der Wasserstraßen schließt auch die Nutzbarmachung der sibirischen Ströme ein. Bis 1950 ist eine Erhöhung der Gesamt-Transportleistung um 30 Prozent vorgesehen. Das Schiffsbauprogramm soll gegenüber 1940 vervielfacht werden.

## Die Hochseeschifffahrt

Obleich die Sowjetunion in der Hauptsache eine Kontinentalmacht ist, sind Küsten- und Seefahrt von großer Bedeutung. Mehr als 50 Prozent der auf Schiffe verladene Fracht geht durch das Schwarze Meer. In den Schwarzmeerbahnen

werden in erster Linie verschifft: Weizen, Öl und Kohle. Der größte Teil der in den Häfen des nördlichen Eismeer, der Ostsee und des Pazifik verladene Fracht besteht aus Bauholz. Während der vergangenen Jahre hat die sowjetische



Handelsflotte in zunehmendem Maße den russischen Import und Export bewältigt. 1930 haben sowjetrussische Schiffe fast 5 Prozent aller ausgeführten und 44 Prozent der eingeführten Ware verladen. Im Jahre 1937 ist dieser Prozentsatz auf 41 Prozent beziehungsweise 82 Prozent gestiegen.

In Anbetracht der großen Entfernungen spielt die Dauer eines Transportes von einem sowjetischen Seehafen zum anderen keine große Rolle. Über den Seeweg werden in erster Linie schwere Materialien befördert, wie Zement von Noworossisk am Schwarzen Meer nach Leningrad und Zucker von Odessa nach Wladiwostok. In der Sowjetunion hat die Küstenschifffahrt eine besondere Bedeutung, besonders zwischen den

Häfen des Schwarzen Meeres und denen des Kaspischen Meeres. Öl und Petroleum machen 70 Prozent dieser Frachten aus. Ein großer Teil der Ausbeute der kaukasischen Ölquellen wird durch Tanker von Baku nach Astrachan befördert. In Astrachan wird das Öl von Flußtankern aufgenommen, die von dort Wolga aufwärts nach dem europäischen Rußland reisen. Die Häfen des Schwarzen Meeres sind nahezu eisfrei und können im Vergleich zu den Häfen im Norden während einer längeren Zeit im Jahre benutzt werden. Außerdem liegen sie in der Nähe der großen Produktionsgebiete für Getreide, Kohlen, Öl und Metalle, in der Ukraine, im Kaukasus und nahe von Powlche.

Die in den Hauptseehäfen der U. d. S. S. R. umgeschlagene Fracht  
in 1000 Tonnen (1935)

Seehäfen	Gesamt	Lokale Küstenschifffahrt
Baku	10.445	10.179
Astrachan	6.609	6.598
Machach Kala	5.759	5.757
Batum	5.062	2.162
Leningrad	4.320	6
Odessa	3.771	2.803
Mariupol	2.479	1.169
Novorossisk	2.302	1.147
Archangelsk	2.282	436
Wladiwostok	2.021	864
Krasnowodsk	1.658	1.658
Nikolajew	1.554	360
Tuapse	1.507	971
Murmansk	1.362	740
Poti	1.240	633
Feodosia	735	231
Cherson	685	435
Kertsch	620	602

Die bedeutendsten Häfen des Schwarzen Meeres sind: Odessa (Export von Bauholz aus Weißrußland und Getreide aus der Ukraine und Import von Öl aus dem Kaukasus), Cherson, dessen Handel dem von Odessa entspricht, Nikolajew (Export von Getreide aus der Ukraine, Eisen von Kriwoi-Rog und Magnesium aus Nikopol), Sewastopol hat als Seefestung keine Bedeutung für die Küstenschifffahrt; außerdem Feodosia (Export von Weizen aus der Krim), Mariupol (Exporthafen für die Erzeugnisse der Donez-Industrie, für Salz aus Artemowsk und Getreide aus der Ukraine), Rostow (Export von Weizen), Tuapse (kaukasischer Exporthafen für Weizen, Öl und wertvolles Bauholz), Noworossisk (Export von Weizen aus dem Vorderkaukasus, Bauholz und Zement aus den Wolgaländern), Poti (Export von Mangan) und Batum (Export von Öl aus Baku).

Die Schifffahrt des Kaspischen Meeres ist für den Handel zwischen dem Kaukasus, der unteren Wolga, Kasakstan, Zentralasien und dem Iran von Bedeutung. Die Häfen des Kaspischen Meeres sind: Baku (Export von Öl nach Astrachan und Import von Weizen und Bauholz von Astrachan), Krasnowodsk (Export von Baumwolle aus Zentralasien und Import von Bauholz und Getreide), Machach-Kala (Export von Öl nach Astrachan und Getreide nach Krasnowodsk). Als Zwischenverladeplatz nimmt Astrachan unter den Häfen des Kaspischen Meeres eine Sonderstellung ein.

Der große baltische Hafen Leningrad, der Bauholz, Weizen und Apalit (ein mineralisches Düngemittel aus dem Hochland von Chibin) ausführt, ist während zwei bis drei Monaten des Jahres vereist. Während dieser Zeit wird der eisfreie Hafen Murmansk benutzt. Während 190 Tagen des Jahres

ist der Haupthafen der Sowjetunion, Archangelsk, von Eis eingeschlossen. Außerdem haben die kleineren Häfen von Kandalakscha und Belomorsk am Weißen Meer seit dem Bau des baltischen Weißen Meer Kanals und der Entwicklung der Mineralquellen des Chibingebirges an Bedeutung zugenommen.

Die Häfen des Pazifik haben ein weniger entwickeltes Hinterland als die Gebiete im Norden und Süden und liegen außerdem weit entfernt von den bevölkerten Gebieten und den Industriezentren. Wladiwostok ist ein wichtiger Seehafen und die östliche Endstation des nördlichen Seeweges. Er ist für den Export von Bauholz und die Versorgung der im äußersten Norden ansässigen Bevölkerung mit den verschiedensten Bedarfsartikeln von großer Bedeutung. Petropawlowsk ist der Haupthafen von Kamtschatka und exportiert ebenfalls Bauholz. Magadan liegt in der Bucht von Nogajew am Ochotsk-See und hat durch die neue Entwicklung der Goldindustrie des Oberen Kolyma-Tales, mit dem es durch eine Autostraße verbunden ist, seit kurzer Zeit an Bedeutung gewonnen.

Seit 1921 wurde die sowjetische Handelsflotte fast völlig neu aufgebaut. Die Tonnage der vorrevolutionären Handelsflotte betrug nur anderthalb Prozent der gesamten Welttonnage, und nur vierzig Prozent von dieser blieb nach der Revolution und den Interventionskriegen übrig.

Die wichtigsten sowjetrussischen Häfen im Jahre 1937 waren Baku, Astrachan, Machach-Kala, Odessa, Batum, Leningrad.

1937 hatte die Handelsflotte den Tonnagegehalt der im Jahre 1913 bestehenden Flotte wesentlich übertroffen. Wohl ausgerüstete Schiffs- und Reparaturwerften waren in Archangelsk, Leningrad, Nikolajew, Sewastopol, Baku, Astrachan, Wladiwostok und Komsomolsk am Amur erbaut wor-



den. Die Haupthäfen sind gut mit mechanischen Lade- und Transportvorrichtungen versehen, die sowohl in den Seehäfen als auch in den Haupthäfen der binnländischen Gewässer ihre Anwendung finden. Einige neue Häfen sind errichtet worden, wie Ilych am Kaspischen Meer und Igarka, Tixie und andere auf dem nördlichen Seeweg.

Man erwartet, daß die Handelsmarine nach dem neuen Fünfjahresplan zweimal so groß sein wird wie vor dem Kriege. Die Ostsee und das nördliche Eismeer sollen trotz des

guten Standes der Schwarzmeerbahnen und ihrem reichen Hinterlande mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Der Plan mag außerdem noch besondere Einrichtungen für die Hochseeschifffahrt im Pazifik vorsehen, da nun die eisfreien Häfen Rußland zur Verfügung stehen.

Bis 1950 ist eine Leistungserhöhung der Hochseeschifffahrt um 280 Prozent vorgesehen. Das Schiffbauprogramm soll gegenüber 1940 verdoppelt werden.

(Fortsetzung und Quellenangaben in der nächsten Lieferung.)

## Die Währungs- und Finanzabkommen von Bretton Woods

### Text der Abkommen (Fortsetzung)

Die Tätigkeit des Fonds wird im Artikel 5 dargestellt: Der Fonds wird seine Geschäfte darauf beschränken, auf den Antrag eines Mitgliedstaates die Währung eines anderen Mitgliedstaates gegen Zahlung von Gold oder eigener Währung zur Verfügung zu stellen.

Der Kauf von Gold bleibt insofern frei, als jeder Staat über seine Produktion verfügen und auch überall außerhalb des Fonds Devisen kaufen kann, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er an anderer Stelle einen niederen Goldkurs gewährt bekommt als vom Fonds.

Der Bestand des Fonds an Währungen der Mitgliedstaaten wird dadurch geschützt, daß die Menge fremder Währung, die ein Mitglied kaufen kann, beschränkt ist. Im allgemeinen darf jedes Mitglied im Jahr höchstens im Werte eines Viertels seiner ursprünglich eingezahlten Quote fremde Währung gegen die entsprechende Summe seiner eigenen Währung kaufen. Darüber hinaus besteht die Bestimmung, daß der Fonds nie mehr Währung eines Mitgliedstaates als zweihundert Prozent der Quote dieses Staates besitzen darf. Wenn ein Mitglied diese Möglichkeiten völlig ausgeschöpft hat, kann es vom Fonds weitere Valuten nur mehr gegen Gold kaufen. Um den Mitgliedern einen möglichst großen Spielraum für zukünftige Bedürfnisse zu sichern, ist festgelegt, daß sie überschüssige Bestände der eigenen Währung jederzeit vom Fonds zurückkaufen können oder unter gewissen Voraussetzungen sogar zurückkaufen müssen.

Zu beachten sind auch die Bestimmungen des Statuts, die den Fall regeln, daß eine Währung durch übergroße Exporte des betreffenden Mitgliedstaates knapp wird. Den Mitgliedstaaten wird die Ursache der Knappheit bekanntgegeben, und es ist dem Fonds in diesem Falle auch gestattet, Maßnahmen zu treffen, um seine Bestände in der knappen Währung aufzufüllen. Wenn auf diese Weise die Knappheit nicht behoben wird und die Währung mindestens sechs Monate lang unter fünfundsechzig Prozent der Quote bleibt, hat der Fonds sogar das Recht, die Währung durch einen förmlichen Aufruf als knapp zu erklären. Von diesem Zeitpunkt ab kann sie nach Maßgabe der Dringlichkeit und des Bedürfnisses den Mitgliedstaaten zugeteilt werden. Die Mitgliedstaaten können dann nach Rücksprache mit dem Fonds verlangen, eine Kontrolle über die Geschäfte mit der knappen Währung auszuüben (Artikel 6 und 7).

Die Organisation und Verwaltung des Internationalen Währungsfonds geht davon aus, daß er selbständige Rechtspersönlichkeit ist. Dem Fonds und seinem Personal wird überdies weitgehend Immunität und Exterritorialität gewährt (Artikel 9).

Der Fonds hat auch die Berechtigung, innerhalb der Grenzen dieser Statuten mit internationalen Organisationen zu

verhandeln (Artikel 10); jedoch übernehmen die Mitglieder die Verpflichtung, keine Geschäfte mit Nichtmitgliedern zu sanktionieren, die dem Zwecke des Fonds nicht entsprechen (Artikel 11).

Der Artikel 12 regelt das Stimmrecht der Mitglieder und die Verwaltung des Fonds:

Jeder Mitgliedstaat hat für je 100 000 Dollar seiner Quote eine Stimme zusätzlich zu den 250 Grundstimmen, die jedem Mitglied ohne Rücksicht auf die Größe seiner Quote zustehen. Die Vereinigten Staaten mit einer Quote von 2,75 Milliarden Dollar erhalten somit 27.750, Großbritannien 13.250, China 5.750, Australien 2.250 Stimmen.

Der Fonds wird von der Gouverneurs-Versammlung (Board of Governors) geleitet, die alle Rechte des Fonds ausübt. Jeder Mitgliedstaat entsendet je einen ehrenamtlichen Gouverneur und einen Stellvertreter. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre, jedoch kann die Entsendung beliebig oft wiederholt werden.

Der Gouverneur oder bei dessen Behinderung sein Stellvertreter üben das Stimmrecht für den entsendenden Staat mit den diesem Staate zustehenden Stimmen aus.

Die Gouverneure entscheiden bei den Sitzungen, die jährlich mindestens einmal stattfinden, mit einfacher Stimmenmehrheit, falls im Abkommen kein anderes Stimmenverhältnis festgelegt ist. Jedoch ist zur Beschlußfähigkeit der Versammlung notwendig, daß mindestens zwei Drittel aller Stimmen vertreten sind.

Die ständige Geschäftsführung des Fonds wird von einem Direktorium (Executive Directors) am Sitz des Fonds ausgeübt. Es besteht aus mindestens zwölf Mitgliedern. Fünf der Direktoren werden durch die fünf Staaten mit den höchsten Quoten entsandt. Von den verbleibenden sieben Direktoren werden alle zwei Jahre von den latein-amerikanischen Republiken zwei und den anderen Mitgliedern fünf gewählt. Das Direktorium entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei jeder Direktor soviel Stimmen vertritt, als die Staaten, von denen er beauftragt oder gewählt wurde.

Die laufende Arbeit des Fonds liegt in der Hand eines geschäftsführenden Direktors (Managing Director), der vom Direktorium gewählt wird, aber selbst nicht Direktor oder Gouverneur sein darf. Er ist der Vorsitzende des Direktoriums, eine Stimme steht ihm aber nur im Falle der Stimmengleichheit zu. Ihm steht ein qualifizierter Mitarbeiterstab zur Seite, der auf breiter internationaler Basis zu wählen ist.

Der Fonds erhebt für seine Tätigkeit eine einheitliche „Leistungsgebühr“. Diese Gebühr ist bei allen Verkäufen von Gold und Devisen zu entrichten und schwankt nach dem Ermessen des Fonds zwischen einem halben und einem Prozent. Der Anfangssatz wurde auf drei Viertel Prozent festgesetzt (Artikel 4). Eine zusätzliche Gebühr wird für die Währung



eines jeden Mitgliedes erhoben, die der Fonds über die ursprüngliche Quote des betreffenden Mitgliedes hinaus besitzt. Diese Gebühr staffelt sich nach der Höhe des überschüssigen Betrages und der Zeitdauer, die er sich im Besitz des Fonds befindet.

Der Sitz des Fonds befindet sich in dem Lande mit der größten Quote, den Vereinigten Staaten. Wenn nötig, können Zweigniederlassungen in anderen Ländern errichtet werden (Artikel 13).

Artikel 15 behandelt die Beendigung der Mitgliedschaft. Jedes Mitglied kann ohne vorherige Kündigung durch schriftliche Mitteilung austreten. Andererseits kann ein Mitglied suspendiert und auch ausgeschlossen werden, wenn es seine Verpflichtungen nicht erfüllt. In jedem Falle muß das Konto des ausscheidenden Mitgliedes geregelt werden.

In unvorhergesehenen Fällen und bei Notstand kann das Direktorium durch einstimmigen Beschluß für höchstens 120 Tage vorläufige Maßnahmen veranlassen, welche die Goldparität der Währungen, die Begrenzung der Geschäfte, den Transfer und die Vereinbarungen mit Nichtmitgliedern betreffen.

Der Fonds kann nur durch Beschluß der Gouverneurs-Versammlung liquidiert werden, aber das Ruhen bis zu dieser Entscheidung kann vom Direktorium beschlossen werden (Artikel 16).

Beabsichtigte Änderungen der Statuten müssen vom Präsidium vorgenehmigt und dann den Mitgliedstaaten zur Beschlußfassung zugeleitet werden. Sie sind gemäß Artikel 17 durchzuführen, wenn sie von einer  $\frac{3}{4}$  Mehrheit der Mitglieder, die mindestens über  $\frac{1}{2}$  aller Stimmen verfügen, angenommen wurden. Für einige besonders wichtige Beschlüsse ist sogar Einstimmigkeit vorgesehen, wie zum Beispiel für die Abänderung des Austrittsrechtes, des Rechtes, daß keine Änderung der Goldparität einer Währung oder der Quote ohne Zustimmung des betroffenen Mitgliedes erfolgen kann.

Fragen der Auslegung der Statuten werden vom Direktorium entschieden. Das Präsidium entscheidet endgültig im Falle einer Beschwerde (Artikel 18). Eine ausführliche Terminologie enthalten aber bereits die Statuten selbst im Artikel 19.

Ueber Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fonds und einem ausgetretenen Mitglied wird von einem Dreier-Ausschuß entschieden, wobei der Fonds und das ehemalige Mitglied je einen Beisitzer ernennen, während der Vorsitzende vom Internationalen Gerichtshof oder einer anderen vom Fonds bestimmten Behörde genannt wird (Artikel 18).

Das Abkommen tritt gemäß Artikel 20 in Kraft, wenn es von den Regierungen der Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der Gesamtquoten eingezahlt haben, offiziell angenommen wurde, frühestens aber am 1. Mai 1945. Die Mitgliedstaaten erklären die formale Annahme, indem sie in den Vereinigten Staaten eine Urkunde hinterlegen, die die Verpflichtung enthält, den Bestimmungen des Abkommens nachzukommen. Gleichzeitig ist ein Pfand in Gold im Werte von einem Hundertstel Prozent der Gesamtquote des betreffenden Mitgliedstaates zu überreichen. Die Unterzeichnung des Abkommens ist nur bis zum 31. 12. 1945 vorgesehen gewesen.

## II. Das Statut der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Die Aufgaben der Internationalen Bank sind nach dem Wortlaut ihrer Satzung insbesondere:

den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft der Mitgliedstaaten dadurch zu fördern, daß die Kapitalinvestierung für produktive Zwecke erleichtert wird,

private Auslandsinvestitionen durch Garantien oder Beteiligungen zu ermöglichen oder, wenn private Mittel zu annehmbaren Bedingungen nicht verfügbar sind, diese aus eigenen Mitteln beizusteuern,

eine ausgeglichene Entwicklung des internationalen Handels zu fördern und auf diese Weise behilflich zu sein, die Produktionsmöglichkeiten und damit den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Mitgliedstaaten zu verbessern.

Darüber hinaus aber soll die Internationale Bank bei ihrer Tätigkeit besonders die Überwindung der Schwierigkeiten im Auge haben, die durch den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bedingt sind und auch darauf achten, daß bei der Vergebung von Anleihen diese in der Reihenfolge der Dringlichkeit und in Übereinstimmung mit anderen außerhalb der Internationalen Bank gewährten Anleihen erfolgen.

Das Kapital der Bank (Artikel 2) wird 10 Milliarden Dollar betragen, welches in 100 000 Aktien zu einem Wert von je 100 000 Dollar aufgeteilt wird. Der Erwerb dieser Anteile ist nur Mitgliedern möglich und zwar nach einem Verzeichnis, in welchem vorerst die Verteilung von 91 Prozent aller Aktien an 44 Mitglieder festgelegt ist. Die restlichen nicht in Anspruch genommenen Aktien sind für später aufzunehmende Mitglieder vorgesehen. (Die Beträge bedeuten Millionen Dollar — also je 10 Aktien —, die in Klammern beigefügte Zahl die Reihenfolge nach der Größe der zugeteilten Aktien):

Aethiopien	3	(33)	Jugoslawien	40	(19)
Aegypten	40	(18)	Kanada	325	(7)
Australien	200	(10)	Kolumbien	35	(21)
Belgien	225	(9)	Liberia	—,5	(43)
Bolivien	7	(30)	Luxemburg	10	(29)
Brasilien	105	(13)	Mexiko	65	(15)
Chile	35	(20)	Neu-Seeland	50	(16)
China	600	(4)	Nicaragua	—,8	(41)
Costa Rica	2	(34)	Niederlande	275	(8)
Cuba	35	(22)	Norwegen	50	(17)
Dominik. Rep.	2	(35)	Panama	—,2	(44)
Ecuador	3,2	(32)	Paraguay	—,8	(42)
El Salvador	1	(38)	Peru	17,5	(25)
Frankreich	450	(5)	Philippinen	15	(26)
Griechenland	25	(23)	Polen	125	(12)
Großbritannien	1300	(2)	Sowjetunion	1200	(3)
Guatemala	2	(36)	Südafr. Union	100	(14)
Haiti	2	(37)	Tschechoslow.	125	(11)
Honduras	1	(39)	Uruguay	10,5	(27)
Indien	400	(6)	Venezuela	10,5	(28)
Island	1	(40)	Vereinigte Staaten		
Iran	24	(24)	v. Nordamerika	3175	(1)
Irak	6	(31)			

Insgesamt 91 000 Aktien mit 9 100 Mill. Dollar

20 Prozent des Wertes der dem Mitglied zustehenden Aktien müssen sofort bereitgestellt werden, wovon 2 Prozent des Wertes jeder Aktie in Gold oder USA-Dollar innerhalb von 60 Tagen nach Eröffnung der Bank eingezahlt werden müssen (sofern nicht eine Vergünstigung beansprucht wird, die einem im Kriege besetzten oder auf andere Weise in der Verfügung über seine Goldreserven beeinträchtigten Land bei der Einzahlung dieser Goldquote eingeräumt werden kann), während die verbleibenden 18 Prozent auf Anordnung in Landeswährung zu zahlen sind.

Die restlichen 80 Prozent des Preises der Aktien können bei den Mitgliedstaaten verbleiben und sollen nur in fernerer Zukunft abberufen werden, falls es durch die Erfüllung einer Garantiepflicht oder den Beschluß einer größeren Anleihe erforderlich wird.



Wenn die Parität einer Landeswährung herabgesetzt wurde oder ihr Kurs im internationalen Verkehr wesentlich gesunken ist, muß dieses Mitglied genügend Landeswährung nachzahlen, um den ursprünglichen Goldwert der bei der Bank befindlichen Landeswährung wieder aufzufüllen. Im umgekehrten Fall wird die Bank Rückzahlungen in der Landeswährung vornehmen.

Der Artikel 3 legt fest, daß die Hilfsquellen der Bank ausschließlich für den Wiederaufbau und die Förderung der Mitgliedstaaten zu verwenden sind. Die von der Bank gewährten Darlehen einschließlich der gewährten Garantien dürfen nie 100 Prozent des gezeichneten Kapitals (einschließlich der Reserven und des Gewinns abzüglich der Verluste) übersteigen. Darlehen an Mitgliedstaaten oder an Unternehmungen dürfen nur gegeben werden, wenn sie völlig sichergestellt sind und von keinem anderen Darlehensgeber zu annehmbaren Bedingungen erlangt werden können und von einer maßgebenden Stelle in einem schriftlichen Gutachten befürwortet werden. Bei Gewährung einer Anleihe an ein privates Unternehmen oder eine öffentliche Stelle, die nicht der Staat selbst ist, muß die Regierung des betreffenden Landes diese Anleihe in jedem Falle zusätzlich garantieren. Die Mitglieder sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Darlehen ausschließlich für den Zweck verwendet werden, für den sie gewährt worden sind. Die Verhandlungen mit der Bank können nur durch die offiziellen Regierungsstellen geführt werden. Im Falle einer privaten Anleihe ist die Bank verpflichtet, eine angemessene Gebühr als Ausgleich für das Risiko bei der Übernahme der Garantie zu erheben.

Die Tätigkeit der Bank (Artikel 4) besteht in der Hingabe von Darlehen aus eigenen Mitteln, durch Beteiligung an Darlehen, die der Darlehensnehmer bei einem anderen Mitgliedstaat erhält und durch Garantie von privaten Darlehen. Jedoch ist hervorzuheben, daß über eine Währung nur mit Zustimmung des Landes, um dessen Währung es sich handelt, verfügt werden kann. Die Fälligkeiten sowie die Verzinsung und Amortisation und die sonstigen mit der Gewährung eines Darlehens verbundenen Vereinbarungen werden in jedem einzelnen Falle von der Bank festgelegt. Außerdem ist festgelegt, daß der Zinsfuß in den ersten 10 Jahren zwischen 1 und 1½ Prozent zu betragen hat. Dieser Zinsertrag ist bei der Bank flüssig zu halten und bildet eine eigene Reserve für die im Zusammenhang mit den Verträgen entstehenden besonderen Verpflichtungen der Bank. In diesem Artikel begegnen wir auch wieder der im Statut des internationalen Währungsfonds enthaltenen Bestimmung, daß die politische Struktur eines Staates die Entscheidungen der Bank nicht beeinflussen darf.

Der Artikel 5 befaßt sich mit den Fragen der Verwaltung der Bank. Die Bank wird ebenfalls von Gouverneuren und einem Direktorium geleitet, die nach den gleichen Grundsätzen wie beim Fonds arbeiten und bestellt werden, nur mit dem einen Unterschied, daß den latein-amerikanischen Staaten nicht die zwei Vorzugsplätze im Direktorium vorbehalten sind. Das Direktorium der Bank wählt einen Präsidenten, dessen Aufgabenbereich dem des geschäftsführenden Direktors beim Fonds entspricht. Die Statuten der Bank sehen über diese Organe, die auch der Fonds kennt, noch einen Rat und einen Anleihe-Ausschuß vor.

Der Rat (Advisory Council) besteht mindestens aus 7 Mitgliedern, die vom Präsidium gewählt werden. Er tritt einmal im Jahr zusammen. Er umfaßt Fachleute des Bankwesens, des Handels, der Industrie sowie von Arbeits- und Landwirtschaftsfragen, wobei aber bei der Auswahl der Ratsmitglieder auch nach Möglichkeit eine gleichmäßige Vertretung der verschiedenen Nationalitäten erreicht werden soll. Die Wahl erfolgt für zwei Jahre, jedoch ist Wiederwahl möglich.

Die Anleihe-Ausschüsse (Loan Committees) werden anläßlich der Beratung einer Anleihe von Fall zu Fall von der Bank einberufen. In diesen Ausschüssen müssen das um ein Darlehen ansuchende Land und mindestens ein Mitglied aus dem fachmännischen Personal der Internationalen Bank vertreten sein.

Der Sitz der Bank befindet sich in den Vereinigten Staaten. Sie kann ebenso wie der Währungsfonds Zweigstellen in jedem der beteiligten Staaten eröffnen.

Der Artikel 6 legt fest, daß jedes Mitglied ohne vorherige Anzeige aus der Internationalen Bank austreten kann. Falls andererseits ein Mitglied nicht in der Lage ist, seine Verpflichtungen aus den Statuten zu erfüllen, ist es durch einen Mehrheitsbeschluß des Direktoriums auszuschließen. Darüber hinaus ist festgelegt, daß jedes Mitglied, das aus dem Währungsfonds ausscheidet, automatisch auch seine Mitgliedschaft bei der Bank verliert, falls das Präsidium nicht eine gegenteilige Entscheidung mit einer Dreiviertelmehrheit trifft.

Der Artikel 7 (Immunität und Privilegien), der Artikel 8 (Änderung der Statuten), Artikel 9 (Auslegung der Statuten) entsprechen den gleichen Bestimmungen des Währungsabkommens.

Von großer Bedeutung für das Verfahren ist die Bestimmung des Artikels 10, derzufolge die für eine Handlung der Bank erforderliche Zustimmung eines Mitgliedes anzunehmen ist, wenn es nicht innerhalb einer von der Bank festgesetzten angemessenen Zeit widersprochen hat. Diese Regelung findet keine Anwendung bei Fragen, die mit Statutenänderungen zusammenhängen.

Der Artikel 11 enthält die Schlußbestimmungen, die den Bestimmungen über das Inkrafttreten des Währungsfonds entsprechen.

### III. Weitere Beschlüsse der Konferenz

Außer der groß angelegten Arbeit des ersten und zweiten Ausschusses befaßte sich der dritte Ausschuß, der in mehreren Unterausschüssen arbeitete, mit verschiedenen Einzelfragen.

Der erste Beschluß empfahl eine rasche Liquidierung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Ein weiterer Beschluß befaßte sich damit, daß die Vereinten Nationen Maßnahmen ergreifen mögen, die neutralen Staaten zur Erstattung der bei ihnen befindlichen, von der Achse verschleppten Werte zu veranlassen.

Ein dritter Beschluß verlangt eine enge Zusammenarbeit der auf der Konferenz vertretenen Staaten in wirtschaftspolitischen Fragen, um den internationalen Handel zu beleben und eine hohe Beschäftigtenziffer in Verbindung mit einem steigenden Lebensstandard zu erreichen.

Ein weiterer Antrag, sich mit der Frage des schwankenden Silberkurses zu befassen, wurde zur weiteren Durcharbeitung zurückgestellt, bevor er zum Gegenstand der Beratung gemacht werden soll.

Außerdem wurden folgende allgemeinen Resolutionen von der Konferenz gefaßt:

1. die Ermächtigung des Sekretariats der Konferenz, das Schlußprotokoll vorzubereiten,
2. die Ermächtigung der Regierung der Vereinigten Staaten, das Schlußprotokoll und andere, die Konferenz betreffenden Dokumente zu veröffentlichen,
3. die Vereinigten Staaten zu ermächtigen, alle anerkannten Mitgliedstaaten von allen erfolgten Unterzeichnungen der Abkommen zu unterrichten und alle Beträge bis zum ersten Zusammentreten der Gouverneure des Internationalen Währungsfonds in Verwahrung zu nehmen und
4. abschließend eine Erklärung, mit der dem Präsidenten Roosevelt und dem Sekretariat der Dank der Konferenz für ihre Mitarbeit ausgesprochen wurde.



## Urteile über die Konferenz

Die entscheidende Wendung, welche die Konferenz von *Bretton Woods* in der Wirtschaftsgeschichte bedeuten kann, und die vielen damit verbundenen grundsätzlichen Änderungen der bisherigen Wirtschaftsanschauungen wurden nicht widerspruchsfrei hingenommen. So waren in den Vereinigten Staaten selbst, die die Anreger dieser Beschlüsse waren, anfänglich bedeutende Widerstände zu überwinden. Zwei so verschiedene Gruppen wie der amerikanische Bankenverband in New York und die republikanische Gruppe im Parlament hielten sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Vereinigten Staaten durch Abschluß dieser Verträge eine Aufgabe und eine Verantwortung übernehmen, die vielleicht zu schwer werden könnte, da doch die Lasten vorwiegend von den Vereinigten Staaten getragen werden müßten. Nach Ansicht dieser Kreise wäre es viel richtiger und einfacher, diese Operationen direkt durch amerikanische Stellen, wie z. B. die Export- und Importbank durchführen zu lassen. Insbesondere wandten sich diese Stellen dagegen, daß durch den Vertrag von *Bretton Woods* die Vereinigten Staaten die Kontrolle über die von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel von etwa 6,6 Milliarden Dollar aus der Hand geben. Außerdem bestünde die Gefahr, daß ihre Aufwendungen ohne irgendeinen Erfolg für die Vereinigten Staaten selbst bleiben; ja, daß sie sogar zusehen müßten, wie ihre Steuermittel für Zwecke Verwendung finden könnten, die ihren Idealen zuwiderlaufen, wenn eine solche Verwendung durch eine Stimmenmehrheit der Schuldernationen beschlossen würde. Kritiker bezeichnen es auch als widersinnig, daß das Gold nur an Schuldnerländer verteilt würde, um sich im Zuge der Umstellung Amerikas auf die Friedenswirtschaft Abnehmer von Exportartikeln zu verschaffen.

Einwände aus nicht-amerikanischen Staaten sehen mehr die Vorzugstellung, welche die Vereinigten Staaten im Rahmen dieses Abkommens einnehmen und die ihren Ausdruck bereits darin fände, daß der Sitz der Institution in den Vereinigten Staaten sei und die Führung des Fonds und der Internationalen Bank wohl vorwiegend amerikanisch sein werde und daß die Vereinigten Staaten als Besitzer von mehr als 25 Prozent der Anteile Beschlüsse, die eine qualifizierte Mehrheit erfordern, durch ihr Veto verhindern können. Überhaupt werden an die Höhe und die Verteilung der Quoten vielfach Erwägungen angeschlossen, die von möglichen Staatengruppen ausgehen und ihre Betrachtungen daran knüpfen.

Kleinere Staaten weisen noch auf die Art der Zusammensetzung der Führung des Währungs fonds und der Internationalen Bank hin, wo nach ihrer Ansicht der Einfluß der Staaten, die das Recht haben, Mitglieder zu ernennen, gegenüber den Staaten, die Mitglieder wählen dürfen, nicht genügend gewahrt sei. Hierbei spielt auch die Betrachtung eine Rolle, daß zwar die einfache Stimmenmehrheit grundsätzlich entscheidend sei, daß jedoch zur Beschlußfähigkeit der Gouverneurs-Versammlungen notwendig ist, daß mindestens zwei Drittel der Stimmen vertreten sind, sodaß der Einfluß zu Gunsten der großen Nationen auch durch diese Bestimmungen noch weiterhin verschoben werde.

Zu erwähnen sind auch die Kritiken, die daran knüpfen, daß der Wert des Goldes den Verträgen von *Bretton Woods* zugrunde gelegt wird. Diesem Vorwurf, daß die Verträge von *Bretton Woods* die Wiedergeburt des Goldes bedeuten würden, wurde erwidert, daß dadurch, daß der Wert des Goldes im Rahmen der Verträge verändert werden könne, zu erkennen sei, daß das Gold keine primäre Rolle spiele, sondern nur die Bedeutung eines willkürlich gewählten festen Punktes habe, der als Ausgangspunkt keiner Berechnung entbehrt werden könne. Nicht verkannt aber darf die Tatsache werden, daß, da nun einmal Gold als Maßstab gewählt wurde, die Länder mit einer Gold-Produktion wie Südafrika und Rußland nicht in dem Maße von den Bestimmungen des Abkommens erfaßt werden können wie die nicht Gold gewinnenden Länder.

Jedoch setzte sich die Erkenntnis der Notwendigkeit der Schaffung einer internationalen Organisation der Wirtschaft gegen diese Kritiken in fast allen Staaten durch. Die Einstellung der Vertreter des Abkommens von *Bretton Woods* findet hierbei ihre beste Formulierung in einer Rede, die der inzwischen verstorbene Lord Keynes im Oberhaus gehalten hat (Times vom 19. 12. 1945), in der er ausführt, daß man die Verträge von *Bretton Woods* nur dann in ihrer Bedeutung kennen und richtig würdigen könne, wenn man sie vom Standpunkt einer einheitlichen Weltwirtschaftsorganisation betrachte, deren Notwendigkeit von jedermann erkannt werden könne und für die auch die einzelnen Staaten Opfer auf sich nehmen müßten.

Dr. F. K. Liebich

Anmerkung: Durch einen Korrekturfehler wurde in der vorhergehenden Lieferung auf S. 22 (Tabelle) an Stelle von *Sao Domingo* (Dominikanische Republik) der Kirchenstaat aufgeführt, die Summe aller Quoten beträgt 8 800 Mill. Dollar.

## Der amerikanisch-britische Anleihevertrag

### Vorgeschichte

Großbritannien war jahrzehntlang die Hauptgläubigernation der Welt. Durch den Krieg hat sich die Lage für Großbritannien geändert und es ist, da es zur Zeit nicht über genügend Forderungen an das Ausland verfügt, gezwungen, Importe durch Exporte zu finanzieren. Die Vereinigten Staaten aber sind dagegen zu dieser Zeit von einem Schuldnerland zur weitaus größten Gläubigernation der Welt geworden. Die demzufolge in den beiden Ländern erforderlichen Umstellungen können jedoch nicht ohne einen Übergang erfolgen. Vielmehr muß Großbritannien damit rechnen, daß es auch bis zur Änderung seiner Finanzlage mehr inführen muß, als es ausführt, andererseits müssen sich die Vereinigten Staaten mit einem schrittweisen Rückgang des Exportüberschusses abfinden, wenn das internationale Wirtschaftsgleichgewicht hergestellt werden soll.

Während die Lösung dieses Problems für Amerika im Wesentlichen die Intensivierung des Binnenmarktes zur Vermeidung einer Verschiebung seiner Arbeits- und Preisverhältnisse bedeutet, handelt es sich für Großbritannien darum, für diese Übergangszeit einen Weg zu finden, um die Importe bezahlen zu können, für

die infolge zu geringen Exportes keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen, die aber für Großbritannien unentbehrlich sind, falls der Lebensstandard des britischen Volkes nicht absinken und der Wiederaufbau seiner Wirtschaft auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden soll.

Das jetzt zu lösende Problem war für Großbritannien nicht neu, hat es doch in den letzten fünfzehn Jahren wiederholt durch das Ausbleiben der Überseeinkommen bedingte finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden gehabt.

Im Jahre 1931 handelte es sich um ein Defizit von ungefähr 500 Millionen Dollar (ausschließlich des Goldgeschäftes). Damals versuchte Großbritannien eine Lösung des Problems dadurch zu erreichen, daß es sich zu Maßnahmen entschloß, die das britische Weltreich von der übrigen Handelswelt isolieren sollten. Zu dieser Zeit vereinigten sich Großbritannien, das sich vom Goldstandard abwandte, alle Dominien außer Kanada und diejenigen Nationen, deren Handel mit Großbritannien verknüpft war, zu einem Währungsblock, indem sie ihre Währung dem britischen Pfund anschlossen (Sterlingblock, Sterlingländer). Dazu kam ein kompliziertes System von Zöllen, Einfuhrquoten, zweiseitigen Clearing- und Handelsverträgen, Kontrolle von Aus-



landsanlagen und Förderung der heimischen Industrie mit dem Ziel der Verringerung der Importe. Trotz dieser Maßnahmen deckten die Einnahmen aus Exporten die Kosten des Importes nur zu etwas mehr als der Hälfte, sodaß die Zahlungsbilanz in den Jahren 1936—1938 jährlich im Durchschnitt mit etwa 170 Mill. Dollar (ausschließlich des Goldgeschäftes) passiv blieb.

Aus der Notwendigkeit, alle Dollarquellen zu mobilisieren, entschloß sich Großbritannien zu einer einschneidenden internationalen Handels- und Finanzkontrolle. Die Sterlingländer wurden bezüglich der Devisenverwaltung zu einer Einheit zusammengefaßt. Die meisten nichtbritischen Länder verließen zwar kurz nach Kriegsausbruch den Sterlingblock, die verbleibenden Länder legten aber ihre Bestände an Gold und Dollar zusammen (Dollarpool), um auf diese Weise die größtmöglichen Kriegseinkäufe tätigen zu können. Außerdem wurden als Kriegsmaßnahme der britischen Regierung private Auslandsguthaben für die Zwecke des Staates verfügbar gemacht.

Im August 1938 schätzte man die reinen Gold- und Dollarreserven Großbritanniens auf 4,2 Milliarden Dollar. Im April des Jahres 1941 waren diese Reserven auf 12 Millionen Dollar geschrumpfen. (Bis Ende des Krieges stiegen die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens allerdings wieder auf 1,8 Milliarden Dollar, was zum Teil auch auf die mit Dollar getätigten Ausgaben der amerikanischen Truppen in Großbritannien zurückgeführt wird.)

Durch das Gesetz vom 11. März 1941 wurden die sogenannten Leih- und Pachtverträge abgeschlossen, da nur auf diese Weise den wachsenden Ansprüchen des Krieges Rechnung getragen werden konnte, da der britische Außenhandel im Jahre 1944 kriegsbedingt nur noch 30 Prozent des Jahres 1938 betrug, wozu noch die Ausgaben für den Unterhalt der britischen Truppen im Ausland kamen, sodaß von Kriegsbeginn bis zum 30. Juni 1945 die größtenteils in Bankkonten bestehende Überseeschuld Großbritanniens (die allgemein als „blocked sterling“ bezeichnet wird) um 11,6 auf insgesamt 13,5 Milliarden Dollar stieg. \*)

Mit der Beendigung des Leih- und Pachtsystems nach dem Sieg der Alliierten wurde Großbritannien zum dritten Mal seit 1930 vor das Problem einer passiven Zahlungsbilanz gestellt, die so lange passiv bleiben wird, als sich der wirtschaftliche Erfolg des Sieges, der in der Verringerung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in Verbindung mit der erfolgreichen Rationalisierung der britischen Wirtschaft liegt, noch nicht genügend auswirkt.

## Das Abkommen

Großbritanniens Interesse an Finanzverhandlungen mit den Vereinigten Staaten war in erster Linie die Zeit bis zum Beginn der Auswirkung des Sieges durch eine sofortige Beseitigung des Defizits der Zahlungsbilanz zu überbrücken, während die Vereinigten Staaten ihrerseits Großbritannien als guten Kunden der USA nicht verlieren wollten und vor allem weil der Einbau Großbritanniens bei der beabsichtigten Schaffung einer internationalen Wirtschaftsorganisation unerlässlich schien.

Der eine der beiden Hauptpunkte des nunmehr abgeschlossenen Vertrages ist die Bestimmung, derzufolge die Forderung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen Großbritannien aus dem Leih- und Pachtabkommen und der anderen finanziellen Verpflichtungen aus dem Kriege, sowie insbesondere dem Preis des überschüssigen Kriegsgutes mit 650 Millionen Dollar abgegolten sein sollen. Durch diese Bestimmung soll ein Schlußstrich unter die Verpflichtungen aus dem Kriege gezogen und der Weg zu einer unbelasteten Friedenswirtschaft eröffnet werden.

Die Forderungen aus den Leih- und Pachtlieferungen der Vereinigten Staaten betragen nach Abzug der von Großbritannien an die Vereinigten Staaten erfolgten Hilfslieferungen immer noch 20 Milliarden Dollar, auf deren Abtragung durch dieses Übereinkommen endgültig verzichtet wird. Bei der Zahlung der 650 Millionen Dollar handelt es sich ausschließlich um die Bezahlung von Waren, die nicht während des Krieges verbraucht wurden und die nun dem britischen Nachkriegsbedarf zur Verfügung

stehen. Damit sind die Worte Präsident *Roosevelts* verwirklicht wonach „Sieg und ein gesicherter Friede die einzige Münze sind, die die Vereinigten Staaten als Entgelt für die Leih- und Pachtlieferungen erwarten“. Die Vereinigten Staaten mögen sich bei Aufnahme dieser Vertragsbestimmung auch der erfolglosen Versuche, die Kriegsschulden des ersten Weltkrieges einzutreiben, und der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Spannungen erinnern haben.

Der zweite Hauptpunkt des Vertrages enthält die Zusage der Vereinigten Staaten, Großbritannien einen Kredit von 3,75 Milliarden Dollar zu eröffnen. Dieser Kredit kann von Großbritannien nach seinem Bedarf bis zum 31. Dezember 1951 in Anspruch genommen werden. Er soll „britische Käufe in den Vereinigten Staaten ermöglichen, Großbritannien helfen, seine Zahlungsbilanz auch während des Übergangs zur Friedenswirtschaft möglich auszugleichen sowie über ausreichende Gold- und Dollarreserve zu verfügen. Es soll aber Großbritannien vor allem auch in der Lage versetzen, sich den Verpflichtungen einer internationalen Organisation des Handels (multilaterale trade) gewachsen zu zeigen“.

Die Anleihe ist in fünfzigjährigen Rückzahlungen, beginnend im Dezember 1951, bei einer Verzinsung von jährlich zwei Prozent zurückzuerstatten. Wenn man die zinsfreien Jahre bis 1954 einrechnet, beträgt der tatsächliche Zinssatz nur etwa 1,5 Prozent. Trotz dieser besonders niedrigen Zinsrate rechnet man damit, daß die Kosten des amerikanischen Schatzamtes gedeckt sind, wenn die Zinszahlung nicht unvorhergesehen oft erlassen wird.

Die Möglichkeit des Verzichtes auf eine Zinszahlung ist für den Fall vorgesehen, daß das britische Durchschnittseinkommen aus Exporten zusätzlich des unsichtbaren Einkommens der vorhergehenden fünf Jahre weniger als 866 Millionen Pfund Sterling beträgt. Das bedeutet praktisch, daß Großbritannien um Erlaß der Zinszahlung ansuchen kann, sobald sein durchschnittliches Jahreseinkommen aus dem Export vermehrt um das Nettoeinkommen aus Leistungen (z. B. Seefrachten), unter den Vorkriegsstand absinkt.

Das Übereinkommen legt Großbritannien keine Beschränkung über die Verwendung der Anleihe auf, ausgenommen, daß „mit den Mitteln der Anleihe keine Schulden an dritte Länder bezahlt werden dürfen, die bereits vor dem Abkommen bestanden.“ Die Bedeutung dieser Klausel wird so ausgelegt, daß Großbritannien in jedem Jahr wertmäßig mindestens soviel importieren soll, als es geldmäßig den Kredit beansprucht.

Großbritannien verpflichtet sich als Gegenleistung, die während des Krieges eingeführte Devisenkontrolle innerhalb eines Jahres so zu lockern, daß sowohl die Länder des Sterlingblocks als auch die anderen Länder ihre laufenden Einnahmen für laufende Geschäfte überall in der Welt zur freien Verfügung haben. Die Durchführung dieser Klausel bedeutet vor allem das Ende der Dollarpools, aber auch, daß Großbritannien Importe aus der Sterlingzone oder von Ländern außerhalb des ehemaligen Sterlingblocks bar bezahlen muß. Sie ist somit aber auch eine neue Ursache eines Devisenbedarfs, der der Ausgangspunkt für manche englischen Kritiker ist, die befürchten, daß auf diese Weise die Zahlungsbilanz trotz der Belastung Großbritanniens mit dem Kredit, durch das Abkommen keine wesentliche Besserung erfahren würde.

Auch hat sich Großbritannien in dem Übereinkommen bereit erklärt, vor 1952 keinen langfristigen Kredit unter günstigeren Bedingungen als das britisch-amerikanische Finanzabkommen aufzunehmen.

Außerdem hat Großbritannien ein Abkommen mit den interessierten Staaten bezüglich der blockierten Sterlingkonten zugesagt (die den amerikanischen Pacht- und Leihverträgen ähneln), deren Ziel es sein soll, eine teilweise Abschreibung in die Wege zu leiten.

Schließlich haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten die gegenseitige Erklärung abgegeben, auf diskriminierende mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen zu verzichten. England darf also z. B. keine Einfuhrbeschränkungen verfügen, in der die Vereinigten Staaten ungünstiger als andere Staaten gestellt werden. Die volle Bedeutung dieser Klausel der „non discrimination“ wird aber, da dieses Abkommen keine Zollbestimmungen enthält, erst nach Abschluß der zur Zeit in Vorbereitung befindlichen internationalen Organisation des Handels oder durch andere Verträge bestimmt werden.

Abschließend bekennen sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer gemeinsamen Erklärung zu den Grundsätzen einer internationalen Handelspolitik, die Präsident *Truman* in einer Botschaft an den Kongreß so formuliert hat, daß die Beschränkungen des Zahlungs- und Handelsverkehrs durch eine normale wirtschaftliche Zusammenarbeit in der ganzen Welt abgelöst werden soll.

\*) Während in früheren Jahren die günstige Gestaltung der britischen Dienstleistungsbilanz den Einfuhrüberschuß deckte, mußte Großbritannien in den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg auf seine Reserven zurückgreifen. Von 1936—1938 wurden dem Auslandsvermögen insgesamt etwa 500 Millionen Dollar entnommen. Diese Rückgriffe beliefen sich 1943 auf sechs Milliarden Dollar und Mitte 1944 bereits auf 7,2 Milliarden Dollar, also etwa 50 Prozent der gesamten britischen Übersee-Kapitalanlagen. Auf der anderen Seite wuchs die britische Verschuldung an das Ausland. Auf der Konferenz von *Bretton Woods* wurden, von *Lord Keynes* die Schulden mit 12 Milliarden Dollar beziffert. (Devisenschulden Englands, Sterlingguthaben des Auslandes in England).



## Die Ratifizierung

Die von den Sachverständigen beider Länder ausgearbeitete Formulierung des Abkommens wurde am 6. Dezember 1945 in einer Sitzung unterzeichnet. Auf amerikanischer Seite zeichneten Außenminister *Byrnes* und Finanzminister *Vinson*, auf englischer Seite der britische Botschafter *Lord Halifax* und *Lord Keynes*.

Das Abkommen wurde in England auf Grund eines Beschlusses des Unterhauses vom 13. Dezember 1945 ratifiziert. Der Beschluß wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 345 gegen 98 Stimmen gefaßt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde das Abkommen nach ausführlichen Beratungen am 10. Mai 1945 vom Senat mit 46 gegen 34 Stimmen dem Repräsentantenhaus befürwortet zugeleitet, welches am 13. Juli 1945 die Anleihe mit 219 gegen 155 Stimmen annahm.

Die Debatte um das Abkommen war in beiden Ländern sehr heftig. Während sie in Amerika durch die langen Verhandlungen schon äußerlich gekennzeichnet ist, hat sie in England ihren Niederschlag vor allem in den Vorverhandlungen zum Abkommen und später in Veröffentlichungen gefunden. Der *Daily Express* spricht gelegentlich von einem Vertrag, den eigentlich keiner der beiden Vertragsteile wollte (11. Mai 1946).

## Das Echo des Vertrages

Die Argumente, die für und gegen den Vertrag vorgebracht wurden, sind so zahlreich, daß sie nur andeutungsweise erwähnt werden können.

In beiden Ländern waren die Kreise gegen den Abschluß des Abkommens, die glaubten annehmen zu müssen, daß ihr Land für die gebotenen Gegenleistungen unverhältnismäßig viel bieten müsse, wobei vor allem in England die Öffnung seines Handelsgebietes für amerikanische Waren, von amerikanischer Seite die Höhe des Verzichtes aus den Pacht- und Leihverträgen und die Höhe der Anleihe zum Ausgangspunkt der Kritik genommen wurde. Diese Stimmen finden auf englischer Seite ihren schärfsten Ausdruck in den Worten des *Lord Beaverbrook* (Mai 1946), der erklärte, daß man das Weltreich für ein Butterbrot verkauft habe. Gegen die amerikanischen Bedenken wandte sich Außenminister *Byrnes* (6. 12. 45) mit der Feststellung, daß die dreidreierhundert Milliarden Dollar zwar eine große Summe seien, man aber

nicht vergessen dürfe, daß 14 Tage Krieg den gleichen Betrag verschlungen hätten.

Wie wenig die Entscheidung von innerpolitischen Fragen abhängig war, zeigt am besten die Abstimmung im amerikanischen Repräsentantenhaus, bei welcher 157 Demokraten und 61 Republikaner gegen 32 Demokraten und 122 Republikaner stimmten (die 2 fehlenden Stimmen entfallen auf Splittergruppen).

Große Bedeutung wurde bei der Beurteilung des Abkommens auch seinen Auswirkungen auf die internationalen Finanz- und Handelsabkommen beigemessen. Die Verknüpfung dieses Abkommens mit den internationalen Verträgen ist nicht nur aus der ausdrücklich ausgesprochenen Zweckbestimmung des Darlehens zu sehen, sondern auch aus der Tatsache, daß im englischen Unterhaus am 13. Dezember 1945 anschließend an die Zustimmung zur Anleihe die Gesetzesvorlage über *Bretton Woods* mit 314 gegen 50 Stimmen angenommen wurde. Diese Abhängigkeit der beiden Verträge blieb auch bis zur Genehmigung des Anleihevertrages durch das amerikanische Repräsentantenhaus bestehen, da von Seiten Großbritanniens auch nach der Annahme des Abkommens offiziell festgestellt wurde, daß es sich von *Bretton Woods* zurückziehen müßte, wenn der Anleihevertrag nicht zustande käme. Auch darauf ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen, daß das Anleiheabkommen verschiedentlich auf die in Vorbereitung befindliche internationale Handelskonferenz Bezug nimmt.

Somit ist also wohl summarisch zu sagen, daß das Abkommen in beiden Ländern gegen die Stimmen angenommen wurde, die materielle Nachteile für ihr Land befürchteten und die glaubten, in den entstehenden neuartigen Welt-Organisationen einen nicht genügend elastischen internationalen Bürokratismus befürchten zu müssen; während die Kreise die Mehrheit erlangt haben, die in dem Abkommen den Schritt zu einer gelenkten Weltwirtschaftspolitik bejahen und die in der Gläubiger-Schuldner-Bindung eine starke Garantie der gegenseitigen Interessen gewährleistet sehen.

Wir glauben, daß diese Gedanken ausschlaggebend waren, wenn auch in der abschließenden Debatte im amerikanischen Repräsentantenhaus Erwägungen über die internationale Kräfteverteilung einen wesentlichen Raum einnahmen, auf welche die Worte Präsident *Trumans* bei der Unterzeichnung des Abkommens am 15. Juli 1946 Bezug nahmen, die etwa folgendermaßen lauteten: „Das Abkommen dürfe nicht als Spitze gegen nicht beteiligte Länder empfunden werden, es sei vielmehr als Anfang und wesentlicher Schritt zur Beseitigung rivalisierender Wirtschaftsblocks zu betrachten“.

## Die internationale Hygienekonferenz in New York

Vom 19. Juni bis zum 22. Juli fand in New York die erste vorbereitende Hygienekonferenz statt, die im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen im Hunter College in New York tagte. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie weitere sechzehn Länder und internationale Organisationen, wie die *Food and Agriculture Organization* (FAO), die *UNRRA*, das Internationale Arbeitsamt, die *Provisional International Civil Aviation Organization* (PICAO), die *Rockefeller Foundation*, der *Weltgewerkschaftsbund* und andere Organisationen als Beobachter waren vertreten. Auf Einladung des Wirtschafts- und Sozialrates hatte auch die Schweiz Beobachter entsandt.

Am 22. Juli wurde eine Gesundheitskonvention unterzeichnet, durch welche die teilnehmenden Nationen Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen werden. Diese wird nach Deponierung der nötigen Zahl von Unterschriften beim Generalsekretariat ihre Funktionen zunächst durch eine Interimskommission aufnehmen, die dann die erste konstituierende Generalversammlung zubereiten haben wird, die im nächsten Jahr stattfinden soll.

Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen ist der erste Versuch zur Schaffung einer weltumspannenden Hygieneorganisation, in der die bestehenden derartigen internationalen Organisationen entweder aufgehen oder als Regionalinstitute weiter funktionieren werden. Während sich diese, wie etwa das *Office d'Hygiène Publique* mit Sitz in Paris, hauptsächlich dem Austausch von Informationen, dem Meldedienst über ansteckende Krankheiten und statistischen Arbeiten widmete, wird die neue Organisation viel weitergehende Aufgaben übernehmen. Das gleiche gilt von den übrigen Organisationen, wie vor allem der Hygieneabteilung des Völkerbundes, dem *Bureau Sanitaire et Quarantenaire* in Kairo, der ältesten Institution dieser Art.

Die Anregung zur Schaffung der neuen Organisation ging von Brasilien und China aus, die auf der Konferenz von San Franzisko entsprechende Anträge einbrachten. Gestützt auf die Satzung der Vereinten Nationen und gemäß einer in San Franzisko gefaßten Resolution trat dann im März in Paris die vorbereitende Kommission zur Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes zusammen, der nun von der Vollkonferenz in New York eingehend behandelt und mit einigen Änderungen angenommen wurde. Danach ist die neue Organisation wie alle anderen Unterorganisationen der Vereinten Nationen nach dem Vorbild der Vereinten Nationen selbst aufgebaut, das heißt sie besteht aus einer Generalversammlung, einem Rat und einem Sekretariat. Ihre Aufgaben sind überaus vielseitig, beschränken sich jedoch auf Empfehlungen. Neben den allgemeinen Zielen der Förderung der Gesundheit und der Verbesserung der Bekämpfung von Krankheiten auf nationalem und internationalem Gebiet wird sie sich vor allem mit dem Austausch von Informationen, der Standardisierung der Medikamente, der Einführung einer Einheitsnomenklatur und der internationalen Festlegung diagnostischer Normen befassen.

In der Frage des Sitzes konnte noch keine Lösung gefunden werden. Die Anhänger einer Zentralisation und diejenigen einer Dezentralisation der Organe der Vereinten Nationen standen sich gegenüber. Die einen wünschten alle Organisationen am Sitz der Vereinten Nationen selbst zu haben, die andern, in diesem Falle waren es die Russen, plädierten für Paris; auch Genf wurde vorgeschlagen. Die Entscheidung wird von der ersten Generalversammlung der Hygieneorganisation gefällt werden; bis dahin soll die unter dem Vorsitz eines Russen stehende Interimskommission die Frage weiter prüfen. Generalsekretär der Konferenz und auch der Interimskommission ist der Franzose Yves Birauld, der schon bei der Hygieneorganisation des Völkerbundes mitarbeitete und der, wie man annimmt, von der ersten Generalversammlung zum Leiter des Sekretariats ernannt werden wird.



# Europäischer Wiederaufbau im 2. Quartal 1946

## GROSSBRITANNIEN

Um die letzte Jahreswende hatte das Handelsministerium das *Exportziel* für das Jahr 1946 auf 750 Millionen Pfund Sterling festgesetzt. Es hatte angenommen, daß die Exporte der ersten Jahreshälfte kaum mehr als zwei Fünftel der Gesamtziffer erreichen würden. Die tatsächlichen Exporte der ersten Jahreshälfte von 1946 mit 403,42 Millionen Pfund haben, die vorgesehene Ziffer wesentlich übertroffen. Mit Ausnahme gewisser Lebensmittel waren die Exporte aller Warenklassen im ersten Halbjahr wesentlich größer als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Auch gegenüber dem Jahr 1938 sind bei allen Warenklassen mit Ausnahme der Kohle, des Eisenschrotts, der Papierrohstoffe, der Olsaaten und der Rohwolle bedeutende Steigerungen festzustellen. Allerdings muß betont werden, daß sich die britischen Exporte noch recht einseitig zusammensetzen. Nahezu 50 Prozent aller Exporte des ersten Halbjahres 1946 entfielen auf 6 Warenkategorien, nämlich die Eisen- und Stahlprodukte (39,97 Millionen Pfund), Maschinen (46,47 Millionen Pfund), Fahrzeuge (42,62 Millionen Pfund), Chemikalien (31,70 Millionen Pfund), Elektrowaren (16,5 Millionen Pfund) und Nichteisenmetallwaren (18,16 Millionen Pfund). Im Jahre 1938 hatten die gleichen Warenklassen nur zwei Fünftel der Gesamtexporte gedeckt. Die inländischen Rohstoffexporte betrugen nur 4 Prozent des Gesamtexportvolumens gegenüber 12 Prozent im Jahre 1938. Die Lebensmittelexporte sind unverändert geblieben. Bei den meisten industriellen Konsumgütern sind jedoch, von Kunstseide, Werkzeugen, Gummwaren abgesehen, bedeutende Rückschläge eingetreten. Da der Markt für die „schwereren Warenkategorien“ infolge des Ausfalls von Deutschland und Japan sehr aufnahmefähig ist, birgt die relative Einseitigkeit der heutigen britischen Exporte keine unmittelbaren Gefahren in sich. Mengenziffern für den britischen Außenhandel werden nur in jährlichen Abständen veröffentlicht. Das Handelsministerium schätzt jedoch, daß die Exporte im zweiten Quartal auf 95 bis 100 Prozent des Volumens von 1938 gestiegen sind.

Für die *Importe* liegen ähnliche Schätzungen nicht vor, sie dürften aber zwei Drittel des Standes von 1938 nicht übersteigen. Wertmäßig beliefen sich die Importe des ersten Halbjahres 1946 auf 597,66 Millionen Pfund. Die Importe der Lebensmittel und Rohstoffe haben sich beträchtlich gehoben. Bei den Fertigwaren ist jedoch eine bemerkenswerte starke Importsenkung festzustellen. Die wichtigsten Senkungen gegenüber der Vorkriegszeit entfallen auf die Nichteisenmetallgruppe, Töpferei und Glaswaren, Eisen- und Stahlgüter, Werkzeuge und Instrumente, Papier sowie Bekleidungsgegenstände.

Da sich die britischen Exporte bisher relativ viel günstiger als die Netto-Importe entwickelt haben, hat sich das *Außenhandelspassivum* stark gesenkt. Es betrug im ersten Halbjahr 1946 nur 170,74 Millionen Pfund gegenüber 396,89 im Vorjahr und 193,61 im Jahre 1938. Infolge der starken Verminderung seiner Vorräte wird Großbritannien demnächst größere Importe vornehmen müssen, so daß in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres mit einem Steigen des Außenhandelspassivums zu rechnen ist, wenn die britische Exportwirtschaft nicht eine sehr starke Steigerung ihrer Auslandslieferungen durchsetzen kann.

Besprechungen über den Abschluß eines Handelsabkommens mit der *Sowjetunion* in Höhe von 80 Millionen Pfund sind z. Zt. in London im Gange. England beabsichtigt, Industrieausrüstungen zu liefern, und will dafür Rohstoffe sowie Bauholz aus Rußland beziehen.

Das neue Finanzabkommen sieht die Begleichung eines Teiles der *polnischen Kriegsschulden* aus den polnischen Goldreserven in England vor. Der Vorsitzende der polnischen Nationalbank erklärte, der Vertrag werde den Weg zur Anknüpfung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern ebnen.

In *Budapest* haben in der letzten Zeit Besprechungen mit dem englischen Handelsdelegierten Mr. Peacock stattgefunden, die eine Wiederaufnahme der ungarisch-englischen Handelsbeziehungen zum Ziele haben. Ungarn soll danach in erster Linie Getreide, Eier, Preß- und Trockenobst und Wein nach England liefern, während Ungarn hierfür Rohstoffe und Fertigfabrikate erhalten soll.

Der *rumänische* Informationsminister Constantinesco-Iasi teilte anlässlich seines Londoner Besuches mit, daß England und Rumänien ein Abkommen über einen Warenaustausch im Werte von je 500 000 Pfund abgeschlossen haben. Rumänien wird Holz liefern und dafür aus England Maschinen, Traktoren und Chemikalien erhalten.

In London sind jetzt Verhandlungen über ein Wirtschafts- und Finanzabkommen zwischen Großbritannien und Jugoslawien aufgenommen worden. Von jugoslawischer Seite wurde bei diesem Anlaß das Ansuchen um die Gewährung eines englischen Kredits in Höhe von 5 Millionen Pfund gestellt. Wie man jedoch hier erfährt, kann Jugoslawien voraussichtlich nur mit einem Kredit rechnen, der weit unter dem genannten Satz liegt.

Englische Wirtschaftsvertreter führen Verhandlungen mit deutschen und schwedischen Handelskreisen, um die Möglichkeit eines verstärkten Warenaustausches zu prüfen. Dänemarks Exportwünsche richten sich vor allem auf den Einkauf von Kohle, Eisen und Stahl, Chemikalien, Textilien sowie Gummi. Die Besprechungen mit Schweden beziehen sich auf den Warenaustausch für die nächsten 12 Monate.

Der schwedische Reichstag hat das *schwedisch-britische Finanzabkommen* gebilligt, durch das Schweden in eine Erhöhung seines Sterlingguthabens um 15 Millionen Pfund Sterling bis 30. April 1947 einwilligt.

Ein neues *britisch-portugiesisches Finanzabkommen* sieht die Eröffnung beiderseitiger Kreditlinien im Werte von 5 Millionen Pfund Sterling vor, wobei der Wechselkurs auf 100 Escudos für 1 Pfund festgesetzt worden ist. Man erwartet auf englischer Seite von dem Abkommen eine Erleichterung des Handels zwischen beiden Ländern und sieht Portugal als aufnahmefähigen Markt sowohl für britische Kapitalgüter als auch für Verbrauchsartikel an. Die Lieferungen Portugals bestehen im wesentlichen in Sardinen, Kork, Harzen und Superphosphaten.

Von zuständiger Seite wird erklärt, daß der neue *Anglo-Kanadische Weizenpakt* noch vor Ende des gegenwärtigen Weizenjahres unterzeichnet werden wird. Hierzu vernimmt man, daß es sich wahrscheinlich um ein Vier-Jahre-Abkommen für die Lieferung von jährlich rund 4 Millionen Tonnen kanadischen Weizens an England handeln wird.

Der *britische Minister für die Brennstoffversorgung*, Emanuel Shinwell, erklärte im Unterhaus, es werde noch eine gewisse Zeit verstreichen müssen, bis Großbritannien seine Kohlenexporte wieder aufnehmen kann. Shinwell schätzte die britischen Kohlenexporte im Laufe des Jahres 1946 auf 8 220 000 Tonnen. Die Kohlenförderung in Großbritannien soll für das laufende Jahr 194 Millionen Tonnen erreichen, was einen Ausfall von 5 Millionen Tonnen bedeute. Die britische Regierung hoffe, sobald als möglich ihre früheren Kohlenabnehmer beliefern zu können.

Britische Werften bauen gegenwärtig mehr *Handelsschiffe* als zu irgendeinem Zeitpunkt der letzten 24 Jahre. Lloyd veröffentlichte eine Statistik, nach der die Gesamttonnage der Ende Juni auf britischen Werften im Bau befindlichen Schiffe mehr als 1 750 000 Tonnen betrug, also 400 000 Tonnen mehr als Juni 1942. Die Schiffsproduktion der Welt, ausgenommen Großbritannien, betrug Ende Juni 1 500 000 Tonnen. Somit ist Großbritannien wieder führend im Weltaufbau.

## NIEDERLANDE

In *Utrecht* wurde die erste niederländische *Handelsmesse* nach Kriegsende durchgeführt. In der Eröffnungsansprache teilte der Handelsminister mit, daß die holländische Produktion wieder 70 Prozent des Standes von 1938 erreicht habe.

Das *Wieringer Meer* wurde wieder *trockengelegt*. Dieser riesenhafte See von 20 000 Hektar, der 1930 trockengelegt wurde, hatte die Anbaufläche Hollands um 10 Prozent vergrößert, nachdem das Gelände unter den Pflug genommen war. Achtzehn Tage vor der Kapitulation hatte deutsches Militär die Deiche gesprengt. Da



Ergebnis war katastrophal, obgleich kein Menschenverlust zu beklagen war. Nach sieben Monaten harter Arbeit war das Wieringer Meer wieder so weit, daß man es erneut bebauen konnte. Im Jahre 1946 wird man dort schon wieder ernten.

## FRANKREICH

In dem vom „Planungskommissariat“ (Commissariat général au Plan de Modernisation et d'Equipe) veröffentlichten Plan, den der französische Sonderdelegierte Léon Blum in Washington vorgelegt hat, wird die Höhe der dringendsten Investitionen für den Wiederaufbau mit 700 Milliarden Francs (Wert von 1938) beziffert. Außerdem werden 500 bis 600 Milliarden Francs für die Modernisierung der französischen Wirtschaft benötigt. Es handelt sich für Frankreich darum, daß Bedingungen geschaffen werden, die das Netto-Nationaleinkommen in möglichst kurzer Zeit so sehr vergrößern, daß es dem Lande möglich ist, jährliche Investitionen im Werte von 150 Milliarden Francs (Wert von 1938) vorzunehmen. Man schätzt, daß das Nationaleinkommen das von 1929 um 25 Prozent übersteigen muß, damit dieses Resultat erzielt werden kann. Im Augenblick ist sowohl die landwirtschaftliche wie auch die industrielle Produktion nur auf wenig mehr als 60 Prozent des Standes der Produktion von 1938 angestiegen.

Man hofft, daß bis 1950 die Produktion so angestiegen ist, daß aus den Exporterlösen die Einfuhren gedeckt werden können. Vorläufig wird man noch einige Jahre das Defizit mit ausländischen Krediten decken müssen.

Die neuen Außenhandelszahlen für den Monat Juni und das erste Halbjahr 1946 erwecken den Eindruck, daß nun eine erste Etappe in der französischen Außenhandelsentwicklung abgeschlossen wurde. Der Einfuhrüberschuß hat sich gegenüber dem Vormonat stark vergrößert, so daß der Passivsaldo der französischen Handelsbilanz für das erste Halbjahr 73 Milliarden Francs beträgt (Januar 1946 9 Milliarden, Juni 1946 20 Milliarden).

Der Gesamtverkehr erfuhr eine wert- und mengenmäßige Erweiterung auf rund 37 Milliarden Francs im Juni gegenüber 27 Milliarden Francs im Mai und 14 Milliarden Francs im Januar 1946. Der wertmäßigen Steigerung der Gesamtumsätze entspricht eine solche der Gewichtsmenge. Diese stellt sich auf rund 4 Millionen Tonnen für Juni gegenüber 3,5 Millionen Tonnen im Mai und 2,7 Millionen Tonnen im Januar 1946. Die Wertzahlen zeigen mit 28,5 Milliarden Francs gegenüber 19,3 Milliarden Francs im Mai 1946 eine Erhöhung um annähernd 44 Prozent. Die Gewichtsmenge der Einfuhr erhöhte sich seit dem Vormonat mit 2,6 auf 3,1 Millionen Tonnen, also um 16,8 Prozent. Die Lebensmittelimporte mußten erhöht werden, um der sich zuspitzenden Lebensmittelkrise zu begegnen. Die kommenden Ernteerträge werden aber eine starke Kürzung der Importe ermöglichen. Damit wird sich endlich die französische Importregulierung zugunsten der industriellen Umstellungs- und Wiederaufbaupläne auswirken können, da eine größere Einfuhr von Maschinen und Industrierohstoffen einsetzen wird.

Die Wertzahlen der französischen Ausfuhr beliefen sich im Juni auf 8,5 Milliarden gegenüber 7,3 Milliarden Francs im Mai und 2,4 Milliarden Francs im Januar 1946. Gleichzeitig weist der Vergleich der Mengenergebnisse einen Rückgang auf 888 443 Tonnen im Juni von 926 449 Tonnen im Mai auf. Je weiter der Abbau der kriegswirtschaftlichen Einschränkungen für Absatz und Verbrauch von Luxus- und Qualitätserzeugnissen im Ausland fortschreitet, desto aussichtsreicher wird die Ausfuhr solcher Erzeugnisse aus Frankreich. Damit ist vorläufig die große Frage „Qualitätsarbeit oder Serienerzeugung“ (Zürcher Zeitung) entschieden.

Durch Verfügung vom 1. Juni 1946 wurden zwei Einrichtungen geschaffen, die von großer Tragweite für die Entwicklung des französischen Außenhandels sein werden:

- die französische Bank für Außenhandel,
- die französische Versicherungsgesellschaft für Außenhandel.

Die Bank dient der Erleichterung der Finanzierung durch kurzfristige Kredite, wie Wechselakzeptation, Diskontierung usw. Darüber hinaus soll die Bank statistische und informatorische Aufgaben lösen. Sie soll zu diesem Zweck an der Organisation eines Außenhandels-Nachrichtendienstes beteiligt werden, der früher von „Office nationale du Commerce extérieur“ bereits in die Wege geleitet war. Die Versicherungsgesellschaft soll den Exporteuren die Deckung der politischen, währungsmäßigen und sonstigen Risiken ermöglichen, insbesondere auch der mit der Kreditgewährung verbundenen Risiken. Gleichzeitig kann die neue Gesellschaft der Außenhandelsbank Deckung gegen die Gefahr der Insolvenz von Exporteuren und Importeuren geben. In besonderen Fällen ist eine Staatsgarantie vorgesehen.

Seit Anfang Mai ist der französisch-russische Wirtschaftsvertrag in Kraft, der die Gewährung der gegenseitigen Meistbegünstigung vorsieht. In Paris und Moskau sollen Handelsdelegationen eingesetzt werden. Die russischen Lieferungen nach Frankreich sollen vor allem Weizen, Holz, Zellstoff sowie Erdöl umfassen, während Frankreich Weine, Parfüm und verschiedene Industrieerzeugnisse exportieren wird.

In Frankreich sind nach wie vor intensive Bemühungen um eine bessere Kohlenversorgung im Gange. Frankreich war vor dem Kriege bei einem Gesamtverbrauch von 70 Millionen Tonnen zu einem Drittel auf das Ausland angewiesen. Schon nach der Befreiung des Landes im Jahre 1944 ergaben sich die größten Schwierigkeiten bei der Versorgung der lebenswichtigen Betriebe. Da aus dem Ausland Kohlenimporte nicht zu erwarten waren, wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Inlanderzeugung so rasch wie möglich wieder auf volle Touren zu bringen. Derzeit ist die inländische Kohlenförderung bei einem Produktionsvolumen angelangt, das einer Jahresförderung von 47,7 Millionen Tonnen (0,2 Millionen mehr als 1938) entspricht. Dieser Erfolg konnte allerdings nur durch eine 39%ige Steigerung der Belegschaft auf 313 000 Mann erreicht werden (Einstellung von 50 000 Kriegsgefangenen). Die Tagesleistung stellt sich dabei pro Mann auf 904 kg gegen 781 kg im Herbst 1944 und 1229 kg im Jahre 1938. Trotzdem leidet die französische Wirtschaft noch immer unter einer ausgesprochenen Kohlenknappheit. Im Augenblick erreichen die Importe nur 40 Prozent der Vorkriegszeit. Daher das Drängen der französischen Regierung auf Steigerung der Bezüge aus dem Ruhrgebiet auf monatlich 900 000 Tonnen.

## NORWEGEN

Norwegen bemüht sich um die Wiederherstellung seines Schiffsraums, der durch Kriegsverluste von 4,8 Millionen BRT im September 1939 auf annähernd 3 Millionen BRT bei Kriegsende zurückgegangen ist. Bis März 1946 hatten die staatlich entschädigten Schiffseigentümer bereits rund 300 neue Schiffe mit insgesamt 850 000 BRT an ausländische, vor allem schwedische Werften in Auftrag gegeben. Dazu kommen noch 77 500 BRT Schiffsraum aus deutschen Reparationen.

## SCHWEDEN

Während des Krieges unterlag der Außenhandel Schwedens stärkeren Schwankungen. Die Einfuhr ging zurück und erreichte ihren Tiefstand 1945. Kohlen- und Koksimport betrugen in diesem Jahr nur 3,6 Millionen Tonnen gegen 8 Millionen Tonnen vor dem Kriege, während an Eisen und Stahl nur 55 000 Tonnen eingeführt wurden (Bedarf 400 000 Tonnen). Die traditionelle passive schwedische Handelsbilanz ist im Jahre 1945 zum ersten Male aktiv geworden.

Die industrielle Erzeugung Schwedens konnte nach dem Kriege auf beachtlicher Höhe gehalten werden. Sie war Anfang 1946 noch fast um ein Fünftel höher als bei Kriegsausbruch. Die Zelluloseproduktion lag 1945 mit 50 Prozent über der des Jahres 1944.

Eine ähnliche Entwicklung nahm die eisenverarbeitende Industrie, deren Produktionsindex den Rekordstand von 177 Prozent erreichte.

Der schwedische Außenhandel.  
(in Millionen Kronen)

	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß
1938	2068	1839	— 229
1943	1818	1151	— 667
1944	1664	840	— 834
1945	1088	1757	+ 669

Die schwedische Industrie verfügt über einen Auftragsbestand, der für die nächsten drei Jahre ausreicht. Lieferfristen von 1½ Jahren und darüber sind nicht ungewöhnlich. Die Knappheit an Arbeitskräften ist sehr groß und wird noch bestehen bleiben, selbst wenn die 40 000 Arbeiter, die z. Zt. beim Holzeinschlag beschäftigt sind, nach Zufuhr ausreichender Kohlenmengen wieder für die industrielle Produktion freigemacht werden.

Schweden ist infolge seiner Kohlenarmut in stärkstem Maße auf die Kohleneinfuhr angewiesen. Bis jetzt sind weder aus Oberschlesien noch aus England Kohlenlieferungen eingelaufen, die den schwedischen Bedarf einigermaßen befriedigen. Daher muß die fehlende Kohle weitgehend durch heimisches Holz ersetzt werden, wodurch die Nachfrage nach Holz stark angestiegen ist. Die schwedische Regierung beabsichtigt die Einführung einer



Marktregelung für Rundholz und Schnittholz sowie die Beschlagnahme der anfallenden Holz mengen. Gleichzeitig soll die Schnittholzausfuhr für das Jahr 1946 auf 400 000 Standard (rund 4,5 cbm pro Standard) gegenüber 650 000 im Vorjahr eingeschränkt werden. Darüber hinaus ist eine weitere Einschränkung des Verbrauchs von Rotationspapier jetzt so gut wie sicher.

Der in der Vorkriegszeit in bescheidenem Umfang durchgeführte *Nachtpost-Flugverkehr* soll jetzt in wesentlich erweitertem Maßstabe wieder aufgenommen werden, wodurch einem dringenden Verkehrsbedürfnis entgegengekommen wird. Während damals Köln und Hannover Zentralstellen waren, wird jetzt Amsterdam zur Flugpostzentrale ausgebaut, wo sich Nachtpostflugzeuge aller Länder treffen.

Es wird dadurch ermöglicht, daß in Schweden aufgegebenen Postsendungen bereits am nächsten Tag die Adressaten in der Schweiz, Paris, London, Madrid und Lissabon erreichen. In der nächsten Zeit werden über Amsterdam Nachtpostlinien Stockholm—Basel und Stockholm—London eröffnet. Weitere Nachtpost-Linien von Amsterdam nach Brüssel, Paris, Prag und Oslo sind in Aussicht genommen. Es sind Verhandlungen mit den Postbehörden im Gange, damit in Zukunft gewöhnliches Briefporto für diese Postsendungen genügt.

#### DANEMARK

Nach Berichten der europäischen Kohlenvereinigung ist der dänische Kohlenimport im März auf 93 Prozent des Vorkriegsdurchschnitts gestiegen. Die hauptsächlichsten Lieferanten waren Deutschland, USA, Groß-Britannien, Polen und erstmalig auch wieder Belgien.

#### DEUTSCHLAND

In der britischen Zone ist für die *Autoindustrie* ein Produktionsausschuß gebildet worden, der in Zusammenarbeit mit der Militärregierung an der planmäßigen Vorbereitung einer sich steigernden Kraftfahrzeug-Produktion arbeitet. Das Programm ist infolge von Schwierigkeiten bei der Energieversorgung nicht durchgeführt worden. Im ersten Quartal 1946 wurden insgesamt 5039 Kraftfahrzeuge produziert. Die Zahlen für das zweite Quartal liegen uns noch nicht vor, doch zeigt die Produktion von April und Mai eine leichte Erhöhung gegenüber dem Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. In der amerikanischen Zone wurden im ersten Quartal insgesamt nur 405 und im zweiten Quartal 519 Kraftfahrzeuge hergestellt. Dazu kommen noch 246 Motorräder im ersten und 288 Motorräder im zweiten Quartal. Die entsprechenden Zahlen für den Monat Juni zeigen auch hier mit 310 Kraftfahrzeugen und 107 Motorrädern eine gewisse Erhöhung. 1938 wurden im Gebiet der jetzigen amerikanischen Zone monatlich etwa 16 500 Kraftfahrzeuge und 10 000 Motorräder produziert.

Die deutsche *Steinkohlenförderung* im zweiten Quartal 1946 beträgt insgesamt 14 832 000 metr. Tonnen. Davon entfallen auf die englische Zone 12 156 000 metr. Tonnen, auf die französische 1 755 000, auf die russische 612 000 und auf die amerikanische Zone 309 000 metr. Tonnen. Die Förderung im Juni zeigt gegenüber dem monatlichen Durchschnitt keine wesentliche Veränderung.

An *Braunkohle* wurden im gleichen Zeitabschnitt 33 394 000 metr. Tonnen gefördert. (Englische Zone 11 250 000 metr. Tonnen, russische Zone 26 400 000 Metr. Tonnen und amerikanische Zone 744 000 metr. Tonnen).

Die *Rohstahlerzeugung* in der britischen Zone hat sich von 174 000 Tonnen im Mai auf 180 000 Tonnen im Juni erhöht, während die Roheisenerzeugung um fast 4000 Tonnen auf 138 500 Tonnen zurückgegangen ist. Die Walzwerkproduktion ist ebenfalls infolge Kohlenmangels um etwa 3000 auf 148 000 Tonnen gesunken. Im ersten halben Jahr betrug der Ausstoß ca. 1 Million Tonnen Rohstahl und fast 0,9 Millionen Tonnen Roheisen.

#### Das rollende Material der Reichsbahn in der amerikanischen Zone

Gegenüber dem Stand von Güterwagen im Mai ist im Juni eine Abnahme um 11 000 auf 64 122 zu verzeichnen. 4000 unbrauchbare ausländische Güterwagen wurden in die Ursprungsländer zurückgeführt. 7000 Güterwagen befinden sich im Verlauf des normalen Verkehrsbetriebes außerhalb der amerikanischen Zone.

Im Mai wurden 408 Lokomotiven, 9220 Güterwagen und 1701 Personenwagen repariert. Demgegenüber weist der Monat Juni eine Verminderung der Arbeitsleistung auf 345 Lokomotiven, 8962 Güterwagen und 1632 Personenwagen auf. Diese Verminderung ist zum Teil auf das schlechte Wetter zurückzuführen, da verschiedene

Reparaturwerkstätten hauptsächlich unter freiem Himmel arbeiten.

(Berichtigung zu den Angaben im ersten Heft Seite 34. Unter der Rubrik „Das rollende Material der Reichsbahn“ lies „brauchbar“ anstatt „unbrauchbar“.)

Vom 1. August 1945 bis 30. Juni 1946 haben die Vereinigten Staaten für die deutsche Zivilbevölkerung in der amerikanischen Zone Deutschlands ungefähr 726 000 Tonnen Lebensmittel geliefert. Davon stammten 347 000 Tonnen aus Vorräten des amerikanischen Heeres. Seit Ende Januar wurden Lebensmittel direkt aus den Vereinigten Staaten importiert. Von Januar bis Ende Juni wurden 379 000 Tonnen in Bremen den deutschen Zivilbehörden zur Verteilung für die gesamte amerikanische Zone übergeben. Ungefähr 70 Prozent der Gesamtmenge an Lebensmitteln, die von den Vereinigten Staaten bereitgestellt wurden, bestanden aus Brotgetreide, Mehl, Nährmitteln und Keksen.

#### ÖSTERREICH

Im österreichischen *Außenhandel* steht die Schweiz an erster Stelle. Die alliierte Kommission hat im Juni im Verkehr mit allen Ländern Bewilligungen zum Import und Export von Waren im Gesamtwert von 83,35 Millionen Schilling erteilt. Der Außenhandel zeigt dabei ein Aktivum von knapp zwei Millionen. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres ist der Handelsverkehr mit der Schweiz größer gewesen als im gleichen Zeitraum des Jahres 1937. An zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei, während alle übrigen Staaten in weitem Abstand folgen. In der letzten Zeit haben allerdings die Abschlüsse mit Polen, Finnland, Norwegen und Großbritannien zugenommen.

Der *Überschuß an Stromerzeugung* der westlichen Alpenländer ist ein bedeutendes Aktivum für den österreichischen Außenhandel. Die großen Kraftwerke in Vorarlberg erzeugen bedeutend mehr Strom, als für den Verbrauch in Vorarlberg benötigt wird. Die Ill-Werke produzieren derzeit 550 bis 580 Millionen Kilowattstunden jährlich, wovon nur 30 bis 35 Millionen im Lande selbst verbraucht werden. Der Rest geht über die große Sammelschiene etwa zur Hälfte ins Rhein-Ruhrgebiet und zum anderen Teil nach Württemberg. Von den anderen Vorarlberger Kraftwerken, die zusammen 100 Millionen Kilowattstunden erzeugen, werden 15 Millionen nach Bayern exportiert.

Derzeit sind im Rahmen des Alliierten Rates Besprechungen im Gange, mit dem Ziel, für den österreichischen Strom einen Preis in einer stabilen internationalen Währung festzusetzen, auf Grund dessen dann im Kompensationsweg dringend benötigte Güter aus Deutschland bezogen werden könnten. Vor allem wird an Steinkohle gedacht. Doch müßten dann auch für die Kompensationsgüter Preise in einer stabilen Währung festgesetzt werden.

(Die Presse, Wien.)

Der *Jahresproduktionsplan* für die österreichischen *Hütten- und Stahlwerke* sieht eine Erzeugung von etwa 940 000 Tonnen Stahl vor. 500 000 Tonnen sollen von den steirischen Stahl- und Hüttenwerken, 180 000 Tonnen von den früheren Hermann-Göring-Werken und 220 000 Tonnen von den übrigen Stahlwerken erzeugt werden.

Die Produktionsaufnahme für die beiden größten österreichischen Stahlwerke — die *Alpine Montan* in der britischen Zone und die ehemaligen *Hermann-Göring-Werke* bei Linz in der US-Zone — wurde jetzt genehmigt. Beide Betriebe werden als ehemaliges deutsches Eigentum treuhänderisch verwaltet und wahrscheinlich vom österreichischen Staat im Rahmen des Nationalisierungsprogrammes übernommen werden. In den ehemaligen Hermann-Göring-Werken wird außerdem der Gesamtbedarf Österreichs an künstlichem Dünger erzeugt werden.

Nachdem im Monat März im *Ternitzer Werk der Schoeller-Bleckmann-Stahlwerke-A.G.* ein Elektro-Ofen in Betrieb genommen werden konnte, ist es nunmehr den Bemühungen aller beteiligten Kreise gelungen, die Produktion auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ein Siemens-Martin-Ofen mit einer Kapazität von 25 Tonnen wurde in Gang gebracht. Hand in Hand damit ging die Inbetriebnahme einer Blockstrecke sowie einer Stabstahleinstrecke, in denen der Stahl weiterverarbeitet wird. Damit hat in Niederösterreich das erste Walzwerk die Produktion wieder aufgenommen, wobei es sich um die Erzeugung von Stabstahl handelt. Diese Art von Stahl wird in erster Linie zur Herstellung von Werkzeugen sowie von Baustählen verwendet. Wie wir hierzu erfahren, ist die Kontinuität der Produktion durch die Sicherstellung der notwendigen Schrott mengen gewährleistet. Voraussetzung aber ist, daß in der Kohlenzufuhr keine Unterbrechung eintritt.



Ende Juni 1946 ist in den Böhlerwerken in Kapfenberg die Erzeugung von Stahlblech wieder aufgenommen worden. Da das in den Jahren 1939 bis 1943 errichtete moderne Blechwalzwerk abmontiert worden war, sah sich die Betriebsführung veranlaßt, die seinerzeit stillgelegte alte Walzanlage wieder in Betrieb zu setzen. Die Wiederaufnahme der Blecherzeugung soll dabei in drei Abschnitten erfolgen. Die Arbeiten für den ersten Abschnitt umfassen die Vorstrecke und das Fertigtrio. Dementsprechend können jetzt 500-Kilogramm-Blöcke zu Blechen von 3 bis 10 Millimeter Stärke und einer Breite von 1250 Millimeter gewalzt werden. Die Monatsproduktion beträgt 400 Tonnen. Nach Abschluß der Arbeiten für den zweiten und dritten Abschnitt wird die monatliche Produktion auf 1000 Tonnen steigen. Es werden dann auch Mittel- und Feinbleche bis zu einer Breite von 1600 Millimeter hergestellt werden können. Voraussetzung für den Abschluß dieser Arbeiten ist jedoch, daß die im Augenblick fehlenden Maschinen aus der Schweiz oder aus der Tschechoslowakei beschafft werden können.

### ITALIEN

Im Gegensatz zu der nur langsamen Fortschritte machenden allgemeinen Ausfuhr steht das italienische Seidenexportgeschäft im Zeichen eines wesentlich rascheren Aufschwunges. Maßgebend ist hierfür die vor einiger Zeit erfolgte Freigabe von 50 Prozent des Devisenerlöses der Exportgeschäfte. Nach kürzlich durchgeführten Ermittlungen können nun die im ganzen Lande vorhandenen Rohseidenvorräte auf rund 2 Millionen Kilogramm veranschlagt werden. Hierzu kommen noch die von Spekulantengamsterten Vorräte an Grege, die auf 600 000 bis 800 000 Kilogramm veranschlagt werden. Seit dem 23. März, dem Tage der Inkraftsetzung der neuen Exportvalutabestimmungen, sind rund 400 000 Kilogramm Seide nach dem Ausland geliefert worden. Auftraggeber waren dabei die USA. Im allgemeinen handelt es sich dabei um Rohseide, Titer 20/22, für die ein Einheitspreis von rund 22 Dollar pro Kilogramm ab Genua erzielt wird. Der Exporthandel zahlt den Produzenten durchschnittlich 300 bis 305 Lire pro Kilogramm Kokons.

Die Standard-Oil-Gesellschaft von New Jersey ist mit der italienischen Regierung in Unterhandlungen getreten wegen der Gewinnung von Öl in Italien. Olspezialisten glauben, daß mit modernen Methoden und moderner Ausrüstung auch an anderen Stellen als bisher Öl in abbaubarerem Maß gefunden werden kann, so daß das Land fast das von ihm verbrauchte Öl selbst fördern könnte. Vor dem Krieg hatte die Standard-Oil-Gesellschaft in einem auf 2000 ha<sup>2</sup> beschränkten Gebiet geologische Untersuchungen vorgenommen. Dieses Gebiet soll durch die neuen Verhandlungen erweitert werden.

(Baltimore Sun.)

### POLEN

Polen hat bisher mit folgenden Ländern Handelsverträge abgeschlossen: Sowjetunion, Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien, Schweiz, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien. Ferner besteht ein Abkommen mit Frankreich über die monatliche Lieferung von 100 000 Tonnen Kohle und ein weiteres Abkommen mit der russischen Besatzungszone in Deutschland. Z. Zt. laufen Besprechungen mit Frankreich, Finnland und Bulgarien über eine Ausweitung der bisherigen Abkommen. Polen legt auch größten Wert auf enge Handelsbeziehungen mit den angelsächsischen Mächten; Voraussetzung wäre jedoch eine großzügige Kreditgewährung an Polen. Die starke Umgruppierung im polnischen Außenhandel seit der Vorkriegszeit zeigt sich darin, daß Polen heute fast mit allen europäischen und einer Anzahl überseeischer Länder Handelsbeziehungen unterhält, während sich sein Außenhandel früher fast nur auf Mitteleuropa erstreckte.

### TSCHECHOSLOWAKEI

Der wirtschaftliche Zweijahresplan der tschechoslowakischen Regierung, der in seinen Grundzügen bereits von der Nationalversammlung angenommen worden ist und während der Sommermonate in Gesetzesform gegossen werden soll, sieht bis Ende 1948 folgende Produktionsziele vor:

**Hausbau:** Errichtung von 125 000 neuen Häusern und Wohnungen im Gesamtwert von 100 Millionen Dollar. Während des Krieges sind über 220 000 Bauwerke zerstört oder schwer beschädigt worden.

**Brennstoff:** Förderung von 18 700 000 Tonnen Kohle pro Jahr, das sind 17 Prozent mehr als das gegenwärtige Produktionsvolumen, das bereits die höchste Förderungsziffer der Vorkriegszeit um 21 Prozent übersteigt. Förderung von 23 900 000 Tonnen Braunkohle, was eine Steigerung von 21 Prozent gegenüber der jetzigen Förderungs menge bedeuten würde, die bereits um 33 Prozent über dem Vorkriegsstand liegt.

**Elektrizitätswirtschaft:** Erhöhung der Stromerzeugung um 35 Prozent. Die Produktion liegt heute bereits um 40 Prozent über dem Vorkriegsniveau.

**Metalle:** Produktion von 2 200 000 Tonnen Stahl oder 38 Prozent mehr als die augenblickliche Erzeugung, die rund um ein Drittel unter der Vorkriegsproduktion liegt. Produktion von 1 400 000 Tonnen Roheisen, was einer Steigerung von 36 Prozent gegenüber dem jetzigen Erzeugungsstand gleichkommt, der um rund ein Viertel unter dem Vorkriegsniveau liegt. Bei der Verwirklichung dieser Ziele rechnet man mit großen Importen von schwedischem Eisenerz.

**Verkehr:** Die Erzeugung von Lokomotiven und Autos soll im Vergleich zur Vorkriegsproduktion vervierfacht werden. Landwirtschaftliche Geräte: An Stelle von 6000 Traktoren im Jahre 1945 sollen 9000 pro Jahr erzeugt werden.

Die allgemeine Wirtschaftspolitik des Landes, die im Plan ausgedrückt wird, läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Märkte müssen der erhöhten industriellen Produktion erschlossen werden. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wird durch die Preisfestsetzung der Regierung, durch Besteuerung und, falls notwendig, durch Kreditaufnahme hergestellt werden. Eine neue Gesetzesvorlage, durch die das veraltete Genossenschaftsgesetz von 1873 ersetzt werden soll, wird im Parlament eingebracht werden. Diese Vorlage wird die Errichtung einer zentralen Spitzenorganisation der Genossenschaften vorsehen.

Die landwirtschaftliche Produktion soll in einem Umfang erhöht werden, der den Verbrauchsstandard wieder auf das Vorkriegsniveau hebt. Zur Behebung des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wird die Landwirtschaft mechanisiert und insbesondere in der Slowakei elektrifiziert werden.

\*

Von amtlicher Seite in Prag sind jetzt die Ziffern über den tschechoslowakischen Außenhandel im Mai veröffentlicht worden. Danach wurden Waren im Werte von 724,3 Millionen Kronen importiert und Güter im Werte von 927,7 Millionen Kronen exportiert. Auf der Seite der Einfuhrwaren figurieren Rohstoffe und Halbfabrikate mit 323,5, Lebensmittel und Getränke mit 249 und Fertigwaren mit 140,3 Millionen Kronen. Von den Ausfuhrgütern entfallen auf die Fertigwaren 472,6, auf Lebensmittel und Getränke 287 und auf Rohstoffe und Halbfabrikate 167,99 Millionen Kronen. Unter den Lieferländern sind zu nennen Ungarn mit 84, die Sowjetunion mit 82, Bulgarien mit 66, Schweden mit 66, die Schweiz mit 56 Millionen. An der Ausfuhr waren beteiligt die Schweiz mit 174, Österreich mit 128, die Sowjetunion mit 101, Dänemark mit 63, Deutschland mit 56 und Schweden gleichfalls mit 56 Millionen. Berechnungen haben für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres eine Gesamteinfuhr in Höhe von 2435 und eine Gesamtausfuhr in Höhe von 3003 Millionen ergeben.

■

Der empfindliche Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in der Tschechoslowakei spielt eine große Rolle. Allein in Mähren und Schlesien beträgt der Bedarf an Landarbeitern 50 986. Da jedoch noch zahlreiche Plätze heute von Deutschen ausgefüllt werden, die für den allmählichen Abtransport vorgesehen sind, so rechnet man im nächsten Jahr mit einem Defizit von rund 113 500 Arbeitskräften allein in diesem Gebiet. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus dem langsamen Fortschreiten der Mechanisierung in der Landwirtschaft. Der Grund hierfür liegt nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, in den hohen Preisen für Landmaschinen, sondern in dem Rohstoffmangel der Industrie. Die Tschechoslowakei verfügte Ende 1945 über 8000 Traktoren, eine Zahl, die sich durch Eigenproduktion bis Mitte 1946 auf 11 300 erhöht hat. Bei einer Ackerfläche von 6 Millionen Hektar würde die tschechoslowakische Landwirtschaft unter Zugrundelegung eines Schlüssels von 60 Hektar pro Traktor etwa 100 000 Schlepper benötigen. Nach dem vorliegenden Produktionsprogramm soll bis zum Jahre 1950 ein Stand von 50 000 Traktoren erreicht werden. Derzeit ist die Lage so, daß infolge Treibstoffmangels selbst der vorhandene Schlepperpark nur zu 10 Prozent ausgenutzt wird.

(Die Presse, Wien)

■

Im Gegensatz zu den Häfen an der Elbe und Moldau, wo nur geringer Schaden entstand, haben die Anlagen in Preßburg während des Krieges durch Luftangriffe eine schwere Einbuße erlitten. Sie wurden zu drei Vierteln vernichtet. Mittlerweile ist es jedoch gelungen, von insgesamt 16 Kränen 13 wieder instand zu setzen. Von den 38 700 Quadratmetern Lagerfläche sind heute 15 500 Quadratmeter wieder voll benutzbar. Von 25 Behältern zur Einlagerung von Mineralöl mit einem Gesamtinhalt von 10 500 Kubikmetern sind heute Behälter mit einer Gesamtfassung von



7500 Kubikmetern wieder betriebsfähig. Im Zusammenhang mit den Wiederaufbauarbeiten können heute in Preßburg wieder Waren im Gesamtgewicht von 60 000 Tonnen und Erdöl im Ausmaß von 40 000 Tonnen pro Monat umgeladen werden. Im Hafen von Komorn bedarf es nur noch kleinerer Reparaturarbeiten, um zu einem Umschlag von 70 000 Tonnen pro Monat zu gelangen. Für beide Häfen sind im laufenden Jahr 41 Millionen Kronen als Aufwand für Aufbauarbeiten vorgesehen. Demgegenüber hält sich der Kostenvoranschlag für die Reparaturarbeiten in den Häfen an der Moldau und der Elbe in bescheidenen Grenzen. Er sieht einen Aufwand von insgesamt 2,56 Millionen Kronen vor.

#### BULGARIEN

Nach Abschluß der Verhandlungen in Moskau und Warschau hat sich eine bulgarische Delegation nach Prag begeben, um mit der tschechoslowakischen Regierung wegen des Abschlusses eines neuen Handelsvertrages zu verhandeln. Zweck des neuen Abkommens soll es sein, zu einer Erweiterung der bisherigen Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen, die bis jetzt ausschließlich auf privaten Kompensationsgeschäften aufgebaut waren. Daneben sollen Abmachungen wegen des Zahlungsverkehrs und wegen der Zusammenstellung der Import- und Exportlisten getroffen werden. Bulgarien wird in erster Linie Tabak liefern, wogegen die Tschechoslowakei vornehmlich landwirtschaftliche Maschinen beistellen wird.

Der bulgarischen Regierung liegt eine Gesetzesvorlage zur Beschlussfassung vor, die die Errichtung einer bulgarisch-russischen Bergbaugesellschaft zum Gegenstand hat. Die Gesellschaft soll unter Leitung russischer Ingenieure in Bulgarien Bergbau betreiben.

#### RUSSLAND

Die Russen haben Dänemark angeboten, den gesamten verfügbaren Schinken, Butter und Eier für 3 Jahre aufzukaufen. Die Sowjetunion ist bereit, jeden von Dänemark geforderten Preis zu zahlen, unter der Bedingung, daß die dänische Regierung sich

verpflichtet, alle Waren der betreffenden Art, über die noch nicht anderweitig verfügt ist, nach Rußland zu exportieren. Rußland wird im Austausch dafür Ölkuchen liefern. Dieses Angebot kommt zu einer Zeit, da die von Großbritannien geführten Verhandlungen mit Dänemark über Lieferung der dringend benötigten Lebensmittelimporte wegen Unstimmigkeiten in der Preisfrage zum Stillstand gekommen sind.

(New York Times)

Die Sowjetunion steht in Verhandlungen mit Schweden wegen des Aufkaufs der gesamten Produktion an elektrischen Maschinen für die Dauer von 5 Jahren. Das würde für Schweden einen Export von jährlich 84 Millionen Dollar bedeuten, während Rohmaterialien aus Rußland im Werte von nur 27 Millionen Dollar eingeführt werden sollen. Die Differenz müßte durch schwedische Kredite ausgeglichen werden.

Zwischen Rußland und Norwegen wurde ein Austauschgeschäft vereinbart, wonach Norwegen 70 000 Fässer Heringe liefern und dafür 12 000 Tonnen Hafer erhalten soll. Der Transport der Waren soll mit russischen Schiffen durchgeführt werden.

Die 20 000 Millionen Rubel innerrussische Anleihe, die den neuen Fünfjahresplan finanzieren soll, ist die erste Anleihe dieser Art in der Sowjetunion, die völlig auf Lotteriebeiträgen beruht. Die Stücke — vom Nennwert von 25 Rubel an — werden in 20 Jahren fällig und tragen keine Zinsen. Dafür wird ein Drittel der Inhaber im Verlauf der 20 Jahre durch die halbjährlich stattfindenden Ziehungen Prämien bis zu 50 000 Rubel gewinnen können. Die Zeichnungen sind freiwillig. Die Arbeiter zeichnen gewöhnlich mindestens den Lohn von 3 oder 4 Wochen, der in 10 gleichen Monatsraten einbehalten wird. Alle Stücke sind steuerfrei. Zur Zeit haben etwa 60 Millionen Sowjetbürger Wertpapiere aus früheren Anleihen.

## Die wirtschaftliche Bedeutung Triests

Der Ausgang des ersten Weltkrieges hat die Verhältnisse in Triest von Grund auf geändert. Die staatliche Einheit des Hinterlandes zerfiel, die Einheitlichkeit des Rechtes und der wirtschaftlichen Einrichtungen ging verloren, und an die Stelle einer einheitlichen Wirtschaftspolitik traten die Interessengegensätze der Nachfolgestaaten.

Der Hafen von Triest verfügt über ein Gelände von 102 ha und 16,5 km Kais, an denen Schiffe bis zu 10 m Tiefgang anlegen können, daher ist ein Löschen und Beladen von gleichzeitig 12 größeren Schiffen in direktem Umschlag von der Hafenbahn auf das Schiff und umgekehrt möglich. Gut eingerichtete Magazine sind vorhanden, ihre Ausstattung mit mechanischen Lade- und Hebeeinrichtungen und ihr Fassungsraum genügen den derzeitigen Bedürfnissen. Alle den Güterverkehr betreffenden Hafendienste sind in den Lagerhäusern konzentriert. Große Industrieanlagen sind in einer eigenen Zone zusammengefaßt. Sie gestatten eine unmittelbare Weiterverarbeitung von Import-Rohprodukten für den Bedarf des Hinterlandes. In der Industrie Triests nimmt vor allem der Schiffbau, die Öl-, Leder-, Seifen- und Brauindustrie einen großen Raum ein. Triest ist der Ausgangspunkt mehrerer Schifffahrtsgesellschaften und der regelmäßige Anlegeplatz verschiedener Unternehmungen der auswärtigen Schifffahrt, so daß die Verbindung mit den wichtigsten Handelsplätzen gesichert ist. Das moderne Triest verfügt über Flughafen und Rundfunkstation. Bekannt ist auch das schon seit vielen Jahren bestehende astronomische Observatorium und die Wirtschaftswissenschaftliche Hochschule.

Ein Blick auf das statistische Material zeigt, daß im Jahre 1913 der Import und Export des Triester Hafens 3,4 Millionen Tonnen betrug, zehn Jahre später, im Jahre 1923, hatte sich diese Zahl auf 2,1 Millionen Tonnen ermäßigt, um dann im Jahre 1925 eine Umschlagsmenge von 2,8 Millionen Tonnen zu erreichen. Innerhalb der folgenden zehn Jahre blieb diese Zahl für den jährlichen Umschlag so gut wie unverändert. Erst im Jahre 1938 nähert sich die Zahl wieder dem Stand von vor 1914 (Kriegsvorbereitungen des faschistischen Italien).

Welche Stellung Triest im Rahmen der italienischen Großhäfen vor dem ersten Weltkrieg einnahm, geht aus der folgenden Übersicht der Häfen Neapel und Genua und der Adria-Häfen Venedig und Triest hervor.

		Neapel	Genua	Venedig	Triest
		in 1000 t			
Tonnage der ein-	1937	11 437	10 053	5 232	5 677
laufenden Schiffe	1938	11 300	11 240	5 704	5 871
Tonnage der aus-	1937	11 449	10 144	5 245	5 691
laufenden Schiffe	1938	11 309	11 169	5 618	5 814

Über den Anteil Jugoslawiens am Triester Handel schreibt *L'Économie* (4. 7. 1946), daß dieser in den 15 Jahren von 1923 bis 1937 9% betrug, der Anteil Ungarns sogar nur 5%, während die Tschechoslowakei und Österreich zusammen mit 46% beteiligt waren.

Das wirtschaftlich wichtige Hinterland Triests ist, wie *L'Économie* fortfährt, nicht Italien und nicht Jugoslawien, sondern die Gesamtheit Mitteleuropas.

Eine ländermäßige Verteilung der Eisenbahnumschlagszahlen des Hafens Triest aus dem Jahre 1937 ergibt folgendes Bild:

Gesamteisenbahnumschlag	2 210 000 t
davon entfielen auf:	
Österreich	762 000 t
Italien	554 000 t
Tschechoslowakei	436 000 t
Ungarn	170 000 t
Jugoslawien	125 000 t
verschiedene andere Staaten	163 000 t

#### Die Bevölkerung.

Im Jahre 1936 waren von der Einwohnerschaft Triests 80% Italiener gegenüber 20% Jugoslawen. Der Ausdruck jugoslawisch ist nicht ganz zutreffend, denn die Bevölkerung Jugoslawiens besteht aus Serben, Kroaten, Slowenen, Dalmatinern, Bosniaken, Herzegowinern und Montenegrinern, die verschiedene Sprachen sprechen und schreiben. Das Triester Gebiet hat in Wirklichkeit eine gemischte Bevölkerung, in der Italiener und Slowenen seit langer Zeit zusammenleben. In der Stadt Triest selbst befinden sich auch noch geringfügige österreichische, griechische, levantische und andere Minoritäten.

Die Zahl der in der Umgebung Triests und in Istrien wohnenden Slowenen wird nach jugoslawischen Quellen auf 2 Millionen geschätzt. Aus den gleichen Quellen geht hervor, daß nach dem ersten Weltkrieg 600 000 Slowenen und Kroaten unter italienische Herrschaft zu Istrien fielen.



## Johan Huizinga (1872—1945)

*Die Nachricht vom Tode des großen niederländischen Kulturhistorikers Johan Huizinga ist im Fieber der letzten Kriegswochen untergegangen. Die europäische Bedeutung dieses universalen Geistes macht es zur Pflicht, sein Leben und sein Werk eingehender zu betrachten.*

Johan Huizinga wurde am 7. Dezember 1872 zu Groningen geboren. Er entstammte einer Familie, die ihrem Lande schon viele tüchtige Männer, Kaufleute, Gelehrte und vor allem eine Reihe taufgesinnter \*) Prädikanten geschenkt hatte. Mit fünfundzwanzig Jahren promovierte er 1897 an der Universität seiner Vaterstadt mit einer Arbeit über das *altindische Schauspiel*. Er wurde dann einige Jahre Lehrer an der Realschule in Haarlem, setzte aber außerdem seine gelehrten Studien fort und habilitierte sich kurz nach der Jahrhundertwende als Privatdozent für altindische Literatur an der Universität Amsterdam.

Schon in den Haarlemer Jahren hatte ihn eine Neigung zur Historie dazu gebracht, sich auch mit der mittelalterlichen Geschichte des eigenen Landes zu beschäftigen. 1905 veröffentlichte er eine größere Studie über die *Entstehung Haarlems*, die für die Kenntnis des Zusammenhangs niederländischer Stadtrechte und für die Entstehungsgeschichte der mittelalterlichen Städte des Landes von großer Bedeutung war. Noch in demselben Jahre bot man dem jungen Gelehrten die Professur für allgemeine und niederländische Geschichte an der Universität seiner Vaterstadt Groningen an. So wurde der Indologe zum Historiker.

Die Arbeiten der zehn folgenden Jahre in Groningen behandeln vorwiegend niederländische Themen. Neben kleineren Aufsätzen zur friesischen und allgemein-niederländischen Geschichte wird die rechtshistorische Arbeit mit der großen Publikation der *Haarlemer Rechtsquellen* fortgesetzt. Die 300-Jahrfeier der Universität Groningen brachte die Aufgabe, die *Geschichte der Hochschule* im dritten Jahrhundert ihres Bestehens (1814 — 1914) zu schreiben. Universitätsgeschichte ist immer ein Stück allgemeiner Geistes- und Kulturgeschichte. Huizingas kenntnisreiche und lebendige Darstellung aber offenbart eine besonders glückliche Gabe, „das Allgemeine im Einzelnen zu finden und zu empfinden.“ Schon seine indologischen Arbeiten und seine Groninger Antrittsrede („Über den ästhetischen Bestandteil geschichtlicher Vorstellungen“\*\*) 1905) hatten sie ahnen lassen.

Noch gereifter erscheint sie in dem großen Aufsatz im „Gids“ von 1912 „*Aus der Vorgeschichte des niederländischen Nationalbewußtseins*“. (De Gids [= the guide, der Führer] ist die bedeutendste kulturelle Monatsschrift Hollands. Sie besteht seit dem Jahr 1837). Das burgundische Nationalgefühl hat eine eigenartige Geschichte: es hatte sich weder auf eine kulturelle noch eine sprachliche Einheit gründen können; es

haftete allein an der „burgundischen Sache“. Auch zur Zeit höchster staatlicher Machtenfaltung Burgunds blieb es wesentlich ein Gefühl der Anhänglichkeit an die „Partei“ der burgundischen Herzöge, die durch Kampf, Glück und Zufälle mancher Art Herrscher eines großen Reiches geworden waren. Das unmittelbare Dienst- und Treueverhältnis zum Brotherrn, welches hier so besonders deutlich zu Tage tritt, kennzeichnet Huizinga als eine der ursprünglichsten Wurzeln jeglichen Nationalgefühls.

Die ungewöhnlichen Fähigkeiten des Groninger Professors machten ihm in der Wissenschaft seines Landes bald einen Namen. 1915 wurde er als Nachfolger Bussemakers auf den Lehrstuhl für allgemeine Geschichte und historische Geographie nach Leiden, der bedeutendsten Hochschule des Landes, berufen. (Die niederländischen Universitäten kennen nicht unsere Scheidung in alte, mittlere und neue Geschichte; sie trennen nur die allgemeine von der vaterländischen Historie). Ein Jahr später wurde Huizinga ordentliches Mitglied der niederländischen Akademie der Wissenschaften zu Amsterdam. Den Leidener Lehrstuhl bekleidete er bis zu seiner Verhaftung durch die deutschen Besatzungsbehörden (1942).

Das Thema Burgund ließ den Forscher nicht wieder los. 1916 erschien im „Gids“ sein Aufsatz „Über die Kunst der Van Eycks im Leben ihrer Zeit“. Er war die erste Frucht umfassender Studien, die versuchen wollten, die Kunst jener Epoche „besser zu verstehen und sie im Zusammenhang mit dem Leben ihrer Zeit zu erfassen“. Die reiche Ernte dieser Bemühungen brachte sein „*Herbst des Mittelalters*“ (1919). Fast der gleiche Zeitabschnitt, den Jakob Burckhardts „Kultur der Renaissance in Italien“ gestaltet hatte, wird hier für Burgund behandelt. Auch die verwandte geistige Grundhaltung und die Meisterschaft der Darstellung legt den Vergleich mit dem großen Schweizer nahe. Und doch, welch tiefe Unterschiede! Burckhardt zeichnet eine kraftvoll aufstrebende Epoche, Huizinga eine bis ins letzte überfeinerte späte Kultur. In einer Zeit, deren wirkliche Triebkräfte längst an anderer Stelle lagen, spielt die aristokratische Gesellschaft Burgunds in vollendeter Stilisierung ihr selbstvergessenes Spiel mit den mittelalterlichen Idealen des Ritters und des Heiligen, der Liebe und der Askese. Mit dem Klang dieses Spieles mischen sich die grellen Töne der Wirklichkeit zu einer schrillen Dissonanz. Daher die herbstliche Stimmung bitterer Schwermut, auf die schon der Titel des Buches den Leser stimmt. Der Verfasser weiß sehr wohl, daß auch dem burgundischen Zeitalter lebenskräftige Keime zum Neuen nicht fehlen; vor möglichen Täuschungen bewahrt ihn sein feines Gefühl für die Schichtungen des geistigen und sozialen Lebens. Noch weniger will die räumlich eng umgrenzte Arbeit ihre Ergebnisse verallgemeinert, schematisch auf andere Kulturgebiete übertragen sehen. Gerade der feste Rahmen erlaubt, die Erscheinungen bis auf den Grund zu durchleuchten. Ein unmittelbar aus den Quellen geschöpfter unendlicher Stoff wird historisch und psychologisch gleich vortrefflich gestaltet, ja, im wahrsten Sinne neu beseelt. Ton und Farbe, selbst die

\*) Als Taufgesinnte bezeichnet man die holländischen Mennoniten.

\*\*) Im Text werden grundsätzlich alle Titel deutsch wiedergegeben. Ob die betreffende Arbeit ins Deutsche übertragen ist oder nicht, ist aus der Bibliographie, die als Sonderdruck erscheinen wird, zu ersehen.



Schwebungen der geistigen und seelischen Atmosphäre jenes Zeitalters sind eingefangen. Wie jede bedeutende Leistung eines Geschichtsschreibers ist das Buch über seinen eigentlichen Gegenstand hinaus eine Quelle allgemeinen historischen Verständnisses überhaupt. Was hier über die Sehnsucht nach schönerem Leben, über den Traum von Heldentum und Liebe, über Frömmigkeitstypen, religiöse Erregung und Askese, über das Bild des Todes gesagt ist, das wird „so aus dem Grund des Menschlichen gedeutet, daß zugleich parallele Situationen der früheren und der späteren Zeit Licht empfangen“ (Joseph Bernhart). Das Buch ist ein Markstein der Kulturgeschichtsschreibung; es hat den europäischen Ruf des Leidener Historikers begründet.

Die Weite dieses Geistes aber umfaßt mit gleicher Sicherheit auch Kulturprobleme der Gegenwart. Nach einem längeren Amerika-Aufenthalt veröffentlichte Huizinga 1918 zwei Schriften über Kulturfragen der neuen Welt: „*Leben und Denken in Amerika*“, und „*Mensch und Masse in Amerika*“. Hier meint man „das Wesen des amerikanischen Geistes unmittelbar zu empfinden“. Das zunehmende Eindringen des mechanischen Elementes in die Geistesarbeit, welches Huizinga damals in der amerikanischen Wissenschaft beobachtete, erkannte er als eines der kommenden zentralen Probleme geistigen Lebens überhaupt.

Für amerikanische Studenten hat Huizinga wenige Jahre später das Lebensbild seines Landsmannes *Erasmus von Rotterdam* gezeichnet. Dieses „europäische Buch über einen wahrhaft europäischen Gegenstand“ (Werner Jaeger) hat rasch auch den Weg zu den Völkern der alten Welt gefunden. Persönlichkeit und Schicksal des großen Humanisten sind mit Sorgfalt und Hingabe, mit bewunderungswürdiger Einfühlung und fester Linienführung dargestellt. Was aus der unendlichen Zahl der Briefe für die Erkenntnis des Menschen Erasmus herausgeholt wird, ist auch „für den Erasmuskenner eine Überraschung“. Die Abschnitte über Geist und Charakter des Rotterdammers, in denen das Buch gipfelt, sind ein Meisterstück in der Analyse einer komplizierten seelischen Struktur.

Werner Jaeger hat „sowohl den scharfen Blick für das Physiognomische wie die völlige Abwesenheit jedes Enthusiasmus, der die feineren Konturen verwischen könnte“, Huizingas holländisches Erbteil genannt. Diese Züge machen gerade seine biographischen Studien so anziehend. Das gilt von der „mit dem Organ bewegter Bewunderung“ aufgefaßten Figur der *heiligen Johanna* (1925), es gilt ebenso von dem physiognomisch und psychologisch gleich vollendeten Bildnis *Philipps des Guten*. Die Reihe biographischer Miniaturen, die von einigen *prägotischen Geistern* des zwölften Jahrhunderts über *Hugo Grotius* bis zu dem französischen Romantiker *Aloysius Bertrand* führt, offenbart die geistige Weite und unerhört reiche Entfaltung dieses Schaffens. Das Lebensbild des zeitgenössischen niederländischen Malers und Kunsthistorikers *Jan Ueth* setzt die Linie bis zur Gegenwart fort.

Huizinga ist der Meister der kleinen Form. Der Essay, der Vortrag, welche beide ein Thema aus der Welt der Geschichte im kleinen Rahmen vollendet auszuformen gestatten, liegen ihm besonders nahe. Es ist kein Zufall, daß viele seiner größeren Werke, der „*Herbst*“, der „*Erasmus*“, die beiden Amerika-bücher so locker komponiert sind, daß ihre einzelnen Kapitel wie Variationen eines Themas, in sich selbst geschlossen, nebeneinander stehen.

Weder Weite des Geistes noch wachsender Ruhm haben Huizinga zum Vielschreiber gemacht. Er wahrte, — um mit Reinhold Schneider zu sprechen — „eine der wichtigsten und in unserer Zeit am seltensten erfüllten Voraussetzungen schriftstellerischen Berufes: die Ruhe beim Schreiben.“ Immer wieder hat er längst Veröffentlichtes hervorgeholt, es sachlich

und formal neu durchgearbeitet. Nicht selten sind kleine Vorträge oder Studien Keime zu größeren Arbeiten geworden: man denke an „*Im Schatten von morgen*“ und „*Homo ludens*“.

Nie überstrahlt Huizingas hohe Kunst der Darstellung die geschichtliche Erscheinung. Immer bleibt die Form von der Sache bestimmt. Gerade das scheinbar Äußerliche, die Gestaltung der Sprache, der Rhythmus der Gedankenführung lassen oft einen Sinn, eine Stimmung spürbar werden. Das unbedingte Bewußtsein dieser Verantwortung der Form vor der Wahrheit ist, wie Richard Koebner treffend formuliert hat, „ebenso sehr ein wissenschaftlicher wie ein künstlerischer Zug.“ Huizinga hat scharfe Worte gegen die historische Belletristik gefunden. Die Völlendung der Form läßt den Leser die Mühe des Forschers leicht vergessen; gerade die Stimmungseinheit von Inhalt und Darstellung sollte ihn aber daran erinnern, daß sich hier in seltenem Maße Gelehrter und Künstler ergänzen.

\*

Der Überblick über die weiteren Arbeiten Huizingas möge nun in sachlicher, nicht in streng zeitlicher Ordnung folgen. Viele von ihnen behandeln Probleme und Gestalten der westeuropäischen Geschichte. Ein Aufsatz „*Burgund — eine Krise des romanisch-germanischen Verhältnisses*“ (1933) setzt die burgundischen Studien fort; der ältere Gids-Aufsatz „*Aus der Vorgeschichte des niederländischen Nationalbewußtseins*“ erscheint 1933 in einer völlig neuen französischen Fassung.

Andere Arbeiten behandeln die Stellung der Niederlande in Europa. Ausgehend von der Eigenart des Landes („*Niederländische Geistesart*“ 1934) untersuchen sie seine „*Mittlerstellung zwischen West- und Mitteleuropa*“ (1933) oder — in umgekehrter Fragestellung — das englische Urteil über die Holländer („*Engländer und Niederländer in Shakespeares Zeit*“, den „*Einfluß Deutschlands auf die niederländische Kultur*“ (1925).

Auch zu seinem wissenschaftlichen Ausgangspunkt, der vaterländischen Geschichte im engeren Sinne, kehrte Huizinga immer wieder zurück. Von zahlreichen Arbeiten sei hier nur seine aus drei Kölner Vorträgen erwachsene Schrift „*Die holländische Kultur des siebzehnten Jahrhunderts*“ (1933) angeführt.

Ein frühmittelalterliches Gegenstück zum „*Herbst*“, ein geplantes Werk über den Geist des zwölften Jahrhunderts, blieb leider unausgeführt. Aus Vorarbeiten formte Huizinga die Pariser Vorträge (1930) „*Trois Esprits prégothiques*“ (Abälard, Johan von Salisbury, Alanus von Lille). Einzig die „*Verknüpfung des Theologischen mit dem Literarischen bei Alanus*“ wurde in einer größeren Akademieabhandlung (1932) eingehend untersucht.

Auf ein ganz anderes Arbeitsfeld führen Studien zur Renaissance und zum Humanismus. Huizingas kritische Auseinandersetzung mit dem überkommenen Renaissancebegriff („*Das Problem der Renaissance*“ 1920) erwuchs aus seiner Arbeit am „*Herbst des Mittelalters*“. Die seit Burckhardt geläufige Verknüpfung der Begriffe „Renaissance“ und „moderner Geist“ hat nach Huizinga dazu verführt, jedes Neue, Bedeutende im Mittelalter als Vorläufer der Renaissance anzusprechen und so aus seinem natürlichen Mutterboden zu lösen. Hier spüren wir besonders deutlich die Abneigung des Holländers gegen alle großen begrifflichen Synthesen, seine behutsame Ehrfurcht vor den gewachsenen Lebenseinheiten der Vergangenheit. Ein Aufsatz „*Renaissance und Realismus*“ (1929) setzt sich vornehmlich mit der Geschichte der Kunsttheorie auseinander.

Im Erasmus-Gedenkjahr 1936 entstanden einige kleinere Studien über Erasmus. In der Abhandlung „*Erasmus über Vaterland und Nationen*“ und in der schönen *Erasmus-Ge-*



Enkrede vom Basler Münster spricht schon der große Kulturkritiker der letzten Jahre.

Es wäre seltsam, wenn ein so weiter, auf das Allgemeine gerichteter Geist nicht auch über die Grundbegriffe seines Faches, die Fragen der Geschichtstheorie, der historischen Methode, der Geschichtsschreibung nachgedacht hätte. Seit einer Groninger Antrittsrede („Über den ästhetischen Bestandteil geschichtlicher Vorstellungen“, 1905) beschäftigten ihn solche Themen immer wieder („Über historische Lebensideale“ 1915, „Aus der Geschichte des Wortes Mittelalter“ 1921, „Naturbild und Geschichtsbild im achtzehnten Jahrhundert“ 1934, „Über eine Formverwandlung der Geschichte“ 1941).

Mit der heutigen geschichtstheoretischen Problematik setzt sich sein Aufsatz „Aufgaben der Kulturgeschichte“ (1925) auseinander, von dem seit 1934 eine neue systematischere Fassung („Studien zur Theorie und Methode der Geschichte“) vorliegt. Dazu kommen die wenigen, aber inhaltsreichen Seiten seiner „Definition des Begriffs Geschichte“ (1929).

Huizinga hat es gelegentlich eine spezifische Neigung des niederländischen Geistes genannt, mehr in Anschauungen als in Begriffen zu denken. Dieser Zug scheint bei ihm selbst bewußt ausgeprägt. Geschichte ist ihm Formenlehre, Morphologie der Vergangenheit. Sie ist aber nicht Formung dieses oder jenes Vergangenheitsinhaltes schlechthin, sondern geistige Form, nämlich die Aussage „einer Kultur“ über ihre „Vergangenheit“. Ihr Wesen umschließt also eine betändige Auseinandersetzung zwischen Jetzt und Einst. Jede Kultur treibt Geschichte „nach ihrem besten Wissen“. Wir Heutigen haben also „nicht mehr das Recht, kritisch zu sein. Wir können die strengen Anforderungen, welche die uns gegebene kritische Methode an wissenschaftliche Beweise stellt, nicht preisgeben, ohne zugleich das Gewissen unserer Kultur und jedes einzelnen historischen Denkers zu verleugnen. Der Dienst der Wissenschaft kann keinen anderen Normen als denen der höchsten erreichbaren Vernünftigkeit und des innersten Gewissens unterworfen sein. Diese Unterwerfung gilt nur den allerhöchsten Werten. Sie bezieht sich nicht auf vergängliche Machtsysteme, so lautlich diese auch auf unsere vitalsten Triebe berufen mögen“ (1934).

Huizinga verurteilt jede weltanschauliche Mythologisierung der Geschichte, aber auch jede belletristische Verachtung, die Subjektivität oder Intuition an den Ausgangspunkt historischer Erkenntnis setzen möchte. Wie für Jakob Burckhardt hat auch für ihn Geschichtsforschung die hohe Aufgabe „nicht sowohl klug (für ein andermal), als weise (für immer)“ zu machen.

Die besonderen Schwierigkeiten der Kulturhistorie liegen in der großen Unbestimmtheit des Begriffes Kultur. „Obwohl das Phänomen einer Kultur ... für uns eine Wirklichkeit ist, die irgendwann einmal bestanden hat oder noch besteht, bleibt ‚Kultur‘ eine Abstraktion, eine von uns gegebene Bezeichnung für einen historischen Zusammenhang“. Unser Wunsch, jede Kultur zu objektivieren, sie als Wesenhaftes, als historisches Ganzes anzusehen, bleibt „durch die Beschränktheit unseres Denkvermögens und unserer Ausdrucksfähigkeit stets unbefriedigt“. Sie wie Spengler als mystische Größe mit Eigenleben anzusehen, lehnt Huizinga als einen Einbruch der Mythologie in die Wissenschaft ab.

Das ausgeprägte Gefühl des Historikers Huizinga für das Anschauliche, Einmalige, den besonderen Stimulierungswert jedes vergangenen Geschehens muß die Geltung historischer Gesetze leugnen. „Man erklärt keine historischen Ereignisse, so wie man einen Vorgang in der Natur erklären

kann. Höchstens lernt man sie ein wenig verstehen. Ursachen gibt es für den Historiker kaum, höchstens Bedingungen.“

Aus seiner im Innersten ethischen Haltung heraus muß der Mensch Huizinga jeden umfassend deterministischen Standpunkt bekämpfen, „der allzu leicht von Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit im Geschehen zu sprechen geneigt ist, wenn das niemals entwirrbare Ganze der kausalen Beziehungen für unseren begrenzten Verstand zu unübersichtlich geworden ist“. Es ist ein „unbegründetes und unhistorisches Urteil, wollte man den Konflikt zwischen Staaten und Volksgruppen als Schicksalsfügung auffassen, die durch die Weisheit und Güte der Menschen nicht hätte verhindert werden können. Die Bestrebungen, die der Erforscher historischer Tatsachen als letzte Triebkraft des Geschichtsverlaufes gewahren wird, werden zum weitaus größten Teil an der Dummheit und Bosheit des Menschengeschlechtes liegen, auch wenn die Geschichtsbücher von Genie, ungezügelter dynamischer oder dämonischer Tatkraft oder ähnlichen, allgemein üblichen Interpretationen historischer Größe sprechen. Die Lehre des Christentums war sich stets bewußt, daß Hochmut und Herrschsucht die Impulse des Menschengeschlechtes sind.“

Längst war der Historiker Huizinga in die vordere Reihe der europäischen Geister getreten. Zahlreiche Übertragungen hatten seine bedeutendsten Arbeiten bekannt gemacht. Der deutsche Leser schuldet seinem Huizinga-Übersetzer, dem Basler Professor und Erasmusforscher Werner Kaegi, besonderen Dank. Sicherheit und vollendete Kunst des Wortes geben Kaegis Übertragungen die Kraft von Originalen.

Die holländische Heimat ehrte Huizinga durch Berufung zu zahlreichen gelehrten Aufgaben. Der „Maatschappij der Nederlandsche Letterkunde“\*) und der „Vereeniging voor de uitgave van Hugo Grotius“ stand er lange Jahre vor. 1929 wurde er Vorsitzender der geisteswissenschaftlichen Abteilung der niederländischen Akademie der Wissenschaften; 1933 Präsident der Akademie. Im gleichen Jahre bekleidete er das Rektorat in Leiden.

Als Vorsitzender der „Commission interuniversitaire pour les relations internationales“ und als Mitglied der Kommission für geistige Zusammenarbeit beim Völkerbund mühte er sich um die Verständigung der Geister und um die Schaffung einer Atmosphäre wirklichen Vertrauens.

Das feine Sprachgefühl des gebildeten Niederländers befähigte ihn, sich in den großen europäischen Kultursprachen geläufig auszudrücken, ja in ihnen zu schreiben. Viele seiner Studien sind ursprünglich nicht in seiner Muttersprache aufgezeichnet; er hat sie vor einem internationalen Forum, in Deutschland, Österreich, der Schweiz, England, Frankreich oder Spanien zum ersten Male vorgetragen.

Am Vorabend des verhängnisvollen 30. Januar 1933 sprach Huizinga in der Berliner Universität über das Thema „Burgund — eine Krise des romanisch-germanischen Verhältnisses“. Die Ereignisse in Deutschland, die Ausschweifungen eines zügellosen Nationalismus überraschten ihn nicht, wenn auch ihre Heftigkeit ihn erschreckte. Längst waren dem prüfenden Auge des Kulturhistorikers die tiefen Risse in dem scheinbar so sicheren Bau der modernen Kultur sichtbar geworden. Längst hatte er im Schatten einer immer größeren technischen Vervollkommenung „die ewigen Schwächen der menschlichen Seele: Unreife, Aberglauben und Unlauterkeit“ erschreckend heranwachsen sehen. Jetzt brachen sie offen

\*) Gesellschaft für Niederländische Literatur. „Letterkunde“ umfaßt im Holländischen zugleich die Literaturwissenschaften, ja kann eine noch weitere Bedeutung annehmen, die sich etwa den Begriffen Geisteswissenschaften, Kulturwissenschaften nähert.



hervor. Als ihre Einfallstore bezeichnet er Puerilismus und Nationalismus; den Puerilismus als Rückfall des übermechanisierten Geistes in barbarische Unreife, den Nationalismus als die Karikatur einer an sich gesunden und natürlichen Anhänglichkeit an das Heimatland.

Nun hatte die Krankheit das Zentrum Europas ergriffen. Diese Zeit brauchte nicht so sehr den Erforscher und Gestalter der Vergangenheit, sie erforderte den Arzt, den Mahner zur Besinnung auf die gesunden, längst verlassenen Grundlagen ihrer Kultur. Dem inneren Rufe folgte der Sechzigjährige ohne Zögern: der Kulturhistoriker wurde zum Kulturkritiker.

Maßvoll und besonnen, ohne Pathos und Haß, aber mit dem gerechten Eifer für die gute Sache, ging er an seine Aufgabe. Sein „Brief an Julien Benda“ (1933), sein Buch „Im Schatten von morgen“ (1935) sind die Marksteine auf dem neuen Wege. Daß die fiebergeschüttelte Zeit auf seine ruhige Stimme nicht gehört hat, daß sie ihren selbstgewählten Weg ging bis zum bitteren Ende, nimmt seinen Worten nichts von ihrem Wert. Am wenigsten für uns heute.

Tiefer als viele andere sah Huizinga die im Grunde sittliche Natur des Makels unserer Zeit. Er kannte den Menschen. „Der Mensch als einzelner ist oft nicht schlecht. Er bleibt, wie er stets war: klein und eitel, aber unerhört scharfsinnig, mit schwachem Hang zum Guten und einer hohen Vorstellung von der eigenen Persönlichkeit. Als Individuum ist er oft anständig, ehrlich, tapfer, zuverlässig. Als Mitglied einer Gemeinschaft ist er meist viel schlechter. Das Kollektiv entbindet ihn von Entscheidungen nach seinem eigenen Gewissen. Je stärker er in seiner Gemeinschaft steht, desto mehr wird er in die Fehler der Masse verfallen: Grausamkeit, Intoleranz, Sentimentalität, Formlosigkeit.“

Die blinde Unterwerfung des Menschen unter den Staat wurde zum besonderen Verhängnis, seit dieser Staat selbst die absoluten und unwandelbaren sittlichen Prinzipien negierte, welche „eine Gerechtigkeit über all dem verkündigen, was Staat, Nation, Politik heißt. Es gilt, den lästerlichen Glauben an eine Moral auszumerzen, die dem Interesse eines Volkes oder einer Klasse untergeordnet sei. Es gilt, den elenden Verkünder des Grundsatzes zu beschämen, daß Staaten sich nicht nach einer allgemeinen Moral zu betragen hätten.“

Daß solche Worte in autoritären Staaten nicht gerne gehört wurden, liegt auf der Hand. Der Gelehrte, der ohne Scheu die ewige Geltung des Augustin-Wortes verkündete „Quid sunt regna sine iustitia nisi magna latrocinia“, wurde von den deutschen Gewalthabern verfehmt, seine Schriften unterdrückt, zum Teil verboten. Selbst seine rein gelehrten Arbeiten waren im Dritten Reich unerwünscht.

Neben dem Kulturkritiker Huizinga kam aber immer wieder der Historiker zu Wort. Ihn mußte es reizen, die beiden großen Symptome des Kulturverfalles, Nationalismus und Puerilismus, auf ihre gesunden und normalen Wurzeln zurückzuführen und diese zu untersuchen. Seine umfangreiche Studie „Patriotismus und Nationalismus in Europa“ (1940) bedeutet den Abschluß und Höhepunkt seiner 1912 begonnenen Arbeiten zur Geschichte des Nationalgefühls.

Neue Gebiete erschließt der „Homo ludens“ (1942), eines der persönlichsten Bücher des reifen Huizinga. Hier wird das Spiel in seiner allgemeinen und universalen Bedeutung als eine der großen Wurzeln der Kultur gezeigt. Huizinga überblickt ein unendliches Beobachtungsfeld, das sich von den archaischen Kulturen bis ins moderne Alltagsleben erstreckt. Die Entartung unseres Zeitalters zeigt sich auch im Spiel: es kann nicht mehr richtig spielen. Erst die freiwillige Selbst-

begrenzung durch die Regel macht das Spiel zur kulturschaffenden Funktion, erst sie erhebt den Menschen über das Tier.

Als Huizinga seine Untersuchungen über Nationalismus und Patriotismus im Studium generale der Universität Leiden 1940 zum ersten Male vortrug, war der zweite Weltkrieg hereingebrochen, wenn er auch die Niederlande noch nicht ergriffen hatte. Der „Homo ludens“ erschien schon unter der deutschen Besetzung. Wenig später, bei einer der vielen Verhaftungen führender Persönlichkeiten des Landes, wurde auch der inzwischen siebzigjährige Huizinga als Geisel gefangengesetzt. Deutsche Persönlichkeiten, die diese Maßnahme als besondere Schmach empfanden, wußten eine schwedische Intervention herbeizuführen, die dem Gelehrten die Befreiung aus der Haft brachte. Nach Leiden durfte er jedoch nicht mehr zurückkehren. Seine Schkraft war gemindert, seine körperliche Beweglichkeit beeinträchtigt. Fern von seinen Büchern mußte er die letzten schweren Jahre seines Lebens in De Geest verbringen. Dort schrieb er 1943 sein letztes Werk, das erst nach seinem Tode (1945) veröffentlicht werden konnte.

In dem schmalen Bande spricht die ruhige Stimme des großen Gelehrten noch einmal, zum letztenmal, zu einer „Gemarterten Welt“ („Geschonden wereld“ ist der niederländische Buchtitel). Sie spricht in erschütternder Unmittelbarkeit. Sie weckt keine trügerischen Hoffnungen. Niemand weiß besser als Huizinga selbst, daß dem fortschreitenden Kulturverfall „dieses bittersten aller Jahrhunderte, das sich in einer beispiellosen Agonie seiner Mitte nähert“, kein leichtfertiger Optimismus steuern kann. Die weise Nüchternheit Huizingas will abschätzen helfen, was aus den Trümmern der Katastrophe noch als Baustein zum Wiederaufbau dienen kann.

Wesentlich erscheint ihm die Wiederbeseelung der Menschheit mit dem Geiste wirklichen Vertrauens. Die Voraussetzung jeden Vertrauens — zwischen den Staaten und zwischen den Individuen — ist die Wiedereinsetzung jener ewigen Normen, die eine Gerechtigkeit über all dem verkündigen, was Interesse, Volk, Staat oder Politik heißt. Erst wenn das zerstörte Recht wieder hergestellt sein wird, werden die Völker der Zukunft nicht als „eine Horde räuberischer Individuen“, sondern als wirkliche Kulturgemeinschaft entgegengehen. Das gleiche gilt für den Einzelnen. Die Genesung der Kultur fordert von jedem die Umkehr, die das Evangelium in den Worten ausspricht: „Ihr müßt von neuem geboren werden“.

Das Ende des Krieges hat Huizinga nicht mehr erlebt. Er starb nach dem furchtbaren Hungerwinter seines Landes fast dreieinsechzigjährig, am 1. Februar 1945.

Im Selbstgespräch, so erzählt Huizinga einmal, habe er Jakob Burckhardt zuweilen den weisesten Geist des neunzehnten Jahrhunderts genannt. Er selbst hat, wie kein Zweiter, Burckhardtschen Geist in unserem Jahrhundert verkörpert. Wie der große Schweizer war er mehr als ein bedeutender Geschichtsschreiber der Kultur, er wurde ihr lebendiges Gewissen. Huizinga war keine kämpferische Natur, um des Kampfes willen, er war zum Betrachter geboren. Aber in der entscheidenden Stunde der Bedrohung scheute er als Gelehrter und als Mensch den Kampf nicht. Unbekümmert um Gunst oder Haß hat er die blind angebeteten Idole der Zeit falsche Götter genannt und zur Besinnung auf die höchsten Güter wahrer Kultur gerufen, „die von Ordnung, Gesetz und Recht handelt und die Barbare ausschließt“. Er wurde damit zum Anwalt aller der Menschen, die er im Schlußabschnitt seines letzten Buches unsere tiefste Hoffnung auf die Wiedergenesung der Kultur genannt hat. Es sind jene, „in denen ein Bedürfnis nach Recht, ein Sinn für Ehrlichkeit und Freiheit, für Vernunft und



Treu und Glauben lebendig ist. Diese Menschen sind nicht unter dem Begriff Demokraten, Sozialisten oder einem sonstigen Schema zu erfassen. Bezeichnen wir sie lieber mit einem Wort weit edleren Klanges, als er irgendeiner politischen Kategorie eigen sein kann, und nennen sie die Menschen guten Willens, „homines bonae voluntatis“, wie die Vulgata

es ausdrückt. Es sind die Menschen, denen in der Weihnacht das „In terra pax“ gesungen sein wird.“

(Der vorstehende Aufsatz wird mit einer auch kleinere Aufsätze Huizingas umfassenden vollständigen Bibliographie als Sonderdruck in der Reihe der Schriften des Europa-Archivs erscheinen).

## Die Geschichte des Jazz

Seit das Phänomen „Jazz“ vor etwa fünfzig Jahren in Amerika und vor rund dreißig Jahren in Europa aufgetaucht ist und sich, einer Springflut ähnlich, verbreitet hat, sind die erregten Debatten über diese neue Art der Musikausübung nicht verstummt. Kann man Jazz überhaupt als „Musik“ bezeichnen? Wo stammt er her, wie hat er sich entwickelt? Welche Zukunft wird er in Amerika und in Europa haben? Hat er überhaupt eine Zukunft oder ist sein Höhepunkt schon vorüber? Die Antworten, die von Jazz-Fanatikern und -Feinden hüben und drüben gegeben werden, sind so mannigfaltig wie die Fragen. Von erbitterter Ablehnung bis zur hemmungslosen Begeisterung sind alle Meinungen vertreten. „Jazz ist eine Form des musikalischen Lasters, entstanden in den Slums von New-Orleans... Wir sollten es zu einem Punkt der bürgerlichen Ehre machen, ihn zu unterdrücken“, ist etwa in „Times-Picayune“ von 1918 zu lesen. „Jazz ist auf dem Wege, die Musik der Welt zu werden“ schreibt enthusiastisch fünfundzwanzig Jahre später der belgische Rechtsanwalt und Jazzspezialist Robert Goffin. „Es ist kein Anzeichen vorhanden, daß der Jazz die amerikanische Kunstmusik der Zukunft sein wird“, steht sachlich in dem neuen Harvard Dictionary of Music zu lesen. Wie die Einstellung bei dem Einzelnen sein mag, als Tatsache steht fest, daß die Ablehnung allein in Amerika wie in Europa die Welle dieser geschmähten und gepriesenen neuartigen „Volksmusik“ nicht zum Verebben bringen konnte, und daß sich im Laufe der Zeit bedeutende Vertreter der seriösen Musik ernsthaft mit Erscheinungsform und Wesen des Jazz beschäftigt haben. Dvořák mit seinen in der „Neuen Welt“ empfangenen musikalischen Anregungen ist ihnen beinahe noch zuzurechnen. Debussy schrieb schon 1908 einen Cakewalk (Golliwog's Cakewalk in Children's Corner), Ravel und Hindemith benutzten in Kammermusikwerken Tanzformen der Jazzmusik (Shimmy, Ragtime, Blues). Milhaud ließ sich in zwei Balletten („Die Erschaffung der Welt“ und „Der Ochse auf dem Dach“) von Jazzrhythmen inspirieren. Strawinskij insbesondere hat ein lebhaftes Interesse für die rhythmischen, harmonischen und koloristischen Effekte der Jazzmusik bekundet. Der diabolische Ragtime in der „Geschichte des Soldaten“ und der eigens für Jack Hylton komponierte „Ragtime für elf Instrumente“ sind ein Zeugnis dieser Studien. Schließlich ist die viel diskutierte Figur des Negers Jonny aus Ernst Krenek's Oper „Jonny spielt auf“ (1927) manchem noch in Erinnerung. Der Abstand von fast zwanzig Jahren hat diesen Versuch, den Jazz auf die Opernbühne zu bringen, zumindest in Europa als ein überholtes Experiment erwiesen. Die Kunstmusik ist diesen Weg nicht weiter gegangen. Dennoch bleibt es für Forschung und Kritik nicht uninteressant festzustellen, inwieweit die Jazzmusik mit ihrer starken Vitalität und ihrer durchaus neuartigen Rhythmik auch der ernsten Musik fruchtbare Anregungen zu geben vermag. Eine ähnliche Absicht verfolgte vor rund zwanzig Jahren vermutlich auch Bernhard Sekles, als er am damaligen Dr. Hochschen Konservatorium in Frankfurt am Main eine heftig umkämpfte und bald wieder aufgelöste Jazzklasse einrichtete.

Die Erinnerung an den Einzug des Jazz in Europa kurz

nach dem ersten Weltkrieg ist an mannigfache Bilder geknüpft: die ersten schwarzen und weißen Jazzbands, die in London, Brüssel, Paris, Berlin zu sehen und zu hören waren, Akrobaten auf ihren Instrumenten, in Fräcken, Zylindern oder tollen Verkleidungen spielend, mit riesigen, weißgefärbten Mündern zu den dunkeln Gesichtern; Josephine Baker, die farbige Tänzerin, die in Paris zu dieser anfangs völlig phantastisch wirkenden Musik sang und tanzte; die Mistinguette, die die ins Französische übersetzten Songs zu durchschlagenden Erfolgen machte; „Kitten on the Keys“, der Klavierschläger, der anfangs der zwanziger Jahre außerordentlich kühn wirkte; Shimmy, Charleston, Black Bottom, die schnellebigen Modetänze jener Zeit. Dann die großen Tanz- und Konzertorchester von Paul Whiteman und Jack Hylton, die mit ihrer artistischen Kunstfertigkeit alles übertrafen, was man bisher zu hören gewohnt war und ganz Europa bis in die Sowjetunion hinein mit den stoßenden Rhythmen und den lärmenden, mitunter schon kräftig sentimental, aber immer mitreißenden Klängen der neuen Musik erfüllten. Das war für den europäischen Kontinent noch neu. Später wurden die kleinen und großen Jazzbands mit den Spielern in den gutsitzenden Anzügen ein gewohntes Bild für alle Arten von Tanz- und Vergnügungslokalen in den Großstädten. Sie blieben es auch in Deutschland in den Jahren, als die neuesten Arten des Jazz, wie etwa der Swing, verboten wurden, und die städtische Jugend zweifellos trotzdem, wie immer man dazu stehen mag, über die Entwicklung der Jazzmusik unterrichtet blieb. Die erstaunliche Vitalität dieser Musik ist nicht zu bestreiten. Fraglich ist freilich vom europäischen Standpunkt aus, ob sie sich in der bislang gebräuchlichen Form als der Psyche dieses Kontinents angemessen erweisen wird, oder ob sie etwa in der Assimilierung mit den alten europäischen Musikkräften zu einer neuen Art der „Volksmusik“ heranwachsen kann.

Die Geschichte dieses jungen, rasch emporgeschossenen Sprößlings der Musik wird in einer schon verhältnismäßig umfangreichen, meist amerikanischen Literatur behandelt. Der bereits genannte Robert Goffin, einer der besten Kenner des Jazz, hat sie in seinem Buche „Jazz“ (1943 in New York erschienen) sehr eingehend dargestellt. „Vom Kongo bis zur Metropolitan“ wird hier eine Entwicklung aufgezeichnet, die nicht nur in musikalischer, sondern auch in ethnologischer und soziologischer Hinsicht von Interesse ist. Der Jazz, oder wie er anfangs hieß: der Ragtime, stammt freilich unmittelbar aus recht niedrigen Bezirken: Aus den „Red light Districts“ von New Orleans, wo er um 1880 herum aufkam; daher auch die Ablehnung, die ihm lange in Amerika und Europa zuteil wurde. Seine Wurzeln aber reichen tiefer. Sie führen zu den Negertänzen des Kongo, zu „Voodoo, Calinda und Bamboula“, den Tänzen des afrikanischen Dschungels, die die Negersklaven des achtzehnten Jahrhunderts mit nach Amerika brachten. (1712 kamen die ersten Sklaven nach New Orleans). Sie behielten ihre Musik bei, ihre primitiven, ekstatisch wirkenden monotonen Rhythmen, ihre melancholischen, von Heimweh erfüllten Melodien. In den „Spirituals“ und den Liedern, die sie zur Arbeit sangen, auf den Baum-



wollfeldern bei der Ernte, beim Wassertragen und Steinklopfen und in den Docks von New Orleans. Allmählich mischten sich Elemente der „weißen“ Musik der ihren bei: Volkslieder und Tänze der Franzosen und Spanier, die abwechselnd den Süden der Staaten beherrschten, Quadrillen, Mazurkas, Polkas und Märsche. Sie wurden in merkwürdiger Weise abgewandelt, gleichsam in ihre Bestandteile aufgelöst durch den beweglichen, verschobenen „synkoptierten“ Negerhythmus, der den schwachen Takteil statt des starken betonte und eine Vielzahl von Rhythmen nebeneinander gestattete.

Es kam der Bürgerkrieg und die Negerbefreiung. Von 1850 an waren Maskeraden und Umzüge in New Orleans im Schwange, zu denen die Neger ihre wilde, aufreizende Musik machten. Der heiße Atem des südlichen Hafens, der größten Stadt des amerikanischen Südens, „der offensten, lasterhaftesten und korruptesten Stadt in der Geschichte der Neuen Welt“ (wie sie ein amerikanischer Kritiker beschreibt) entwickelte die neue Musik rasch und hemmungslos. Sie wurde in den Slums von den armen Negern gespielt, die sich keine kostspieligen Instrumente leisten konnten. Man nahm, was man hatte; eine alte Tuba oder eine Klarinette galten schon als Errungenschaft. Unentbehrlich waren der Banjo und alle Sorten von Geräuschinstrumenten: Trommeln, Rasseln, Triangeln oder anfangs sogar Kinnladen von Ochsen oder Pferden. Um 1880 war diese Musik nicht länger Volksmusik und noch nicht Jazz. Sie wurde von Männern gespielt, die ungebildet und unkultiviert waren und meistens keine Note Musik lesen konnten, die aber einen ungewöhnlichen Sinn für Rhythmus und Improvisation besaßen.

Um 1890 gab es einen Negerfriseur in New Orleans, der tagsüber rasierte und die Haare schnitt und abends als Hornist zum Helden seiner Stadt wurde. Er hieß Buddy Bolden. Man nannte ihn „King“ Bolden. Er ist der Vater des Jazz, der erste, der ein größeres Orchester von fünf bis sieben Musikern leitete. Das Charakteristikum dieses Orchesters war, daß seine Spieler nicht nach geschriebenen Noten musizierten, sondern gemeinsam frei improvisierten, mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit, die verblüffend wirkte. „Sie spielten, ohne genau zu wissen was und wie.“ Die Improvisationskunst, die in den früheren Jahrhunderten der europäischen Musik bei jedem ernstesten Musiker als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, ist heute zu einer Seltenheit geworden. Sie erlebte in der Negermusik mit ihrer erstaunlichen Erfindungskraft und rhythmischen Vielfalt eine merkwürdige Auferstehung. In dieser ungelerten, spontanen, aus ursprünglich gesunden Volkskräften stammenden Kunst des Improvisierens liegen vielleicht die nutzbringendsten Anregungen, die der Jazz für das Gebiet der Kunstmusik geben kann.

In den Jahren um die Jahrhundertwende spielten die Negerkapellen den Rag oder Ragtime. Diese Vorform des späteren Jazz wurde allmählich zum Symbol des musikalischen Proletariats. Nicht nur Schwarze, sondern auch Mischlinge und Weiße spielten den Ragtime. Schwarzes und weißes Proletariat wurde durch die neue Musik verbunden. Enthusiasten des Jazz wie Goffin sehen in dieser Eigenschaft der Jazzmusik einen wichtigen Faktor der rassischen und sozialen Aussöhnung auch für die Zukunft. Die Formen der neuen Musik waren anfangs durchaus grotesk. Die Neger spielten in den seltsamsten Kostümierungen für ein paar Cents auf Straßen und Plätzen, bei Vergnügungspartien und Ausflügen auf den Flußbooten, bei Umzügen, Begräbnissen und in Nachtlokalen aller Art. Auch Buddy Bolden war mit seinen Musikern ständig unterwegs. Sein Ruf verbreitete sich über New Orleans hinaus. Er schuf seine Ragtimes aus der Intuition des Augenblicks. Die für die Entwicklung des Jazz

wichtigen Spieler haben es ihm darin gleichgetan. Seit aber der Jazz später in die kommerzielle Bahn geriet, seit die Monstre-Orchester *Whitemans* und *Hylltons* gegründet wurden und im melodischen „Sweet Jazz“ Zugeständnisse an den Geschmack des Publikums gemacht wurden, seit schließlich das Kennzeichen des ursprünglichen Jazz, die freie Kollektiv-Improvisation immer mehr zugunsten des genau festgelegten Arrangements verschwand, sehen die Experten den Jazz als auf falschem Wege begriffen und degeneriert an. Der Stil hingegen, den Buddy Bolden einführte und der von „King“ Oliver und seiner Creole-Jazzband“, von Louis Armstrong, der „Original Dixieland Jazz Band“ und den „Chicago Players“ der zwanziger Jahre entwickelt wurde, wird als der echte, der „Hot Jazz“ bezeichnet. Er wird bis heute nur in kleinen Ensembles (bis zu etwa sieben Musikern) gespielt, weil die Improvisation in der Massenbesetzung nicht anzuwenden ist und der subtilere Stil des frei phantasierenden Solisten sich sonst nicht auswirken kann.

Die Instrumente beim „Hot Jazz“ gliedern sich in die „Rhythm Section“ (die rhythmische Gruppe) und die „Melodic Section“ (die melodische Gruppe). Zur ersten gehören Schlagzeug aller Art, Banjo, Bass, Gitarre, vor allem das Klavier; zur zweiten die Melodieinstrumente: Klarinette, Saxophon, Horn, Trompete, Posaune, gelegentlich später auch Streicher. Ragtime und Jazz haben die hergebrachte musikalische Gliederung in melodische Phrasen von acht, sechzehn oder zweiunddreißig Taktten. Dazu tritt die rhythmische Differenzierung durch die „Syncopation“, die dadurch entsteht, daß eine ungerade Zahl von Tönen (drei oder sechs) als melodische Gruppe mit häufiger Verlagerung der Akzente im Zweiviertel- oder Viervierteltakt erscheint. Die verschiedenen Arten des Jazz-Stiles unterscheiden sich unter anderem dadurch, daß einige, etwa die „Original Dixieland-Band“, erst kurz nach dem Taktschlag, andere, wie die „Chicago Players“ auf den Taktschlag und wieder andere, wie die modernen Swing Bands kurz vor dem Taktschlag einsetzen.

Einer der berühmtesten Rags ist der aus den Motiven einer alten französischen Quadrille entstandene „Tiger-Rag“. Etwas später als der Ragtime entwickelte sich aus den Negro-Spirituals der „Blues“. Er ist im Unterschied zum Ragtime in der musikalischen Form ein Zwölftakter und bezeichnet einen mehr vokalen, weicheren, melancholischen Tanz- und Singtypus. Er wurde um das Jahr 1909 durch den „St. Louis Blues“ und den „Memphis-Blues“ des Negers Handy zuerst populär. Erst 1915 taucht der Name Jazz auf. Man weiß nicht genau, wie das Wort entstanden ist. Einige Jazzhistoriker meinen, es stamme von dem Namen eines populären farbigen Musikers, der „Jess“ hieß; andere schreiben es dem Namen des Unternehmers eines Negerkabarets, Jasbo Brower, zu. Das begeisterte Publikum habe nach den Tänzen „more Jasbo, more Jas“ gerufen. Schließlich wird dem Worte Jazz eine sprachgeschichtliche Entwicklung aus dem Französischen (von „jaser“) oder einem afrikanischen Negerdialekt zugeschrieben. Heute bezeichnet man gemeinhin mit Jazz den ganzen von den Negern entwickelten Musikstil, nicht nur einzelne seiner Formen. Freilich gibt es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der um 1935 entstandene „Swing“ oder der 1936 bekannt gewordene, aber schon länger bestehende „Boogie-Woogie“ auch noch dem Jazz zuzurechnen seien und etwa auch noch die neuesten Formen „Zoot-Suit“, „Rootie-Zootie“ oder „Hey-Ba-Ba-Re-Bop“. Der Swing kann als eine spezielle Form dem Jazz zugeschrieben werden, aber nicht als eine Kompositionsart, sondern als ein Aufführungsstil. Darüber, wie dieser Aufführungsstil beschaffen sei, gehen die Ansichten der Jazzkenner auseinander. Die einen bezeichnen den Swing als das



Gegenteil von genau festgelegter, arrangierter Musik. Ihn charakterisiere die freie, spontane Improvisation der Soloinstrumente wie bei dem alten Ragtime Buddy Boldens. Andere, wie Goffin, definieren den Swing als „mechanisierte und vulgarisierte Improvisation“, die den Hot Jazz ersetze. Boogie-Woogie hingegen ist ein spezifischer und etwas abseitiger Klavierstil, der pianistischste aller Jazz-Stile. Hier wird das Klavier vor allem als rhythmisches und als Schlaginstrument benutzt. Es gibt nur kurze melodische Figuren mit unablässigen Wiederholungen. Die zwölftaktige Bluesform wird, immer in der gleichen Tonart, übernommen. Das Merkmal für Boogie-Woogie ist vor allem der ständig rollende Rhythmus der linken Hand, der einen hypnotischen Effekt erzeugt und mit den wechselnden Rhythmen der Rechten eigenartige Kreuzungen ergibt.

In den fünfzig Jahren seines Bestehens hat der Jazz eine große Zahl von Pionieren zu verzeichnen. Sie kamen anfangs überwiegend aus den untersten Schichten der schwarzen und weißen Bevölkerung, später auch aus bürgerlichen Kreisen. Manche unter ihnen machten phantastische Karrieren, wie sie nur denen im amerikanischen Film zu vergleichen sind. Sie glichen ihnen häufig aber auch in ihrer Kurzlebigkeit: Männer, die meteorengleich für Monate, für ein paar Jahre aus der Masse herausgehoben wurden und mit ihrem Spiel Tausende von Menschen in eine Art Trancezustand versetzten — („Die Aufgabe des Jazz ist, in Trance zu versetzen“) —, die aber dann ebenso plötzlich wieder verschwinden konnten, von einem wilden Leben verzehrt, in Anstalten endend oder nur, von der Mode überholt, wie ehemals als Wagenputzer oder Tellerwäscher tätig. Nur wenigen sind Ruhm und Popularität über die Jahre hinweg treu geblieben. Zu ihnen gehört der Neger-Trompeter Louis *Armstrong*, der aus der Jazz-Stadt New Orleans stammt, alle Größen der Frühzeit noch gekannt hat und seit etwa fünfundzwanzig Jahren unverändert als der bedeutendste Jazzmusiker Amerikas gilt, ein Vertreter des „Hot Jazz“, ein Solist mit großartigen Fähigkeiten, und zugleich in seiner Art ein schöpferischer Musiker. Es können nicht alle für die Geschichte des Jazz wichtigen Namen genannt werden. Sie kamen und gingen mit der Entwicklung, die nach den sentimental Balladen um 1890 den scharfen Ragtime, als Reaktion hierauf den von *Whiteman* und *Hylton* entwickelten „Sweet-Jazz“ und wiederum als Reaktion den Swing entstehen ließen. Schwarze und weiße Jazzbands sind an dieser Entwicklung beteiligt. So sehr beim „Hot-Jazz“ der einzelne Spieler mit seinen technischen und Improvisationskünsten wichtig war, so sehr kam es später auf den Komponisten und vor allem den Arrangeur an. Hier ist besonders Fletcher *Henderson* zu nennen, der die moderne Form des Jazzorchesters beeinflusste und seinen Arrangements den Charakter des Improvisierten gab, wie auch „Duke“ *Ellington*, der die Improvisation wieder als wichtigen Bestandteil seiner Kompositionen einbegriff. In Europa am bekanntesten ist nach seiner „Rhapsody in Blue“ (1924) der mit Paul *Whiteman* befreundete Amerikaner George *Gershwin* geworden. Er war schon mit zwanzig Jahren als Komponist höchst erfolgreicher Songs bekannt, schrieb zahlreiche Musiken zu Komödien für die Broadway-Theater in New York und viele Filmmusiken. Er betrachtete es als seine Aufgabe, den amerikanischen populären Song künstlerisch wertvoll zu machen. Er sah den Jazz als eine amerikanische Volksmusik an und suchte zugleich, ihn zur Basis für ernsthafte symphonische Werke zu machen. Diesem Ziele dienen unter anderem ein Konzert für Klavier und Orchester (1925), das Orchesterwerk „Ein Amerikaner in Paris“ (1928) die zweite Rhapsodie (1931), die kubanische Ouvertüre (1934) und schließlich seine Oper „Porgy und Bess“ (1935), in der er das Negerleben darzustellen unternimmt. Dieses Werk hatte

jedoch nicht den gleichen Erfolg wie seine übrigen Kompositionen. Gershwin ist 1937 mit neununddreißig Jahren nach einem Leben voll sensationeller Erfolge gestorben. Hierher gehört vor allem auch der Klarinettist Benny *Goodman*, der seit 1936 Triumphe der Popularität feiert. Er ist 1909 als Sohn eines Schneiders in den Slums von Chicago geboren und hat heute als „König des Swings“ ein Einkommen von mehr als hunderttausend Dollars im Jahre. Die Karrieren dieser Männer entsprechen der des Jazz allgemein, der trotz seinen sehr zweifelhaften Anfängen schließlich gesellschaftsfähig wurde und bis in die New Yorker Carnegie-Hall und Metropolitan-Oper vordrang. Freilich hatte man inzwischen auch gelernt, den Jazz durch alle Mittel der Publikation über Schallplatten, Rundfunk, Film, Literatur und Presse volkstümlich zu machen.

In New Orleans ist inzwischen auf Anregung Robert *Goffins* eine „Nationale Jazz-Gesellschaft“ gegründet worden, die ein „Nationales Jazz-Museum“ errichten will. Goffin hat weiterhin die Einrichtung von Jazz-Konservatorien, einer Jazz-Akademie, von einer umfassenden Jazzplatten-Bibliothek und Jazz-Bücherei angeregt, um damit den Jazz auf die gleiche kulturelle Basis wie die anderen Künste zu stellen.

## BIBLIOGRAPHIE

- Armstrong, Louis: *Swing that Music*. (Armstrongs Autobiographie). 1936, Longmans, Green and Co.  
 Asbury, Herbert: *The French Quarter*. 1933, Alfr. A. Knopf  
 Blesh, Rudi: *This is Jazz*. Compiled from a series of lectures at San Francisco Museum of Art (1945)  
 Coeuroy, André: *Historie du Jazz*  
 Coeuroy und Schaeffner: *Le Jazz*  
 Delaunay, Charles: *Hot Discography*, 1941 herausgegeben von Paul Eduard Miller, 1944, 1945  
 Esquires Jazz Book  
 Elwen, David: *Men of Popular Music*. Ziff Davis Publishing Company, Chicago - New York, 1944  
 Friedenthal, Albert: *Musik, Tanz und Dichtung bei den Kreolen Amerikas*  
 Gershwin, George: *The Relation of Jazz to American Music* in „American Composers on American Music“ herausgegeben von Henry Cowell (Stanford University Press, 1933)  
 Goffin, Robert: *Aux Frontières du Jazz*. 1932, Brüssel  
 Jazz. Garden City, Doubleday, Doran and Co., 1944  
 Goldberg, Isaac: *Tin Pan Alley*. New York, John Day Co., 1930  
 George Gershwin. New York. Simon und Schuster, 1931  
 Goodman, Benny (und Kolodin, Irving): *Kingdom of Swing*, Selbstbiographie. Harrisburg, Stakpole Sons, 1939  
 Handy, W. C.: *Father of the Blues*. Selbstbiographie. New York, The Macmillan Co., 1941  
 Harris, Rex: *The Story of Jazz* (culled from a series of BBC-broadcasts in London). 1945  
 Hobson, Wilder C.: *American Jazz Music*. New York, W. W. Norton and Co., 1939  
 Johnson, James Weldon und Johnson, J. Rosamond: *The Books of American Negro Spirituals and the second Book of Negro Spirituals*. 1944, 189 S.  
 Krebichl, H. E.: *Afro-american Folksongs*. Schirmer  
 Panassié, Hugues: *Le Jazz Hot*. Französ. Ausgabe 1934  
 The Real Jazz. New York, Smith and Durell, 1942  
 Ramsay, Frederic, jr., Smith, Charles Edw.: *Jazzmen*. New York, Harcourt, Brace and Co., 1939  
 Rogers, M. M.: *Jazz Influence on French Music*, 1941  
 Sargeant, Winthrop: *Jazz. Hot and Hybrid*. New York, Arrow Editions Cooperative Association, 1938  
 Schlemmer: *Rhythm on Record*. (mehr nach technischen Gesichtspunkten), 1939  
 Smith, Ch. E. und others: *The Jazz Record Book*. New York, Smith und Durell, 1942  
 Whiteman, Paul and McBride, Margaret: *Jazz*. J. H. Sears and Co., 1926  
 Howard, John Tasker: *Our American Music, 300 Years of it*. New York, Thom. J. Crowell Co., 1939, 748 S.

## ROMANE ÜBER DEN JAZZ

- Dorothy Baker: *Young Man with a Horn*, 1939  
 Henry Steig: *Send Me Down*, 1939

## JAZZ-ZEITSCHRIFTEN

- Jazz Quarterly  
 The Record Changer  
 Bob Thiele. *Jazz Magazine*, 1943  
 Gordon Gullikson, *Record Changer*, 1943  
 The Needle  
 Metronome  
 Down Beat Magazine  
 Billboard Yearbook, 1943  
 Music-Magazine in Brüssel das erste Jazz-Magazin der Welt.  
 Esquire monthly — zwei Seiten Jazz-Kritik in jeder Nummer.

George GERSHWIN Der amerikanische Film „Rhapsodie in Blue“ hat das Leben des Komponisten George Gershwin zum Vorwurf, Gershwin, der nach einem intensiv genossenen Leben an Gehirntumor gestorben ist, wird in dem Film als leidende Unschuld idealisiert. Als Musikfilm wird „Rhapsody in Blue“ von der französischen Kritik sehr gelobt und dem Film „Alexander's Ragtime Band“ verglichen, in dem der Jazzkomponist Irving Berlin durch Tyrone Power dargestellt wurde. (Gershwin: Robert Alda.)



# Kulturnotizen aus Frankreich

**ACADÉMIE FRANÇAISE** Von den vierzig Mitgliedern der Académie Française sind in den letzten Jahren gestorben: Kardinal Baudrillart, Marschall Franchet d'Espèrey, Marcel Prévost, Lavedan, Henri Bergson, Louis Bertrand, Picard, Bellessort, Estaunié, Donnay, Hanotaux, Gillet, Paléologue und Paul Valéry. Fünf weitere Mitglieder wurden im letzten Jahre ausgeschlossen: Henri Philippe Pétain, Abel Bonnard, Abel Hermant, Charles Maurras und General Weygand. Als neue Mitglieder wurden 1946 Baron Erneste Seillière, Jean Tharaud, René Grousset, Octave Aubry und Robert d'Harcourt gewählt.

Als die Diskussion über diese vielumstrittene Wahl nicht verstummen wollte, trat Georges Duhamel von seinem Posten als ständiger Sekretär der Académie Française zurück. Die Académie hat eine solche Rücktrittserklärung zum erstenmal in ihrer Geschichte zu verzeichnen. Bald nach dem Rücktritt Duhamels wurden in die Académie neu aufgenommen: Paul Claudel, der aus Amerika zurückgekehrte Jules Romains, Marcel Pagnol, Charles de Chambrun, Maurice Garçon und der Arzt und Freund Mallarmés und Valéry, Dr. Henri Mondor. Seit dem Oktober 1944 gehören der Académie außerdem an: Professor Valéry-Radot, André Siegfried, Emile Henriot, Edouard Le Roy und der Physiker Prinz Louis de Broglie. Im Frühjahr 1946 starb Joseph de Pesquidoux.

Der Historiker Octave Aubry, der der Académie nur wenige Monate angehörte, ist im Alter von fünfundsechzig Jahren gestorben. Aubry ist durch seine Werke über die Zeit Napoleons I. berühmt geworden (*Le Roi de Rome*, *Napoléon*, *St. Hélène*). Von seiner Geschichte der französischen Revolution von 1789–1815, die in vier Bänden geplant war, ist der zweite Band (*La République*) bei Flammarion erschienen. Das Gesamtwerk blieb unvollendet. (In deutscher Sprache erschienen bei Rentsch, Erlenbach-Zürich: St. Helena, Kaiserin Eugenie, Das zweite Kaiserreich, Napoleon und Napoleon privat.)

Aus dem Nachlaß von Paul Valéry ist in Paris ein Faust-Fragment veröffentlicht worden.

**AUSSTELLUNGEN** Im Juli 1946 waren in Paris die folgenden Ausstellungen zu sehen:

Musée de l'Art Moderne: Ausstellung dekorativer Kunst; Ausstellung der freien Kunst; alte und moderne Gobelins.

Musée des Arts Décoratifs: Die Goncourts und ihre Zeit.

Musée Guimet: Anthologie des Arts Khmer.

Musée du Jeu de Paume: 120 Bilder der englischen Schule.

Archives nationales: Die großen Linien der Geschichte der Diplomatie.

Galerie Charpentier: 100 Meisterwerke der Pariser Schule.

Hôtel des Invalides: Charles de Foucauld.

Musée de l'Orangerie: Meisterwerke aus französischen Sammlungen, die in Deutschland wiedergefunden wurden.

Petit Palais: Meisterwerke der französischen Malerei aus dem Louvre.

Musée du Luxembourg: Ausstellung zeitgenössischer Kunst.

Avenue de Méssine 7: Das Kino-Plakat.

Musée Galliera: Unbekannte Bilder aus Pariser Kirchen.

Musée Cernuschi: Chinesische Malerei und Skulptur.

Galerie Louis-Carré: Picasso, neueste Werke.

Grand Palais: Amerikanische Techniker.

Pont Alexandre III: Salon de Sécurité.

**COMÉDIE FRANÇAISE** Die Comédie Française hat neue Statuten erhalten. Eine wesentliche Änderung bedeutet der Entschluß, das alte Haus in der Rue de

Rivoli mit dem Odéon-Theater zu verbinden. Dies geschieht vor allem, um den Spielplan der Comédie Française zu entlasten, denn die Reichhaltigkeit im Répertoire des französischen Theaters macht es schwer, neben den modernen Stücken auch den klassischen Dramen gerecht zu werden. So wird man die Modernen zunächst im Odéon-Theater (Comédie du Luxembourg) geben, bis sie nach zehn Jahren auch in den Spielplan der Comédie Française übernommen werden.

Eine weitere Neuerung ist die Ernennung des Generalintendanten für die Dauer von sechs Jahren, in dessen Hände durch die neue Regelung sehr starke Machtbefugnisse gelegt werden.

Das künstlerische Personal der Comédie Française besteht heute aus achtzig Mitgliedern, von denen dreißig Gesellschafter, vierzig Pensionäre und zehn Eleven sind. Die Gesellschafter werden von der Generalversammlung ernannt und nicht mehr wie früher auf Vorschlag des Generalintendanten, um diese Auswahl aus der Sphäre privater Interessen herauszuheben. Die Gesellschafter verpflichten sich auf fünfzehn Jahre, erst danach können sie wieder

frei über sich verfügen, beziehungsweise einen fünfjährigen Urlaub antreten. Im übrigen wird Urlaub nur in der Zeit zwischen dem 15. Februar und dem 15. Juli gewährt. Nur in dieser Zeit dürfen die Mitglieder der Comédie Française andere Verpflichtungen zum Beispiel zum Film, annehmen. Da sie von den außerhalb des Hauses verdienten Gagen als Gesellschafter sechzig Prozent, als Pensionäre fünfzig Prozent an die Kasse der Comédie Française abzuführen haben, die Konventionalstrafen für das Verlassen der Bühne außerdem sehr hoch sind, wird die Mitgliedschaft an der Comédie Française für viele zu einem finanziellen Problem.

Der Administrator (Intendant) der Comédie Française während der Zeit der Vichy-Regierung, J. L. Vaudoier, wurde beschuldigt, die Comédie den Nazis zur Verfügung gestellt zu haben. Sein Kandidat für die Académie Française ist durch diesen Einspruch der von der Organisation der Schriftsteller der „Résistance“ erhoben wurde, gefährdet. Vaudoier will sich vor einem Ehrengericht rehabilitieren.

**FILM-THEATER** In Paris spielen 267 Filmtheater. Die meisten von ihnen liegen im siebzehnten, neunten, achten und achtzehnten Bezirk (Wagram-Termes: 27 Theater; Boulevards-Montmartre: 27 Theater; Champs-Élysées-Madeleine: 22 Theater; Montmartre-La Chapelle: 21 Theater). Es läuft eine große Anzahl amerikanischer Filme.

**GALERIE CHARPENTIER** Eine Ausstellung in der Galerie Charpentier in Paris zeigte Bilder berühmter französischer Maler der älteren Generation. Das Durchschnittsalter der Ausstellenden war fünfundsechzig Jahre, zwölf von den zweiundfünfzig sind nicht mehr am Leben. Vier Maler, die während des Krieges in Berlin ausgestellt hatten, erschienen nach einjährigem Ausstellungsverbot zum ersten Male wieder in der Galerie Charpentier: Dérain (heute 66 Jahre alt), van Dongen (67), Segonzac (63) und Vlaminck (70). Rouault (75), Matisse (76), der fast nur noch im Bett malt, und Picasso (64) sind ebenfalls vertreten.

**Olivier MESSIAEN** Olivier Messiaen, der trotz seines nur wenig umfangreichen Opus einer der meist kommentierten französischen Komponisten ist und als der „Clavierschneider der Musik“ bezeichnet wird, entstammt einer flämischen Familie und ist 1908 geboren. Er war lange Zeit Organist an der Trinité und wurde mit dreißig Jahren Professor für Harmonielehre am Pariser Konservatorium. Er beschäftigte sich intensiv mit der Gregorianik, mit indischer Musik, insbesondere mit Hindu-Rhythmik und mit den physikalischen Grundgesetzen der Musik. Seine im Jahre 1945 geschriebenen „Drei kleine Liturgien über die göttliche Gegenwart“ haben folgende Besetzung: neun Frauenstimmen, Celesta, Klavier, Vibraphon, Martenot-Welken (ein neues französisches Elektroton-Instrument), Schlagwerk mit Gong und Streichorchester. Die Kritiker bezeichnen Messiaen gern als einen Mystiker. Er selbst sagt, er schreibe absolute Musik. Profanmusik, vor allem „theologische Musik“, nicht aber mystisch. „Ich versuche ein christlicher Musiker zu sein und meine Glauben zu singen — ohne dieses Ziel jemals zu erreichen.“ Trotz seines ausgeprägten Kolorismus gilt Messiaen nicht als Epigone Debussys oder Ravel. Kritiker sagen, er operiere mit Farbkontrapunkten, Gegenstimme und Gegenbewegung würden auf koloristischem Wege erzeugt. Er komponiere homophon und polyphon. Als Elemente seiner Kompositionstechnik bezeichnet er Rhythmen, die rückwärts gelesen nicht die gleiche Anordnung (ordre) der Vektoren ergeben, wie in der eigentlichen Lesart (rhythmes non rétrogradables), und begrenzte Modulationen (modes de transpositions limitées). Seine 1943 komponierten „Visionen über das Amen“ (für zwei Klaviere) haben die Bezeichnungen: „Amen der Schöpfung“, „Amen der Agonie Christi“, „Amen des Gesanges der Vögel“ und ähnliche. 1944 entstand das Klavierwerk „Zwanzig Blicke auf das Jesuskind“. Ein Quartett „Pour la fin du temps“ für Klavier, Klarinette, Violine und Cello schrieb er 1943 im Kriegsgefangenenlager Görlitz. Einer der Sätze trägt den Titel „Kristalliturgie“. Trotz seiner komplizierten Theorie sagt Messiaen von sich, er verwende seine Tonarten und Rhythmen „automatisch und instinktiv, ohne zu versuchen, ob es auch anders sein könne.“

**MUSIK-ZEITUNGEN** In Frankreich erscheinen jetzt vier Musikzeitungen, die Wochenschrift „Images musicales“ unter der Leitung von George Dufy, „Le Guide de Concert“, herausgegeben von Gabriel Bender, „Contrepoints“ Editions de Minuit, Leitung Frédéric Goldbeck, „Musique et Radio“



herausgegeben von Horizons de France, geleitet von Eric Sarnette. Das Erscheinen der „Revue Musicale“ ist angezeigt, sie wird von Robert Bernard geleitet.

**Georges ROUAULT** Der fünfundsechzigjährige Maler Georges Rouault gewann kürzlich einen Prozeß gegen die Erben des Kunsthändlers Volland. Volland hatte sich durch die Einrichtung eines Ateliers im eigenen Hause und durch einen Vorschuß von 50 000 frs. Anrechte auf alle in Arbeit befindlichen und auf einen Teil der zu erwartenden Werke Rouaults gesichert. Als er 1939 verunglückte, hinterließ er das Anrecht auf 807 unvollendete Bilder von Rouault, die dieser mit einer Million Dollar einschätzt. Rouault erhob Anspruch auf diese unvollendeten Werke als auf sein „geistiges Eigentum“. Das Gericht sprach ihm die Bilder zu mit der Maßgabe, den Erben Rouaults die früheren Auslagen durch eine angemessene Summe zu ersetzen. Rouault hat nicht die Absicht, mehr als dreißig der Frühwerke fertig auszuarbeiten.

**THEATER** Ein Teil der Pariser Theater bleibt während der Sommersaison geschlossen. Die Große Oper präsentiert zahlreiche Ballett-Neueinstudierungen in einer besonderen Ballett-Saison, die Komische Oper ein konservatives französisch-italienisches Programm, Comédie Française und Odéon (jetzt Comédie du Luxembourg) haben Sommerferien. An Theaterstücken nichtfranzösischer Autoren werden in Paris gespielt: Zehn kleine Negerlein“ von Agatha Christie (Antoine) Gläubiger“ von Strindberg (Charles de Rochefort) Candida“ von George B. Shaw (Comédie Champs Elysées) Die kleine Stadt“ von Thornton Wilder (Gramont) Des Souvenirs et des Hommes“ von Steinbeck (Hebertot) Der Karthager“ von Plautus (Vieux Colombier) Unter den Stücken französischer Autoren befindet sich Giraudoux' letztes Werk „La Folle de Chaillot“ (Athenée), das in der Aufführung mit Marguerite Moréno großes Aufsehen erregte und Cocteau's „Les Parents terribles“ (Gymnase). Die übrigen Theater — Paris besitzt zur Zeit vierundfünfzig, nicht eingerechnet Music-halls, Varietés und Cabarets — spielen größtenteils leichtes Sommerprogramm. Drei Pariser Theater führen gleichzeitig Stücke von Roger Ferdinand auf. Yvonne Printemps tritt in „Après de ma blonde“ (Michodière) auf.

**PRESSE** Das Bild der Pariser Presse unterscheidet sich von dem der Vorkriegszeit im wesentlichen nur durch die neuen Titel. Die Auflagehöhe und die Vielseitigkeit der Blätter ist sogar während des Krieges erhalten geblieben, wenn auch die führenden Namen in der Presse häufig gewechselt haben.

In Paris erschienen im Mai 1938 dreiundvierzig Tageszeitungen (wobei Finanz- und Sportzeitungen mitgezählt sind) in einer Gesamtauflage von 6 700 000 Exemplaren, die sich etwa folgendermaßen verteilte: eine führende Abendzeitung wie Paris-Soir hatte eine Auflage von etwa 1 500 000, eine Morgenzeitung wie le Petit Parisien eine Auflage von 1 000 000, Le Matin, L'Humanité, Le Soir und Le Journal hatten Auflagen von 400 000 bis 600 000, eine Reihe anderer Zeitungen Auflagen zwischen 150 000 und 250 000 Exemplaren und eine große Anzahl Zeitungen geringere Auflagen.

Im März 1941 erschienen (nicht gerechnet die Finanz- und Sportzeitungen) achtundzwanzig Tageszeitungen in einer Gesamtauflage von 6 400 000 Stück.

Im März 1945 lag die Gesamtauflagehöhe wiederum bei etwa 4 000 000. Über die Verteilung dieser Auflageziffer auf die einzelnen Blätter gibt die folgende statistische Übersicht Aufschluß. Bei den Abendblättern sind die im Dezember 1945 errechneten Prozentsätze von nicht verkauften Exemplaren hinzugefügt).

#### Morgenblätter.

Humanité	533 200	Combat	162 500
L'Éclair	451 900	Résistance	160 000
Parisien Libéré	430 000	L'Aurore	140 000
Franc-Tireur	320 000	L'Époque	110 000
Le Populaire	260 000	Front National	108 400
Libération	240 000	Le Pays	75 000
Paris-Matin	180 000	Courrier de Paris	49 000
France Libre	165 000	L'Ordre	35 000
L'Aube	175 900	La Nation	30 000

#### Abendblätter.

Le Soir	593 000 (16,09%)	Le Monde	169 200 (8,50%)
France-Soir	527 000 (14,00%)	Télé-Soir	150 000 (8,70%)
Paris-Presse	427 000 (14,80%)	Cité-Soir	130 000 (5,21%)
Libé-Soir	300 000 (23,90%)	L'Étoile	107 100 (4,16%)
Dernière Paris	180 000 (60,00%)	Soir Express	189 000 (24,20%)

Die wirtschaftliche Situation der Zeitungen bietet augenblicklich etwa folgendes Bild:

Eine Tageszeitung wird zu zwei Francs verkauft, 40,5 Prozent dieser Summe gehen an die Pressevertriebe (Messageries françaises de Presse). Die monatliche Einnahme beläuft sich also nach Abzug der Vertriebskosten für eine Auflage von

50 000 täglich verkauften Exemplaren auf 1 547 000 frs.  
300 000 „ 9 282 000 „

Bei einer höheren Auflage steigen die Auslagen für den Papierkauf nicht in dem gleichen Maße wie die Einnahmen durch den Verkauf.

Im März 1946 kostete das Papier offiziell dreizehn Francs pro Kilo. Es war sogar beabsichtigt, es nach der Abwertung auf achtzehn Francs heraufzusetzen. Tatsächlich zahlen die Zeitungen dank der Pressevereinigung (Fédération de la Presse) nur zehn Francs. Die Papierkosten betragen, auf dieser Grundlage errechnet, monatlich für eine Auflage von

50 000 Exemplaren 195 000 Frs.  
300 000 „ 1 170 000 „

Der Druck kostet (im März 1946) für eine Tageszeitung mit einer Auflage von 180 000 bis 300 000 Stück monatlich etwa 900 000 bis 1 200 000 frs. Ein Presstelegramm New York — Paris von hundert Worten kostet 2 380 frs.

Über die Entwicklung des Pressewesens in Frankreich nach dem Ende der Kampfhandlungen geben die in der folgenden Bibliographie aufgeführten Werke Aufschluß:

- Gay, F.: Éléments d'une Politique de Presse (Clandestin, Februar 1945)  
Gay, F.: La Structure des Entreprises de Presse (Les Cahiers Politiques Nr. 10, Mai 1945)  
Terrau, F.: Le Nouveau Statut de la Presse en France (Études de Presse Nr. 1, Februar 1946)  
... — L'Assemblée Nationale de la Presse Française des 21—22 Août 1945 (eine von der Fédération de la Presse herausgegebene Broschüre)  
... — Compte rendu du Congrès de la Fédération de la Presse (November 1945)  
... — Séances de l'Assemblée Consultative des 30 novembre 1944, 8 et 9 Mars 1945  
... — Séances de l'Assemblée Constituante des 29 décembre 1945, 13 mars 1946  
Die Texte der wichtigsten Gesetze, die vor dem Juli 1945 herausgegeben wurden, ersieht man aus:  
... — Code de la Presse (herausgegeben vom Informationsministerium; man findet hierunter auch den Text der Verfügung vom 26. August 1944)  
Die Entwürfe der jüngsten Gesetze und der Wortlaut der Anordnungen, die nach dem Juli 1945 erlassen wurden, sind aus der Sammlung  
... — La Presse Française (herausgegeben von der Fédération de la Presse) und aus der des „Journal Officiel“ zu ersuchen.

(Nach Angaben der französischen Zeitschrift „La Revue Internationale“.)

**VERCORS** Im Jahre 1942 wurde in einer unterirdischen Druckerei die Novelle eines Mannes gedruckt, dessen Pseudonym Vercors bald zu den erstaunlichsten Mutmaßungen Anlaß gab. Man hielt André Gide, Roger Martin du Gard oder Lacretelle für den Verfasser dieses ersten Heftes der „Cahiers du Silence“. Erst sehr viel später erfuhr man, daß sich hinter dem Namen Vercors, der bald für ganz Frankreich ein Begriff geworden war, der Graphiker Jean Bruller, ein bisher Unbekannter verbarg, der mit diesem Werk bereits zu Frankreichs großen Schriftstellern aufgerückt war. „Le Silence de la Mer“ (unter dem deutschen Titel „Das Schweigen“ beim Oprecht-Verlag in Zürich erschienen), schildert einen deutschen Offizier französischer Abstammung, der in Frankreich kurz nach der Besetzung durch die deutschen Truppen bei einer französischen Familie einquartiert wird. Täglich spricht er nachdenkliche und begeisterte Monologe vor seinen Quartiersleuten, die stets stumm bleiben; erzählt ihnen von seines Vaters und seiner Liebe zu Frankreich, von den Hoffnungen des Vaters auf eine dauernde friedliche Verständigung und von der Enttäuschung. Der junge Offizier ist Komponist, und er spricht von der Musik Deutschlands, die er liebt, und von den Reichtümern des geistigen Frankreichs, das er ebenso liebt. Auf einem Urlaub in Paris trifft er seinen Bruder, der ihm den Traum von der zukünftigen Verständigung durch seinen zynischen Glauben an die Notwendigkeit der geistigen Vergewaltigung zerstört. Traurig und tief entmutigt meldet sich der junge Offizier zur Front.

René Lalou schreibt über Vercors: „In entscheidender Stunde für Frankreich gezeugt zu haben, verpflichtet ihn jetzt, für die Menschlichkeit zu zeugen“. Vercors' Dichtung bleibt stets menschlich und bedarf keiner grellen Farben. Das, was Vercors darzustellen bemüht ist, spricht sein Held einmal aus: „Die große Schlacht des Zeitlichen gegen das Geistige“. — Die „Wandlung dem Stern zu“ und „Der Traum“ folgten dem „Schweigen“ und befestigten Vercors' Stellung innerhalb der Literatur der Résistance, die heute bereits ein Begriff ist, wie ehemals die „Symbolisten“ oder die „Pléjade“. Die völlige Klarheit der Gedanken auch und gerade in der ganzen Hingabe an die seelische Gewalt verleiht diesen Dichtungen einer unruhigen Zeit die tiefe Ruhe, deren es bedarf, wenn der Schmerz des Geistes dichterische Form gewinnen soll. Vercors ist heute ein begehrter Mitarbeiter bei zahlreichen französischen Zeitschriften.



## MISZELLEN

AMERIKANISCHE  
ZEITSCHRIFTEN  
in Deutschland

Ende Juli 1946 wurden sechs amerikanische Zeitschriften und Zeitungen in der amerikanisch besetzten Zone und in Berlin (amerikanischer Sektor) zum Verkauf freigegeben. Es handelt sich um „Time“, „News Week“, „Readers Digest“, „Omnibook“, die Übersee-Wochenausgabe der „New York Times“ und die Überseeausgabe der „New York Herald Tribune“.

AMERIKANISCHER  
RUNDFUNK

Die vier wichtigsten Rundfunkgesellschaften in Amerika senden insgesamt ein Programm von neununddreißig Stunden täglich. Davon nehmen Soap-Operas\*) zehn Stunden, Nachrichten und Kommentare sechseinhalb Stunden, populäre und Tanzmusik sechseinhalb Stunden, Drama und Kinderserien fünf Stunden, gemischte Musik- und Sprechsendungen vierdreiviertel Stunden, Briefkasten- und Höreranteil-Sendungen einundeineinhalbe Stunde, gute Musik eine Stunde, kulturelle und religiöse Sendungen dreiviertel Stunden ein.

\*) Soap-Operas (Seifenopern) sind dramatisierte Fortsetzungsgeschichten von je einer Viertelstunde Sendezeit. Einige der Serien, die zuerst mit Reklamesendungen für Seifenfabriken verbunden waren, laufen schon seit zehn Jahren. Zwanzig Millionen Menschen (meist Frauen) hören täglich durchschnittlich 5,8 verschiedene Serien. Die Figuren der Soap-Operas sind typisiert und ebenso wie die Handlung selbst darauf angelegt, weiblichen Hörern zu schmeicheln. Gegen diese Form der Unterhaltung wird von Psychologen, Ärzten und Presseleuten lebhaft polemisiert.

Leo  
BLECH

Der fünfundsiebzigjährige Leo Blech, ehemals Dirigent der Berliner Staatsoper, hat dem jetzigen Intendanten der deutschen Staatsoper, Ernst Legal, seine Rückkehr für die nächste Spielzeit zugesagt. Blech ist auch als Komponist der Oper „Versiegelt“ bekannt geworden.

Benjamin  
BRITTEN

Der dreiunddreißigjährige englische Komponist Britten, dessen Oper „Peter Grimes“ im Jahre 1945 in England einen großen Erfolg hatte, hat eine neue Oper geschrieben (Lucrezia). Ernest Ansermet wird ihre Uraufführung in England leiten. „Peter Grimes“ ist inzwischen auch in Amerika bei den Tanglewood-Festspielen von Sergej Kussevitckij aufgeführt worden und wird demnächst in der Schweiz zu sehen sein.

DEUTSCH-BRITISCHE  
CHRISTLICHE  
BRUDERSCHAFT

Im Jahre 1940 entstand in England die Deutsch-Britische Christliche Bruderschaft unter der Leitung des Bischofs von Chichester, eines Freundes der deutschen bekennenden Kirche. Während andere Bruderschaften nur Alliierte zusammenfaßten, verband diese als einzige während des Krieges die Feinde. Heute zählt sie über tausend Mitglieder in England und hofft, sich bald auch auf die Gemeinden in Deutschland ausdehnen zu können.

DEUTSCHE  
KUNST-  
AUSSTELLUNG

Am 25. August wird in Dresden die erste allgemeine deutsche Kunstausstellung nach dem Kriege veranstaltet werden. Der Jury gehören Otto Dix, Karl Hofer, Gerhard Marks, Schmidt-Rottluff und Karl Rade an. Alle bildenden Künstler der verschiedenen Zonen Deutschlands wurden aufgerufen, sich an der Ausstellung zu beteiligen.

FILM-  
ENZYKLOPADIE

Charles Reinert hat in Zusammenarbeit mit J. P. Brack und Dr. P. E. Portmann ein „Kleines Filmlexikon“ (Verlag Benzinger & Co. A. G., Einsiedeln, 1945) für Fachleute und Filmfreunde herausgegeben. Das Werk bringt Personalien von Filmkünstlern, Autoren, Regisseuren und Kameraleuten, Angaben über Filme, Filmtechnik, Geschichte und Schrifttum. Die Leser werden aufgefordert, durch Angaben zur Vervollständigung der Enzyklopädie beizutragen.

FRANKLIN-  
INSTITUT

Die „Benjamin-Franklin-Memorial-Institution“, seit 1928 ein Mittelpunkt für wissenschaftliche internationale Zusammenarbeit, hat ihre deutsche Zweigstelle, das Franklin-Institut in Konstanz, wieder eröffnet. Ausländischer Abgeordneter des Institutes ist der Amerikanist Prof. Dr. Hermann Leicht, die örtliche Verwaltung nimmt ein städtischer Ausschuß wahr, dem der Oberbürgermeister des Stadtkreises Konstanz und Vertreter beider Konfessionen, des kulturellen Lebens und Ernst Pfister als schweizer Beauftragter angehören.

Die Institution fördert die verschiedensten wissenschaftlichen Arbeiten und unterhält vor allem eine eigene Abteilung für den internationalen Austausch von Universitätschriften, die im Institut verarbeitet und ausgewertet werden. Augenblicklich arbeitet das Institut an der Durchführung der Schweizer Bücherhilfe mit; führte eine Künstlerhilfe ein und stellte Kunstschaffenden das heute so schwer erhältliche Material zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit der „Ostschweizerischen Grenzlandhilfe“ werden Krankenhäuser durch das Institut durch Lieferung von Medikamenten und Materialien unterstützt.

FREUNDE DER  
SALZBURGER  
FESTSPIELE

In New York wurde eine Gesellschaft der „Freunde der Salzburger Festspiele“ gegründet, die sich die Förderung der Salzburger Aufführungen zur Aufgabe setzt. Präsident ist Basil Harris, Vizepräsident Bruno Walter, den Sektor für weibliche Mitglieder leitet Maria Jeritza. Geplant ist die Schaffung von Stipendien für amerikanischen Künstler, die an Lehrkursen in Salzburg teilnehmen sollen.

Yvette  
GUILBERT

Unter dem Titel „Autres Temps autres Chants“ (Andere Zeiten, andere Lieder) erschienen in Paris die Lebenserinnerungen der französischen Schauspielerinnen und Diseuse Yvette Guilbert. Manchem, der sie nicht mehr hören und sehen konnte, ist sie von den zahlreichen Bildern her bekannt, die ihr Freund Toulouse-Lautrec von ihr gemalt hat.

Knut  
HAMSUN

Gegen den norwegischen Dichter Knut Hamsun war die Anklage wegen Hochverrats erhoben worden, da Hamsun während der Besetzung Norwegens der Quisling-Partei und der Besatzungsmacht nahestanden hatte. Die Anklage gegen den Nobelpreisträger wurde jedoch fallen gelassen, weil „der Angeklagte an einer durch sein hohes Alter bedingten Geistesschwäche leide“. Hamsun ist siebenundachtzig Jahre alt.

Th. Th.  
HEINE

Th. Th. Heine, der achtzigjährige bekannte Karikaturist des Simplicissimus, lebt in Stockholm. Nachdem er Deutschland verlassen hatte, hielt er sich eine Zeitlang in Brunn auf und war bereits in Stockholm ansässig, als ihn die deutsche Presse offiziell totsagte. Sein Buch „Ich warte auf Wunder“ erschien in deutscher, schwedischer und dänischer Sprache.

KULTUR-  
FILME

Eine Anzahl deutscher Kulturfilme sind auf ihre Eignung zur Verwendung in englischen Schulen untersucht worden. Unter einer größeren Anzahl, die sich als geeignet für diesen Zweck erwiesen, war ein Film über das Leben der Störche und „Morgen auf einem Schwarzwaldhof“.

Friedrich  
MUCKER-  
MANN

Der Tod des Jesuitenpeters Friedrich Muckermann war für die katholische Welt ein bedeutsamer Verlust. Der Kaufmannssohn aus Bückeburg studierte in Kopenhagen, trat dann in den Orden ein und war seither in ganz Europa zu Hause. Während seiner Reisen in Rußland wurde er mehrfach inhaftiert. Er galt als beredter Gegner des Bolschewismus. Seine glänzende rhetorische Begabung machte seine Kanzelreden zu Ereignissen für die katholische Welt. Wie kaum ein anderer verstand er es für den Katholizismus zu werben. Als Autor arbeitete er mit bei „Stimmen der Zeit“, „Gral“, „Hochland“ und der „Schönen Zukunft“. Unter seinen zahlreichen Büchern wurden „Das geistige Europa“, „Goethe“ und „Von den Rätseln der Zeit“ besonders bekannt. Die Internationale Organisation katholischer Publizisten verdankt Muckermann ihr Entstehen. Seine antinationalsozialistische Haltung zwang ihn zur Flucht aus Deutschland. Im Kriege gab er die Exilzeitung „Der Deutsche Weg“ in der Schweiz heraus. In seinem vierundsechzigsten Jahr ist er am 2. April 1946 in Montreux gestorben.

MUSIKALISCHE  
JUGEND-  
VEREINIGUNG

Unter der Leitung von Marcel Cuvelier hat sich in Brüssel eine Vereinigung „Les Jeunes musicales“ gebildet, die für jugendliche zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig Jahren Konzerte mit Einführungsvorträgen veranstaltet. Die Vereinigung hat bereits über 12 000 Mitglieder. Auch London und Paris interessieren sich für die Einrichtung, und es bestehen Pläne, ähnliche Gesellschaften auch in anderen Ländern einzurichten und einen internationalen Austausch anzubahnen.



**General Umberto Nobile**, der italienische Polarforscher, der sich der kommunistischen Partei zur Verfügung gestellt hatte, ist aus der päpstlichen Akademie der Wissenschaften ausgeschieden. Nobile war im Jahre 1936 von Papst Pius XI. in die Akademie berufen worden. Der Austritt wurde ihm von Vatikan nahegelegt.

Als erste Sendung amerikanischer Bücher wurden in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands 35 000 Bände der in New York gedruckten Overseas Edition (Überseeausgaben) in den Handel gebracht. Ein Siebentel dieser Bände ging nach Berlin, drei Siebentel nach Bayern und drei Siebentel nach Württemberg-Baden und Hessen. Ein Teil dieser Ausgabe ist in englischer und ein Teil in deutscher Sprache erschienen. Weitere Auflagen der Overseas Edition werden in Berlin in der Druckerei des Verlages „Tempelhof“ gedruckt.

Das Libretto zu Sergej Prokofjews neuer Oper „Krieg und Frieden“ ist nach dem Roman Leo Tolstoj's in Prosa geschrieben. Zum ersten Male der Geschichte der russischen Oper werden damit Prosatexte auch in lyrischen Szenen benützt. Große Volks- und Kriegsszenen stehen neben der Schilderung persönlicher Schicksale. Russische Beschreibungen heben Ähnlichkeiten mit Tschairowskij's „Eugen Onegin“ hervor, sprechen aber von einer weit über Tschairowskij hinausreichenden, psychologisch verfeinerten und detaillierten musikalischen Schilderung. Gelobt werden die „rauschenden Langwirkungen der Volks- und Schlachtszenen“ und der musikalischen Stimmungsbilder: Herbstlandschaft, Borodiner Schlachtfeld und Schneesturm. Prokofjew wird als der Meister der nationalen musikalischen Porträts bezeichnet. Auszüge aus der Oper „Krieg und Frieden“, die 1946 in Leningrad uraufgeführt worden ist, wurden in der Sowjetbotschaft in London aufgeführt. Auch die Musik zum Film „Iwan der Schreckliche“ (siehe Europa-Archiv, erste Folge, Seite 42) stammt von Prokofjew.

In Bremen wird eine Volkshochschule eröffnet werden, die es sich zur Aufgabe macht, den Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen ihre Rehabilitation zu erleichtern. Ein viermonatiger Kurs ist für junge Leute vorgesehen, die wegen ihrer ideologischen Führerstellungen in Hitlerjugend und BDM von Lehrerbildungsinstituten zurückgewiesen worden sind. Die Vorlesungen behandeln Politik, Tagesfragen, Irrtümer der deutschen Geschichte, soziale Fragen in den Vereinigten Staaten, England und den skandinavischen Ländern, die Stellung der Jugend im Berufs- und Wirtschaftsleben und ähnliche Themen.

Der englische Pressedienst Reuter hat die Erlaubnis erhalten, deutsche Zeitungen in der britischen Zone direkt mit Nachrichten zu beliefern. Bisher arbeiten die deutschen Zeitungen im wesentlichen mit DPD, dem deutschen Pressedienst, dessen Sitz Hamburg ist.

Emil Nikolaus von Reznicek, der Komponist der Oper „Donna Diana“, ist im Jahre 1945 im Alter von fünfundachtzig Jahren in Berlin gestorben.

Eine Kontrollstelle für das amerikanisch besetzte Sendeggebiet (Radio Network Control Office) wurde in Frankfurt am Main eingerichtet. Der „Süddeutsche Rundfunk“, mit dessen Arbeit sich die Kontrollstelle zu befassen hat, verfügt über drei Sender mit vollem Betrieb (Frankfurt, Stuttgart und München) und drei weitere, die für einige Stunden täglich senden (Nürnberg, Bremen und Drahtfunk Berlin). Die Vorbereitungen für einen ausgedehnten Programmaustausch auch mit den anderen Zonen Deutschlands sind im Gange. Der Drahtfunktender erhielt die Genehmigung, mit den amerikanischen Nachrichtenagenturen Associated Press, United Press und International News Service zu verhandeln, um deren Nachrichten allen Sendestationen in der amerikanisch besetzten Zone zugänglich zu machen.

Im SWA-Verlag in Berlin, dem Verlag der sowjetischen Militärverwaltung, erscheint eine Reihe zeitgenössischer russischer Werke in deutscher Sprache. Es finden sich in dieser Reihe unter anderem Alexej Tolstoj; Der Leidensweg und Michail Scholochow; Neu unterm Pflug.

William Somerset Maugham

Der letzte Roman Somerset Maughams „Then and now“ hat das Leben des jungen Machiavelli zum Thema. Der zweiundsiebzigjährige Autor hat seit 1879 einundzwanzig Romane, vierundzwanzig Theaterstücke, neunzig Kurzgeschichten, sechs Essaybände und eine Autobiographie veröffentlicht. Er schreibt zur Zeit an einem Roman, der 1948 erscheinen soll und den er (wie schon öfter) als seinen letzten bezeichnet.

UNIVERSAL-EDITION

Verhandlungen des Wiener Musikverlags Universal-Edition mit folgenden ausländischen Komponisten stehen vor dem Abschluß: Willy Burkhard (Schweiz), Alfredo Casella (Italien), Luigi Dellapiccola (Italien), Paul Kadosa (Ungarn), Laszlo Lajtha (Ungarn), Frank Martin (Schweiz), Olivier Messiaen (Frankreich), Richard Neumann (USA), Riccardo Nielsen (Italien), Alexander Veress (Ungarn) und Roman Vlad (Rumänien). Außerdem sollen mit den nach Amerika oder England emigrierten Österreichern Hans F. Redlich, Arnold Schönberg und Egon Wellesz Verträge abgeschlossen werden.

VERLEGER und Publikationen

In der amerikanisch besetzten Zone wurden bis zum August 243 Verleger zugelassen. Die Gesamtzahl der Registrierungen betrug 7827. 729 Bücher und Broschüren wurden bisher veröffentlicht, 128 Zeitschriften (davon 47 religiöse) herausgegeben.

Am 13. August starb im Alter von fast achtzig Jahren der englische Schriftsteller Herbert George Wells. Nach seiner Graduation an der Londoner Universität war er zuerst Lehrer, dann Journalist und endlich freier Schriftsteller geworden. Sein Werk ist außerordentlich umfangreich und viel umstritten. Seine Meisterschaft in der Schilderung kleinen und mittleren Bürgertums mußte von jedem anerkannt werden, seine sozialistischen Tendenzen dagegen wurden von den einen als unklar, von den anderen als zu rationalistisch bezeichnet (er gehörte seit 1903 der Fabian Society an, die er jedoch bereits 1906 zu kritisieren begann und später in „The Misery of Boats“ und „Socialism and Marriage“ behandelte), seine wissenschaftlichen Spekulationen in Romanform wurden angegriffen, aber begeistert gelesen, sein geistreiches, aber oft schnelles Urteil als zu temperamentvoll bezeichnet (auch soll es an seiner Ungeduld gegenüber der Langsamkeit demokratischer Entwicklungen schuld sein, wie in der Enzyklopädia Britannica zu lesen ist). Sein lebhaftes Eintreten für die eigenen Überzeugungen hinderte ihn manchmal, die Ansichten anderer richtig zu bewerten, aber nie, den klaren Weg der Vernunft zu gehen. Er selbst bezeichnete „The Open Conspiracy“ als das Buch, das die wesentlichen Ideen seines Lebens schildere und am besten die Perspektiven seiner Welt verdeutliche. Sein „Abriss der Weltgeschichte“ ist eine Geschichte der großen Entwicklungen ohne gleichzeitig eine Kriegsgeschichte zu sein. Die Problematik in Wells' Romanen ist heute nicht etwa überholt, sondern durchaus noch aktuell. Welches auch sein Thema war, er griff es klug, mutig und mit einem bissigen Humor an.

Die wesentlichsten seiner Werke sind:

1895 Select Conversation with an Uncle; The Time Machine; The Wonderful Visit; 1896 The Island of Dr. Moreau; The Wheels of Chance; 1897 Certain Personal Matters (Essays); The Plattner Story (Sammlung von Novellen); The Invisible Man; 1898 The War of the Worlds; 1899 When the Sleeper Awakes (revidiert 1911); Tales of Space and Time; 1900 Love and Mr. Lewisham; 1901 The First Men in the Moon; Anticipations (Essays über konstruktive Soziologie); 1902 The Sea Lady; 1903 Mankind in the Making; Twelve Stories and a Dream; 1904 The Food of the Gods; 1905 A Modern Utopia; Kippis: the Story of a Simple Soul; 1906 In the Days of the Comet; The Future in America; 1907 The Misery of Boats; 1908 Socialism and Marriage; The War in the Air; New Worlds for Old; First and Last Things (revidiert 1917); 1909 Tono Bungay; Ann Veronica; 1910 The History of Mr. Polly; 1911 The New Machiavelli; Floor Games for Children; 1912 Marriage; 1913 Little Wars, a Floor Game Book; The Passionate Friends; 1914 The Wife of Sir Isaac Harman; An Englishman looks at the World; The World Set Free; 1915 Boon (geschrieben unter dem Pseudonym Reginald Bliss); Bealby; The Research Magnificent; 1916 Mr. Britling sees it through; What is Coming; 1917 God the Invisible King; The Soul of a Bishop; 1918 Joan and Peter; In the Fourth Year; 1919 The Undying Fire; 1920 Russia in the Shadows; The Outline of History; The Salvaging of Civilization; 1922 The Secret Places of the Heart; Washington and the Hope of Peace; A Short History of the World; 1923 Men like Gods; 1924 The Story of a Great Schoolmaster (Sanderson); The Dream; 1925 Christina Albertas Father; 1926 The World of William Clissold; 1927 Meanwhile; 1928 The Book of Catherine Wells (Gattin des Autors); Mr. Blettsworthy of Rampole Island; The Open Conspiracy; 1929 Common Sense of World Peace (Rede im Reichstag); The Science of Life (Mit Julian Huxley und G. P. Wells); 1930 The Autocracy of Mr. Parham; 1932 The Work, Wealth and Happiness of Mankind; 1933 The Bulpington of Blup; The Shape of Things to Come; 1934 Experiment in Autobiography; 1936 The Croquet Player; 1937 Star begotten; Brynhild; The Brothers; The Camford Visitation; 1938 World Brain; A Propos of Dolores; 1939 The Holy Terror; 1940 Babes in the Darkling Wood; 1941 You Can't Be too Careful; 1942 The Conquest of Time; Phoenix; 1943 Crux Ansata, an Indictment of the Roman Catholic Church; 1944 The Happy Turning; Mind at the End of its Tether.



# Personalbogen der Bühnen

## Stadt: Gera

Bühne der Stadt Gera, I. OPER  
Küchengartenallee 2  
Telefon 10 64

Intendant	Brandt, Walter
Musikalischer Oberleiter	Fischer, Karl
Kapellmeister	Ehrhardt, Rolf
	Fritzsche, Johannes
Zweiter Kapellmeister	Kiele, Theo
	Meister, Wilhelm
Oberspielleiter	Vogt, Heinz
Spielleiter der Operette	Prem, Otto
Chorleiter	Ehrhardt, Rolf
	Fritzsche, Johannes
Bühnenbildner	Schröter, Manfred
	Windau, Alfons
Technischer Leiter	Seidler, Franz
Zweiter Theatermeister	Riegel, Hans

### SOLISTEN

Denner, Paul	erster lyrischer und italien. Bariton
Hegarth, Hilmar	erster Charakterbariton
Junge, Heinrich	Bassist
Kaufmann, Manfred	erster Opernbuffo
Klauer, Willy	erster lyrischer u. jugendl. Helden-
	tenor
Markgraf, Wolfgang	erster seriöser Baß und Baßbuffo
Prem, Otto	erster Operettenbuffo
Dr. Schlottmann, Carl	erster Operettenkomiker
Schneider, Bert	Operettentenor
Bey, Elise	erste Altistin und Spielaltistin
Dienz, Gustel	komische Alte für klass. u. moderne
	Operette, komische Charge f. Schau-
	spiel, Spielaltistin
Glitzner, Rosel	erste Operettenkoloratursoubrette
Herrmann, Marianne	Operettensoubrette
May, Elena	Operettensängerin
Müller, Hedwig	erste Zwischenfachsängerin und
	jugendlich dramatisches Fach
Sendler, Eva-Maria	erste lyrische Opernsängerin

### ORCHESTER

Kalki, Max	erster Konzertmeister
Bernhardt, Friedrich	zweiter Konzertmeister

### BALLETT

Ziegler, Inge	erste Ballettmeisterin
Schindler, Werner	stellvertretender Ballettmeister

Bühne der Stadt Gera, II. SCHAUSPIEL  
Küchengartenallee 2  
Telefon 10 64

Intendant	Brandt, Walter
Erster Spielleiter	Kner, Hermann
Spielleiter	Engel, Thomas

### SCHAUSPIELER

Bohl, Alfred	erste Charge u. schwere Väterrollen
Claasen, Günter	erste Charge für ernste und heitere
	Rollen
Engel, Thomas	Spielleiter m. Schauspielverpflichtung
Friedrich, Ludwig	ernstes und heiteres Charakterfach
	und Charakterkomiker
Hartwig, Theodor	erster jugendl. Held u. Naturbursche
Kner, Hermann	Charakterdarsteller
Malsbender, Herbert	erster u. schwerer jugendlicher Held
	und Bonvivant
Mayring, Lothar	Heldenvater und Darsteller ernster
	u. feinkomischer Repräsentativrollen
Peters, Werner	erster jugendlicher Komiker und
	jugendlicher Bonvivant
Roth-KuKgel, Erich	Chargenspieler
Dahlke, Hiltrud	Sentimentale und erste Helden
Esser, Senta	erstes ernstes u. heiteres Charakterfach
Löffler, Isolda	Schauspieler-Anfängerin
Marten, Ingeborg	Naiv-Sentimentale
Mattner, Christa	Heldennutter, bürgerliche Mutter
	und Anstandsdame
von Rüden, Pia	Salondame
Trowe, Gisela	jugendliche Charakterliebhaberin

Naused, Herbert  
Petzsche, Melanie

Obergewandmeister  
Obergewandmeisterin

## Stadt: Kiel

Städtische Bühne: Neues Stadttheater Kiel, I. OPER  
Holtenauerstrasse 103  
Telefon 40 28/29

Intendant	Belker, Paul
Städtischer Musikdirektor	Belker, Paul
Erster Kapellmeister	Strasser, Karl-Heinz
Leiter des Studios	Häfner, Karl-Alexander
Regisseur der Oper	Siegle, Hans
Regisseur der Operette	Zoller, Max
Chordirektor	Hegmann, Bruno
Bühnenbildner	Mertz, Franz

### SOLISTEN

Adolphs, Gustav	lyrischer und jugendlicher Tenor
Bischoffs, Wolfgang	erster seriöser Baß
Günther, Ernst	Helden- und Charakterbariton
Jenckel, Walter	Tenorbuffo für Oper und Operette
Oehlmann, Wilhelm	Chargensänger
Orth, Alois	jugendlicher Heldenbariton
Schroeder, Fritz	erster lyrischer italienischer Bariton
Veit, Fritz	erster Operettentenor
Zoller, Max	erster Operettenkomiker
Bergrath, Marianne	leichte jugendliche Sängerin
Maas, Käthe	lyrische Soubrette und junge lyrische
	Sängerin
Röschke-Bernitt, Trude	dramatische und Spielaltistin für
	Oper und Operette
Schröder, Margarethe	Soubrette für Oper und Operette
Wüsten, Trude	erste Operettensängerin

### ORCHESTER

Küfer, Helmut	Konzertmeister (Cello)
Ritterhoff, Lothar	Konzertmeister (Violine)
Winter, Josef	Konzertmeister (Violine)

### BALLETT

Elster, Elisabeth	Ballettmeisterin
-------------------	------------------

Städtische Bühne: Neues Stadttheater Kiel, II. SCHAUSPIEL  
Holtenauerstrasse 103  
Telefon 40 28/29

Intendant	Belker, Paul
Oberspielleiter	Streibing, Karlheinz
Spielleiter	Soetbeer, Volker
Dramaturg	Dr. Georges, Horst
Theatermeister	Peters, Johannes
Leiter des künstlerischen Büros	Werckhagen, Carl

### SCHAUSPIELER

Arfs, Paul	erster Charakter-Bonvivant
Braun, Horst	erster jugendl. Charakterliebhaber
Danza, Otto	Komiker und Chargenspieler
Ebert, Gotthard	jugendlicher komischer Liebhaber
Fürstenau, Gerd	jugendlicher Held
Grabert, Hans-Richard	Schauspieler nach Eignung
Herrfurth, Bruno	Schauspieler nach Eignung
Jungk, Robert	Schauspieler für ernste und heitere
	Charakterrollen
Leber, Manfred	Heldenvater
Lubahn, Siegfried	Schauspieler père noble
Minetti, Bernhard	Schauspieler nach Individualität
Schorn, Peter	jugendlicher Charakterspieler
Soetbeer, Volker	erster Charakterspieler
Asendorf, Charlotte	Chargenspielerin
Krampe-Busch, Gisa	erste junge Liebhaberin
Krüger-Plagge, Maria	Schauspielerin nach Eignung
Schwieder, Lidy	Schauspiel-Soubrette
Wiesand, Stefanie	erste junge Charakterspielerin

Grabert, Hans-Richard	Inspeizient
-----------------------	-------------

(Wird fortgesetzt. Bühnen, die das Rundschreiben des Europa Archivs nicht erhalten haben, werden gebeten, entsprechende Angaben an die Redaktion des Kulturarchivs zu schicken. Die Bühnen werden zudem gebeten, von wesentlichen Veränderungen im Personalstand Mitteilung zu machen.)



# EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

1. Jahr

SEPTEMBER 1946

3. Folge

## INHALT

### POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

<i>Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz (Archivbericht)</i>	
<i>Von der zweiten Außenminister-Konferenz bis zur Pariser</i>	
<i>Konferenz 1946</i>	98
<i>Das europäische Judentum und die Palästinafrage</i>	
<i>Fortsetzung (Archivbericht)</i>	109

Die Weltmächte und ihre Einflußgebiete:

<i>Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft</i>	
<i>(Archivbericht)</i>	119

### ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Soziale Probleme:

<i>Die internationale Arbeiterbewegung (Archivbericht)</i>	127
--	-----

Verkehr:

<i>Das russische Transportwesen (Archivbericht)</i>	133
<i>Le Havre—Prag—Odessa</i>	135

Wiederaufbau:

<i>UNRRA, das Amt für Hilfsmaßnahmen und Wiederaufbau</i>	
<i>der Vereinten Nationen (Archivbericht)</i>	135

Rohstofflage:

<i>Weltölförderung und Ölreserven (Archivbericht)</i>	141
---	-----

### KULTURARCHIV

Internationales Hochschulwesen:

<i>Gespräche junger Europäer (Archivbericht)</i>	145
--	-----

Literatur:

<i>Der amerikanische Roman seit 1933 (Archivbericht)</i>	147
--	-----

Musik:

<i>Musik in Rußland (Archivbericht)</i>	153
---	-----

Naturwissenschaft:

<i>Atomenergie, zur Geschichte ihrer Erforschung (Archiv-</i>	
<i>bericht)</i>	158

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

\*

Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel/Taunus, bei Frankfurt am Main.

Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel/Taunus, Gartenstraße 12.

Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telephon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Einseitig bedruckte Archivdrucke der gleichen Auflage RM 5.-. Preise ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155 oder Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 20. September 1946.

Auflage: 10 000.

Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel.



## Der Weg zur europäischen Friedenskonferenz

### Von der zweiten Außenminister-Konferenz bis zur Pariser Konferenz 1946

#### Die Tagung der Stellvertretenden Außenminister

Nach der Vertagung der ersten Außenminister-Konferenz in Paris am 18. Mai setzten die Stellvertretenden Außenminister die Arbeiten fort, um bis zum erneuten Zusammentritt der Außenminister der vier Großmächte am 15. Juni in den noch ausstehenden Fragen eine Einigung zu erzielen. Die Stellvertretenden Außenminister versuchten im Verlauf von vier Wochen, die Probleme, die den Fortgang der Verhandlungen stocken ließen, zu lösen. Es gelang ihnen auch, in einigen Punkten zu einer Übereinkunft zu kommen. Festgelegt wurden unter anderem die Größe der rumänischen Streitkräfte und die Beschränkungen für die bulgarische Armee und Luftwaffe. Es wurde entschieden, daß alle italienischen Grenzen bis zu einer Tiefe von 20 km zu entmilitarisieren sind. Hinsichtlich der italienischen Grenzprobleme mit Frankreich, Jugoslawien und Österreich wurden Informationen gesammelt.

So wertvoll diese Ergebnisse auch waren, so handelte es sich doch nur um Angelegenheiten zweiter Ordnung. In Bezug auf die grundlegenden Einstellungen waren aber auch die Stellvertretenden Außenminister durch die gleiche Verschiedenartigkeit der Gesichtspunkte behindert, die bei den Außenministern bestand. Über die Größe der bulgarischen Seestreitkräfte konnte keine Einigung erzielt werden. Die Sowjet-Union wünschte, daß Bulgarien eine große Schwarzmeerflotte erhalten solle, während Großbritannien und die Vereinigten Staaten diesem Plan widersprachen. Auch die sowjetische Ablehnung des britisch-amerikanischen Vorschlages zur Garantie

des freien Handels und der freien Schifffahrt auf der Donau verringerte sich nicht.

Über die Grundeinstellung zu dem italienischen Vertrag konnten sich die Stellvertretenden Außenminister ebenfalls nicht einigen. Über die Frage eines Vertrages mit Österreich und darüber, ob neue alliierte Übereinkommen für Deutschland zu beschließen seien, vermieden die Stellvertreter jede Debatte.

Die Voraussetzungen für die zweite Außenministerkonferenz waren nicht gerade günstig. Die amerikanische Andeutung, die Generalversammlung der Vereinten Nationen nach Artikel 14 der Charta aufzufordern, Vorschläge in bezug auf die Erledigung der Friedensangelegenheiten zu machen, hatten in Moskau starke Beachtung gefunden. Der Haupteinwand, der gegen Byrnes' Vorschlag zur Debatte stand, war: die Organisation der Vereinten Nationen sei gegründet worden, um den Frieden zu erhalten, nachdem er einmal geschlossen war, und nicht, um Verträge zu schaffen, die den zweiten Weltkrieg beenden sollten. Sowjetische Sprecher erklärten, daß sich die Sowjet-Union jeder Diskussion der Friedensverträge durch die UNO widersetzen werde. Die Vereinigten Staaten standen also der Alternative eines möglichen Austrittes der Sowjet-Union aus der UNO oder einer weiteren Zurückstellung der europäischen Friedensverträge für den Fall, daß die Außenminister zu keiner Übereinkunft kämen, gegenüber.

#### Die Situation vor der zweiten Pariser Außenminister-Konferenz

##### Punkte, über die Einigung erzielt wurde:

##### Punkte, über die keine Einigung erzielt wurde:

A

#### VERFAHRENSREGELUNG

1. Verträge, die durch die Großmächte auf Grund der Kapitulationsurkunde (oder auf Grund von Übereinkommen, die als solche angesehen werden) entworfen werden sollen (Potsdam, Juli 1945).
2. Verträge mit Italien, Finnland, Bulgarien, Ungarn und Rumänien sollen der Vorbereitung für den Vertrag mit Deutschland vorausgehen (Potsdam).
3. Interessierte Staaten können eingeladen werden, um ihre Meinung gegenüber dem Ausschuß über die Bedingungen der Verträge zu äußern (Potsdam).
4. Eine Friedenskonferenz der Vereinten Nationen, die sich im Krieg mit den besiegten Staaten befanden, um über Vertragsentwürfe zu beraten, bevor sie den besiegten Staaten überreicht werden (Moskau, Dezember 1945).
5. Festlegung des endgültigen Vertragsentwurfs, Überreichung an die besiegten Nationen und Gewährleistung der Durchführung der Verträge durch den Rat der Außenminister (Moskauer Kommuniqué).

1. Über die Frage, ob Frankreich und China an den Beratungen des Ausschusses über den Vertrag mit Deutschland teilnehmen dürfen. (Rußland nur für die Großen Drei.)
2. Wann der Rat der Außenminister mit den Besprechungen über den Vertrag mit Deutschland beginnen soll. (Vereinigte Staaten von Amerika schlugen vor, am 12. November 1946 zu beginnen, Rußland dafür, bei der nächsten Sitzung der Außenminister darüber zu bestimmen.)
3. Wann die Friedenskonferenz, die sich mit den Verträgen befaßt, abgehalten werden soll. (Vereinigte Staaten von Amerika waren für ein bestimmtes Datum, Rußland nur nach Einigung über die Texte der Verträge.)
4. Ob der Rat oder die Friedenskonferenz Verfahrensregeln für die Konferenz aufstellen soll. (Rußland war für die Entscheidung durch den Rat, Vereinigte Staaten von Amerika und England für die Entscheidung der Konferenz.)
5. —